

# Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch den Haupt-Expeditoren...  
Zustellungsgebühren 2,00 Rmt.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5141  
Postfach-Konto: Postfach-Ami Breslau Nr. 5852.

**Anzeigenpreis:** 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Veranlassungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müßte bis normirtags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditoren...  
Blumstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Gegen die Schädigung Ostdeutschlands

## Neuer SPD.-Vorstoß. — Ostpreußens Vertreter demonstrieren. Auch Berlin gegen den Finanzausgleich des Bürgerblocks.

Die schließlichen Abgg. Dr. Hamburger, Franz, Winger, Gaudlich (Bunzlau) und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei haben im Landtag folgenden Antrag gestellt:  
„Nach den jüngsten Informationen beabsichtigt die Reichsregierung, aus dem Fonds für die wirtschaftlich und kulturell bedrängten Grenzgebiete in Höhe von 25 Millionen Reichsmark 10 Millionen Reichsmark an außerpreußische Länder und 15 Millionen Reichsmark an preußische Gebietsteile zu geben.  
Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Reichsregierung gegen diese Verteilungsabsicht mit allem Nachdruck vorzulegen zu werden. Es ist auf eine Verteilung hinzuwirken, die dem Umfang und der Bedrängnis der preußischen Grenzgebiete durch einen für Preußen günstigeren Schlüssel Rechnung trägt.“

**Amtlich wird mitgeteilt:** Der Preussische Ministerpräsident Braun empfing am 5. Mai eine Deputation der Provinz Ostpreußen, die von dem Oberpräsidenten Siehr geführt wurde und der die Herren Brandes, Präsident der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer, Oberbürgermeister Böhmeyer aus Königsberg für die Gemeinden und Gemeindeverbände, Handelskammerpräsident Kaaser, Kistit, für die ostpreussischen Industrie- und Handelskammern, der Präsident der Handwerkskammer aus Königsberg, Groß, der Präsident des Landwirtschaftsverbandes als Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeitgeber und der Vorsitzende des Ortsstellens Ostpreußen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angehört.

Die Deputation trug dem Ministerpräsidenten die Beschwerden über unzureichende Berücksichtigung Ostpreußens bei der vom Reich geplanten Verteilung des 25-Millionen-Fonds vor und wies darauf hin, daß die außerordentlich schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage der Provinz, die aus der territorialen Abtrennung vom Mutterlande durch den polnischen Korridor begründet sei, mit der in keinem anderen Gebietsteil Deutschlands verglichen werden könne. Es gäbe kein Teilgebiet des öffentlichen Lebens der Provinz, auf dem sich nicht die inzulure Lage verhängnisvoll auswirke.  
Ministerpräsident Braun erwiderte darauf, daß die Preussische Regierung das alles kenne und voll auf würdige und fortgesetzt mit allem Nachdruck die ostpreussischen Forderungen bei der Reichsregierung vertritt. Er selbst habe schon bei seinem Kampf gegen die bevorzugte Behandlung der drei süddeutschen Länder bei der Änderung des Biersteuergesetzes darauf hingewiesen, daß die preussischen Grenzgebiete die Leidtragenden sein würden. Er habe neuerdings, am Donnerstag, in einem ausführlichen Schreiben dem Herrn Reichskanzler die Stimmung in Ostpreußen eingehend geschildert und ihn ersucht, den Verteilungsplan erneut zu prüfen oder eventuell neue Reichsmittel für die Ostprovinzen zur Verfügung zu stellen.

Die Ostpreußendelegation erschien auch beim Reichskanzler Marx; doch läßt die Reichsregierung vorsichtshalber nicht (wie die preussische Regierung) mitteilen, was der Chef des Reichskabinetts bei diesem Anlaß über die Zurücksetzung des Ostens durch seine Regierungsmehrheit zu hören bekam und erwiderte.

In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung erfolgte am Donnerstag die Abstimmung über den in der vorletzten Sitzung so leidenschaftlich erörterten Antrag der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums, der gegen den für die Stadt Berlin nachteiligen Finanzausgleich und gegen das Verhalten der Deutschnationalen bzw. der Volkspartei im preussischen Landtag protestiert. Die Entscheidung enthält gleichzeitig eine Vertrauens-Rundgebung für Oberbürgermeister Böhm und ventiliert den Gedanken eines Austritts Berlins aus dem Städtebund.

## Die Hergt-Rede als Störung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Wir haben es gleich vorausgesehen, daß die Rede des deutsch-nationalen Vizekanzlers Hergt, die so tat, als ob die Locarno-Paragrafen über die deutsche Ostgrenze gar nicht beständen, zu einer bedenklichen Störung der Verhandlungen in Warschau endlich wieder begonnenen Handelsvertragsverhandlungen werden würde. Das bestätigt sich nun allzu rasch. Die polnische Rechtsprelle erklärt bereits, es dürfe keinerlei Abmachungen geben, ehe nicht diese Ministerrede, die einen Angriff gegen die polnischen Grenzen und den Bestand des polnischen Staates darstelle, zurückgenommen sei. Nun hat die Rechte in Polen zurück weniger zu sagen als in

Deutschland. Doch ist die Bestimmung auch in der polnischen Regierungspresse sehr deutlich.  
Da die deutsch-nationalen Agrarier den Abschluß eines Handelsvertrages mit dem Agrarlande Polen bekanntlich fürchten, dürfte Herr Hergt mit dieser Wirkung seiner Rede sehr zufrieden sein. Was gehen ihn denn auch die Klagen der industriellen Bevölkerung seines niederschlesischen Wahlkreises an? Wir lesen ja jetzt allwöchentlich in der Rechtsprelle unter Führung der „Breslauer Neuesten Nachrichten“, daß Ostdeutschland eben wieder agrarisch werden müsse und daß danach die Handelsvertragspolitik einzurichten sei.

## Der Berliner Polizeipräsident löst die Nationalsozialistische Partei Berlins auf.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Auf Grund des Artikels 124 der Reichsverfassung, des § 2 des Vereinsgesetzes und des § 10, II, 17, Allgemeinen Landrechts habe ich den Gau Berlin-Brandenburg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mit ihren Unterorganisationen: Sportabteilung, Schutzstaffel, Nationalsozialistischer Freiheitsbund, Nationalsozialistischer Studentenbund, Ortsgruppe Berlin, und Deutsche Arbeiterjugend Berlin (Hitlerjugend) aufgelöst, weil die Zwecke dieser Organisationen

dem Strafgesetze zuwiderlaufen. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft. Demgemäß ist den Mitgliedern der aufgelösten Organisationen jede vereinsmäßige Betätigung, insbesondere die Abhaltung von Versammlungen und Zusammenkünften aller Art in geschlossenen Räumen sowohl als auch unter freiem Himmel und die Veranstaltung öffentlicher Aufzüge und Demonstrationen, verboten.

Diese Entscheidung des Polizeipräsidenten von Berlin ist zurückzuführen auf die fortgesetzten Terrorakte der Nationalsozialisten. In den letzten Wochen waren derartige Akte in Berlin und in der ganzen Provinz Brandenburg an der Tagesordnung. Wir erinnern nur an den blutigen und durch Nationalsozialisten hervorgerufenen Zusammenstoß auf dem Bahnhof Berlin-Lichterfelde, die kürzlich aus Pafewitz gemeldeten Vorfälle und die wiederholten blutigen Auseinandersetzungen in Berliner Versammlungen. Erst am Mittwochabend vergingen sich die Nationalsozialisten im Kriegervereins-haus wieder gegen einzelne Personen anderer Gesinnung, sodas die Polizei sich gezwungen sah, 29 Verhaftungen vorzunehmen und die Uebeltäter dem Richter zu überantworten. Alles das beweist, daß die Nationalsozialistische Partei nicht mehr als politische Organisation, sondern nur noch als Terrorklub zu betrachten ist. In einem geordneten Staatswesen haben derartige Gebilde kein Anrecht auf Leben. Wir möchten deshalb wünschen, daß die Entscheidung des Berliner Polizeipräsidenten bald allgemeine Nachahmung findet.

Im Zusammenhang mit dem Verbot der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Gau Berlin-Brandenburg, ist gegen den Berliner Ortsführer der Nationalsozialisten, Goehls, ein Ermittlungsverfahren wegen „Aufreizung zum Klassenhaß“ und „Anstiftung zur Körperverletzung“ eingeleitet worden. Die anderen, am Mittwoch in Berlin festgenommenen Nationalsozialisten werden sich wegen unerlaubten Waffenbesitzes und wegen Nichtbefolgung polizeilicher Befehle zu verantworten haben.

# Ein Arbeiterprogramm für die Weltwirtschaft.

## Die sozialistischen Delegierten in Genf legen ihre Forderungen vor. Der deutsche Industrielle v. Siemens klagt die „hohen Löhne“ an.

Am 2. Mai tagte in Genf die gemeinsame Konferenz des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Exekutiv der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Die Körperschaften waren zum Teil durch besondere Sachmänner auf wirtschaftlichem Gebiet, unter ihnen auch durch Delegierte zur offiziellen Wirtschaftskonferenz, die in Genf am 4. Mai beginnt, vertreten. Es waren anwesend: Jouhaux, Wuisson, Renaudel (Frankreich), Mertens, van Roosbroeck, Bondas, Gailly, Lombard (Belgien), Ruoh (Großbritannien), Eggert, Hilderberg, Naphtali, Schmidt (Deutschland), Wibaut (Holland), Nielsen (Dänemark), Johansson (Schweden), Dinas (Estland), Diamand (Polen), Layerke (Tschechoslowakei, Tschechen), Pohl (Tschechoslowakei, Deutsche), Emmy Freundlich und Benedikt Rautschy (Österreich), Graber und Weber (Schweiz), der Sekretär des IGB, Dubegeest und der Sekretär der SAJ, Adler.

Die Sitzung tagte unter dem Vorsitz von Mertens (Belgien) und kam nach zehnstündiger Debatte zu einer Entschliessung, die wir im folgenden wiedergeben. Diese Entschliessung machte sich die Arbeitergruppe der Internationalen Wirtschaftskonferenz in ihrer Fraktions-sitzung am 3. Mai zu eigen und unterbreitete sie als Memorandum der offiziellen Tagung der Wirtschaftskonferenz. Sie lautet:

„Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen begrüßen den Eintritt der Weltwirtschaftskonferenz als Ausdruck der Erkenntnis, daß die fortschreitende Entwicklung von der Nationalwirtschaft zur Weltwirtschaft die Völker zu internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwingt. Die volle Entfaltung der produktiven Kräfte in Industrie und Landwirtschaft, die die Arbeiterschaft als Grundlage einer besseren Gesellschaftsordnung betrachtet, die Beseitigung der schweren sozialen Notstände, die ihren besonderen Ausdruck in der Massenarbeitslosigkeit der europäischen Länder finden, und die Verhütung neuer Kriege, erfordern gebieterisch die Schaffung einer zwischenstaatlichen Weltwirtschaftsordnung. Der Weg zur wirtschaftlichen Gesundung führt in allen Ländern vor allem über eine Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes, die die Lebenshaltung der arbeitenden Massen in Stadt und Land durch steigende Löhne und Gehälter und durch den Ausbau der sozialpolitischen Einrichtungen hebt. Eine solche Gestaltung der Produktion und Verteilung ist die Voraussetzung dafür, daß die Steigerung der Produktivität nicht durch schwere Abstrichen gehemmt wird.  
Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen müssen befürchten, daß kapitalistische Sonderinter-

essen in den einzelnen Ländern der praktischen Arbeit für eine wirtschaftliche Kooperation der Völker schwere Hindernisse bereiten. Sie fordern daher die Arbeiterschaft auf, dafür zu kämpfen, daß das Bekenntnis zur weltwirtschaftlichen Solidarität überall zur Tat werde. Es muß verhindert werden, daß weiter in den einzelnen Ländern eine Politik der Absperzung befolgt wird, die zu neuen verlustreichen Wirtschaftskriegen führt.

Gerade deshalb bebauern die Vertreter der Arbeiter und Angestellten, daß unter den Delegierten zur Weltwirtschaftskonferenz ihre Vertreter nicht den Anteil haben, den die Arbeiterklasse als Träger der Wirtschaft und als überzeugter Vertreter der internationalen Zusammenarbeit beanspruchen kann. Dessen ungeachtet werden sie mit allem Nachdruck an den Aufgaben der Konferenz mitarbeiten. Sie betrachten sich dabei als Kämpfer für eine künftige Weltwirtschaftsordnung und werden darauf dringen, daß über die großen Probleme der Weltwirtschaft nicht nur geredet, sondern daß auch praktische Arbeit für die Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geleistet wird.

- Vier Punkte sind dabei vor allem in Angriff zu nehmen:
- Der Abbau der Hemmnisse des internationalen Handels.
  - Die Verbesserung und Angleichung der sozialen Arbeitsbedingungen in allen Ländern.
  - Die Kontrolle der internationalen monopolistischen Zusammenstöße der Unternehmungen zum Schutze der Arbeiter und Verbraucher.
  - Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und bessere Organisation ihres Absatzes.

Die rationelle Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung wird durch ein Uebermaß von Behinderungen des freien Verkehrs gehemmt. Durch internationale Konventionen sind die Ein- und Ausfuhrverbote zu beseitigen. Für alle Rohstoffe der industriellen und agrarischen Produktion, sowie für die Lebensmittel ist Zollfreiheit zu fordern. Die Zölle auf Fabrikate sind abzubauen, im Besonderen ist die Abtragung der innereuropäischen Zollnauern eine Voraussetzung für die Gesundung der europäischen Wirtschaft. Als erster Schritt auf diesem Wege sind die Aufstellung eines einheitlichen Zolltariffschemas, sowie Vereinbarung über Vereinheitlichung und Milderung der Verwaltungsvorschriften für den Warenverkehr durchzuführen. Ferner sind einseitige Grund-sätze für die allgemeinen Bestimmungen von Handelsverträgen zu vereinbaren. An dem Prinzip der Meistbegünstigung ist festzuhalten; die Durchführung darf nicht nur durch allzu spezialisierte Tarife oder andere Maßnahmen sabotiert werden. Der Abschluß von Zollunionen kann als vorbereitende Etappe für die fortschreitende Beseitigung der Zollschranken dienen; aber die Organisation der internationalen Wirtschaftsgemeinschaft führt zu ihrer Aufhebung zu Gunsten einer allgemeinen Organisation der wirtschaftlichen Solidarität, ebenso wie die politischen Sonderverträge zwischen den Völkern verschwinden müssen angesichts der allgemeinen Or-

ganisation des Völkerverbandes. — Jede Förderung des Dumping ist zu verurteilen.

II.

Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten bebauern im Augenblick nicht auf die Details der Probleme der Arbeitsbedingungen sowohl in den Mandats- und Konzeptionsgebieten als in den Kolonien eingehen zu können, aber sie lenken die Aufmerksamkeit auf das Memorandum, das von der englischen Arbeiterklasse der Weltwirtschaftskonferenz unter dem Titel: „Die ökonomischen Tendenzen, die den Weltfrieden gefährden können“, vorgelegt wird und ein Kapitel über diese Frage enthält.

III.

Der Antriebe zur Abwertung der Märkte gegenüber einem Konkurrenzvorsprung, der auf sozialem Feindstand der Arbeitskräfte beruht, ist durch Hebung und internationale Angleichung der Arbeitsbedingungen zu beseitigen. Internationale Vereinbarungen über Arbeitszeit, Arbeiterschutz, Arbeitslosenversicherung usw. sind deshalb nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch eine wirtschaftspolitisch bringliche Forderung. Deshalb ist vor allen Dingen eine Ratifizierung und strenge Durchführung des Washingtoner Abkommens zur Arbeitszeit und der anderen vom Internationalen Arbeitsamt angebahnten Vereinbarungen dringend notwendig.

IV.

Internationale Zusammenkünfte von Unternehmungen oder deren Organisationen mit dem Ziele der Marktbeherrschung und Produktionsregulierung können in vielen Fällen der rationalen Gestaltung der Wirtschaft dienlich gemacht werden und sind deshalb nicht durch Verbote zu unterbinden. Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten weisen jedoch auf die großen Gefahren hin, die den Arbeitern und Konsumenten aus dem unkontrollierten internationalen Zusammenstoß kapitalistischer Unternehmungen erwachsen und fordern mit allem Nachdruck den wirksamen Schutz der allgemeinen Interessen gegen diese Gefahr. Sie empfehlen deshalb die Errichtung eines internationalen Amtes, das eine allgemeine Erhebung über alle derartigen internationalen Verbindungen durchführt und eine ständige Kontrolle über alle internationalen Abmachungen und deren Wirkung auf die Produktions- und Marktsverhältnisse ausüben soll. In allen einzelnen Staaten sind gleichfalls Kontrollämter auf gleicher Grundlage einzurichten. Die erste Aufgabe dieser Kontrolle ist die Sicherung einer ausreichenden Publizität aller getroffenen Vereinbarungen und der ganzen Politik dieser Verbände. Die zweite Aufgabe ist das Einschreiten gegen eine als gemeinschädlich erkannte Politik auf dem Gebiete der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der Preisbildung und auf dem Gebiete ungleicher Behandlung verschiedener Absatzgebiete.

Im Zusammenhang mit der Frage der internationalen Organisation der Industrie steht das Problem der Rationalisierung; denn durch die internationalen Verbindungen werden vielfach nicht nur kommerzielle, sondern auch technische Verbesserungen bezweckt. Die Arbeiterklasse ist nicht grundsätzlich gegen die Rationalisierung; allein sie kann die Rationalisierung ebenso wie die fortschreitende Organisation der Industrie nur billigen unter bestimmten Bedingungen: Die Arbeitskraft muß vor vermehrter physischer und psychischer Erschöpfung durch entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit geschützt werden; der Erlös der Rationalisierung muß den Arbeitern und Konsumenten in Form besserer Entlohnung und billigerer Preise zugute kommen; die durch die Rationalisierung entstehende Arbeitslosigkeit muß bekämpft werden.

V.

In steigendem Maße nimmt die Lage der Landwirtschaft die Aufmerksamkeit der Arbeiter und Angestellten in Anspruch. Die Hebung der Produktivität der Landwirtschaft verbessert die Lebenshaltung der arbeitenden Landbevölkerung und erleichtert die Sicherung und Steigerung des Realeinkommens der industriellen Produkte und damit die Überwindung der Krise. Als Mittel der landwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung kommen zunächst in Betracht: Förderung der Technik, des Kreditwesens, Verbesserung des Absatzes der landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere durch Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit den Konsumgenossenschaften, bessere internationale Arbeitsteilung.

Die weltwirtschaftlichen Aufgaben, die zur Genfer Konferenz geführt haben, können mit dieser einmaligen Fühlungnahme nicht erledigt werden. Zur Durchführung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz, zur Weiterführung ihrer Arbeiten, gleichzeitig auch zum Ausbau der internationalen Wirtschaftspolitik und Konjunkturbeobachtung ist ein internationales Wirtschaftsamts zu errichten. Dem Rat dieses Amtes sollen neben den Staaten die Vertreter der industriellen und landwirtschaftlichen Produzenten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl) und die Vertreter der Verbraucher angehören. Die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt ist durch gegenseitige Vertretung zu sichern.

Die Reden von Siemens und Jouhaux

Genf, 5. Mai (Eig. Drahtber.) In der Donnerstagvormittags-Sitzung legte der Industrielle v. Siemens die rückständigen Ansichten des deutschen Unternehmers zum Vorschein. Er erklärte unter anderem: Seit dem Beginn des Krieges hat die Wirtschaft höchst wesentliche Veränderungen erlitten. Die Umstellung auf Kriegsmaterial, die Herstellung von bisher importierten notwendigen Waren, nach Beendigung des Krieges die Inflationserscheinungen hatten das Rückwärts der Wirtschaftsmaschine stark in Unordnung gebracht. Um die Gefahr völligen Verfalls zu verhindern, sind gewaltige Eingriffe — als Zwangswirtschaft bekannt — teilweise unvermeidlich gewesen. Häufig sind diese Eingriffe auch übertrieben gewesen und zu lange aufrechterhalten worden. Auch haben politische Erwägungen hierbei eine Rolle gespielt. Jetzt ist diese Zwangswirtschaft meist aus der Welt, doch sie hemmt nicht, eine Produktionsherabsetzung und eine Kostenerhöhung zu Folge hatte, aufgegeben worden. In Deutschland besteht noch freilich eine Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Mieten und der Löhne. Letztere werden von den Beamten des Arbeitsministeriums mit geschickter Hand für den Unternehmer festgelegt. Die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Mieten hat zur Folge gehabt, daß das Raufen in der Praxis 50 Prozent teurer geworden ist als vor dem Kriege, während die sonstige Warensteigerung etwa 35 Prozent über die Vorkriegszeit beträgt. (Die Gründe für die Teuerung im Raufen liegen tatsächlich bekanntlich im Baustoffmangel, der von der Inflation getrieben wird. Red.)

Die Verinselung der Wirtschaft durch die Staatsleitungen ist heute viel größer als vor dem Kriege. Viele Staaten haben Maßnahmen mit Rücksicht auf mögliche Kriege getroffen. Hierdurch ist eine starke Beeinträchtigung der natürlichen Produktionsbedingungen zum Schaden der Lebenshaltung der Bevölkerung eingetreten. Weiterhin sind die Produktionsstätten aus Kriegs- und Inflationsgründen weit über das notwendige Maß vermehrt. Die Wirtschaft hat nicht immer schnell genug den Mut gefunden, die wahre Lage zu erkennen und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Aus diesem Grunde ist der Staat nach Staatshilfe auch aus dem Wirtschaftskreislauf modern geworden. Die Staatshilfe bedeutet aber doch nur Unterstützung eines Wirtschaftszweiges auf Kosten der anderen. Die so entstehenden vermehrten Unkosten werden aber letzten Endes vom Konsumenten getragen. Günstige Aufrechterhaltung von an sich nicht mehr lebensfähigen Gebilden hemmt aber den technischen Fortschritt und die gesunde Entwicklung, so daß vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft keine Hebung, sondern weiterer Niedergang, verbunden mit einer Herabdrückung des Lebensniveaus der Bevölkerung, einzutreten muß.

Eines der ernstesten wirtschaftlichen und politischen Probleme ist die nach dem Kriege in Europa eingetretene Arbeitslosigkeit. Diese tief beklagenswerte Erscheinung hat auch schwere demokratiefördernde Wirkungen. Die Arbeitslosigkeit ist in der Hauptsache durch die plötzliche Verteuerung der Arbeitskraft entstanden. (1) Hierdurch ist der Anstoß zu der gewaltigen Umstellung, die als Rationalisierung bezeichnet wird, gegeben. Die Rationalisierung hat aber nicht schrittweise in Angriff genommen werden können, sondern mußte infolge der plötzlichen einziehenden Verteuerung der Arbeit überhastet vorgenommen werden. Je teurer die Arbeitskraft wird, desto mehr muß zur vermehrten Ausnutzung der Maschine übergegangen und hierdurch zunächst die Zahl der Arbeitslosen vermehrt werden. Es ist die große Frage, was sozial richtiger ist: dafür zu sorgen, daß möglichst viele Menschen Arbeit haben, wenn auch zu einem etwas niedrigeren Einkommen, oder daß diejenigen, die im Besitz von Arbeit sind, möglichst viel verdienen und dann von diesem Verdienst zur sorgfältigen Unterhaltung der anderen abgeben.

Vorher sprach noch der Holländer Zimmermann, der frühere Völkerverbandsminister in Österreich, der namentlich seine Erfahrungen als Völkerverbandsminister barlagte und schlußfolgerie, daß die Zentralstaaten in erster Linie wirtschaftlich saniert werden müssen, da sonst die europäische Wirtschaft nicht gesund werden könne. Dann sprach Frau Freundlich aus Wien. Sie wies auf die Folgen der Krise und insbesondere auf die ungesunde Lebenshaltung der Arbeiterklasse in vielen Ländern hin, was den Völkerverband zwingt, nach einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu streben. Dabei müsse ein demokratischer Weg gesucht werden, der nur in einer genossenschaftlichen Organisation der Konsumenten und Produzenten untereinander liegen könne. Für die Privatwirtschaft, Kartelle und Trusts sei im Interesse der Arbeiterklasse und Konsumenten eine nationale wie internationale Kontrolle absolut notwendig.

Anschließend kam der Sprecher der Arbeiter, der Franzose Jouhaux, an die Reihe. Er warf einen Rückblick auf die wiederholten Verluste der Arbeiterorganisationen und ihrer Vertreter, schon während der Washingtoner Arbeitskonferenz und später in mehreren Völkerverbandsversammlungen, die wirtschaftliche Sanierung in internationaler Anstrengung. Ohne persönliche Polemik gegen Professor Cassel, aber in schärfster sachlicher Weise, trat er dann dessen Thesen entgegen. Am Schluß legte Jouhaux die bereits bekanntgegebene programmatische Erklärung der Arbeitergruppe vor, dessen letzter Teil über die Schaffung eines internationalen Wirtschaftsamtes durch einen bestimmten Vorschlag ergänzt ist, wonach die Wirtschaftskonferenz alle drei Jahre zusammenzutreten und ein internationaler Wirtschaftsrat eingesetzt werden soll, der aus 18 Mitgliedern bestehen soll, von denen 12 durch den Völkerverbandsrat und 6 durch den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeits-

amtes (aus je 3 Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern) bestellt werden. Dieser Wirtschaftsrat soll bestrebt sein, je nach Bedarf für jedwede Sachverständigen-Ausschüsse einzusetzen und zur Behandlung einzelner Probleme internationale Konferenzen abzurufen. Dem internationalen Wirtschaftsrat soll ferner ein unabhängiges Sekretariat mit einem Direktor beigegeben werden, das in enger Fühlung mit dem Sekretariat des Völkerverbands und des Internationalen Arbeitsamtes arbeiten soll.

Annahme des englischen Scharfmachergesetzes in 2. Lesung.

Auch die Liberalen dagegen.

London, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Ministerpräsident hat am Donnerstag das Verlangen der Arbeiterpartei, die Debatte über die zweite Lesung des Scharfmachergesetzes weiter auszudehnen, abgelehnt. Infolgedessen wurde die zweite Lesung am Donnerstag nachmittags beendet. Ebenso hat Baldwin die Anregung der Arbeiterpartei, die nächste Lesung zu verschieben, abgewiesen. Der parlamentarische Kampf um das Scharfmachergesetz wird also kommen Mittwoch mit verjüngter Macht wieder aufgenommen werden. Für diese Verhandlungsstadien sind eine große Anzahl von Zusätzen und Verbesserungsanträgen von allen Seiten des Hauses, einschließlich der Regierung selbst, eingebracht worden. Die Arbeiterpartei hat am Donnerstag allein fast 200 Anträge eingebracht. Jeder Paragraph und jeder Klausel des Gesetzes wird besonders behandelt.

Während der Donnerstag-Verhandlungen hielt Snowden eine überaus sarkastische Rede, die, wie Lloyd George feststellte, eine der eindrucksvollsten parlamentarischen Reden gewesen sei, die er in seiner jahrzehntelangen parlamentarischen Praxis gehört habe. Snowdens Rede klang in dem Argument aus, daß das Gesetz geeignet sei, den Klassenkampf zu verschärfen und es ein Geschenk des Himmels für die Kommunisten darstelle. Lloyd George selbst, der nach Snowden sprach, griff das Gesetz, das er ein Hindernis für den Wiederaufbau der britischen Wirtschaft bezeichnete, im Gegensatz zu seinem liberalen Kollegen Sir John Simon mit ungewöhnlicher Schärfe an.

Am Donnerstag kurz vor Mitternacht wurde im Unterhaus die zweite Lesung über das Scharfmachergesetz beendet, indem ein Antrag auf Schluß der Debatte mit 148 gegen 168 Stimmen angenommen wurde. Der Antrag der Arbeiterpartei, das Gesetz abzulehnen, wurde mit 388 gegen 171 Stimmen verworfen. Am kommenden Mittwoch beginnt nunmehr die Einzelberatung.

Die Sowjetregierung droht mit Gegenmaßnahmen zum Schutz der in Peking verhafteten Russen.

Paris, 6. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Die Sowjet-Regierung hat dem Gesandten der Regierung von Peking in Moskau eine Note überreicht, in der sie die sofortige Freilassung der in Peking in Haft gehaltenen Russen verlangt. Unter ihnen befindet sich auch Frau Borodin. Falls der Forderung auf Haftentlassung nicht sofort entsprochen werden sollte, werde Moskau entsprechende strenge Gegenmaßnahmen ergreifen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der Auswärtige Ausschuss des ungarischen Abgeordnetenhauses ratifizierte am Donnerstag den ungarisch-italienischen Freundschafts- und Bundesvertrag. Ebenso hat der italienische Ministerrat am Donnerstag die Ratifikation dieses Vertrages ausgesprochen.

Bulgarisch-griechische Grenzverhältnisse. Pariser Blätter melden einen schweren Grenzverstoß zwischen Bulgarien und Griechenland. Bulgarische Banden sollen auf griechisches Gebiet in der Absicht übergetreten sein, eine Eisenbahnlinie in die Luft zu sprengen. Sie stehen dabei auf griechische reguläre Truppen. Es entstand ein Kampf, bei dem die griechischen Truppen mehrere Tote und Verwundete hatten.

Bulgarien wünscht keine Augenzeugen seiner Schandthaten. Die parteigenössischen Rechtsanwälte Rosenfeld-Berlin und Richter-Wien sind am Mittwoch in Sofia eingetroffen, um dem Prozeß gegen das Zentralkomitee der kommunistischen illegalen Organisation beizuwohnen. Nach zweistündiger Anwesenheit im Gerichtssaal wurden beide Rechtsanwälte am Donnerstag von der Polizei festgenommen und später verhaftet. Dann mußten sie eine eingehende Durchsuchung ihres Gepäcks über sich ergehen lassen und sich einem stundenlangen Verhör unterziehen. Erst durch Intervention der deutschen Gesandtschaft wurde die Freilassung erreicht. Die beiden Sozialdemokraten erhielten aber gleichzeitig einen Ausweisungsbefehl und mußten noch am Donnerstagabend die Rückreise antreten. — Das Urteil in dem Prozeß gegen das Zentralkomitee der kommunistischen illegalen Organisation wurde bereits am Donnerstag gefällt. Es lautete gegen den als Führer angeklagten Kommunisten Rawlow auf 12½ Jahre Zuchthaus und eine hohe Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. In elf Tagen beginnt ein neuer Prozeß gegen die sogenannten Jung-Kommunisten.

Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. S. Cole und Margarete Cole. Autorisierte Uebersetzung von Mathilde Wertheimer.

93]

„Können Sie bezüglich dieses Punktes irgendeine Erklärung abgeben, Mr. Culpepper?“ fragte Wilson neugierig. „Ich bin den Mund auf,“ entgegnete Culpepper, „möchte ich wissen, was mir selbst bevorsteht. Beschuldigt man mich, komme ich vor Gericht?“ Culpepper blidte bei diesen Worten gespannt auf Wilson. „Ich bin mir nämlich nicht klar,“ fügte er hinzu, „weil Sie mich beschuldigen könnten.“

„Sie sind ein Helfershelfer bei diesem Mord — will sagen — bei diesem Betrug,“ erklärte ihm Blakie. „Sie haben falsche Zeugenaussage geleistet.“

„Gestatten Sie, Inspektor. Ich habe überhaupt keine Zeugenaussage geleistet. Ich habe Ihnen lediglich eine kleine Geschichte von den Vorfällen in Sugdens Hotel erzählt und halte an dieser Geschichte auch fest. Scheinbar zweifeln Sie an und Oberinspektor Wilson hat das ausgesagene Märchen erdacht, daß überhaupt keine Verträge im Koffer gelegen habe. Das nimmt nicht. Es ist vielleiht wahr, daß Basquett den Mord begangen hat, obgleich ich, falls dies zutrifft, genau so von ihm getötet worden bin als sonst jemand. Vielleicht ist der Ermordete nicht Hugh Radlett gewesen. Aber ich erkläre Ihnen ausdrücklich, und werde dies auch bezeugen, wenn man mich vor Gericht stellt, daß ein Mord verübt worden ist und daß eine Leiche im Koffer gelegen hat, was sich auch sonst noch ereignen haben mag. Meine Herren, ich habe den Mörder mit seinem Opfer gesehen.“ Culpepper ließ seinen Blick von den Tisch schweifen und hielt den Blicken aller Anwesenden stand. „Was nun Lord Galing betrifft, so habe ich noch einiges zu sagen. Mr. Radlett zeigte mir am Abend vor seiner Ermordung einen äußerst interessanten Brief von Lord Galing, von dem ich glücklicherweise eine Abschrift besitze. Falls ich vor Gericht komme, werde ich dort selbst diesen Brief vorlesen.“

„Das ist eine niederträchtige Verleumdung,“ sagte Lord Galing. „Sie haben diesen Brief nicht — es gibt keinen Brief, den Sie besitzen könnten.“

„Wie meinen Sie das, Lord Galing? Gibt es einen Brief oder gibt es keinen Brief, den Mr. Culpepper nicht besitzen kann?“

„Ich erkläre Ihnen, Wilson, es gibt keinen Brief,“ behauptete Lord Galing. „Das Ganze ist überhaupt eine Verleumdung. Ich bin schamlos betrogen worden.“

„Wenn ohnehin kein Brief vorhanden ist,“ sagte Wilson, „weshalb regen Sie sich dann über ein Phantom so auf? Wer hat Sie denn betrogen, bitte?“

„Verzeihung, Wilson. Ich bin aufgebracht gewesen. Es schien mir, als ob eine niederträchtige Beschuldigung gegen mich erhoben worden wäre. Wenn dem nicht so ist...“

Eine niederträchtige Beschuldigung, Lord Galing? Ich habe nichts dergleichen gehört. Ich habe nicht mal eine Anspielung Mr. Culpeppers auf den Inhalt dieses Briefes gehört.“

„Sollte ich mich also verhöhrt haben?“ fuhr Lord Galing fort, „nun, dann lassen Sie uns über die Sache schweigen.“

Arthur hatte mittlerweile verzweifelt, Culpepper, der nichts von dem Handel Pasquetts mit Lord Galing wußte, heimlich am Weiterprechen zu verhindern. Er empfand, daß man Lord Galing wirklich unbillig mißbrauche.

„Nun bemühen Sie sich so sehr, Mr. Wharton, daß Mr. Culpepper den Mund halten soll,“ forschte Wilson, dem Arthurs Gebärdenpiel nicht entgangen war. Arthur senkte den Kopf und wußte nichts zu sagen.

„Also, Mr. Culpepper,“ forderte ihn Wilson auf, „wollen Sie nicht doch die Güte haben, uns genau über Lord Galings Brief zu erzählen?“

Culpepper wurde sichtlich verlegen. Er verstand nicht, weshalb Arthur wünschte, daß er schweigen solle. „Nein, ich ziehe gegenwärtig vor, nichts zu sagen. Erst wenn man mich beschuldigen sollte, werde ich — gibt es einen Beschuldigungsgrund gegen mich?“

„Ich kann über diesen Punkt augenblicklich kein Urteil abgeben. Es wird ganz darauf ankommen. Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, in Ihrem eigenen Interesse, unbedingt aufrichtig mit mir zu sein.“ Culpepper schüttelte den Kopf und Wilson wandte sich von neuem an Lord Galing. „Also, Mylord, haben Sie noch eine Feststellung zu machen?“

„Für die eine, daß ich weiß, was ich zu tun habe, falls weitere lügenhafte Anklagen gegen mich erhoben werden sollten.“

„Sie scheinen auch darüber alles zu wissen, Mr. Wharton. Haben Sie bezüglich dieses Briefes etwas zu sagen?“ fragte Wilson.

„Nein,“ entgegnete Arthur kurz.

„Ich muß gestehen,“ meinte Wilson, „daß Sie mich alle enttäuschen. Ich habe gehofft, Sie würden offen mit mir sein, sobald ich Ihnen alle wahren Begebenheiten des Verbrechens erzählt; ich habe gehofft, es würde uns dann gelingen, die kleinen, noch verbliebenen Rätsel zu klären. Ich bin aufrichtig zu Ihnen gewesen, Sie aber waren es nicht — niemand von Ihnen.“

„Ich werde den Fall aufs Genaueste dem Innenminister unterbreiten, und ihn um seine Anordnungen bitten müssen. Gestatten Sie mir jedoch, meine Herren, daß ich Ihnen in wenigen Worten den Fall zusammenfassend schildere. Meiner Meinung nach ist es trotz dem, was Mr. Culpepper zu sagen beliebt hat, klar, daß in Sugdens Hotel niemand ermordet worden ist. Es handelt sich in dieser ganzen Affäre nicht um Mord, sondern um Betrug und Fälschung zu dem Zweck, sich Radletts Reichthümer anzueignen. Mr. Culpepper war in dieses Verbrechen verwickelt, Sie, Mylord, waren zwar nicht beteiligt und über die Hauptereignisse ebenfalls wenig unterrichtet wie ich. Sie sind jedoch mit diesen Vorgängen in irgendeiner Weise, die bisher noch nicht aufgeklärt werden konnte, verbunden. Der mutmaßliche Mord war demnach eine Tinte zwecks Irreführung der Polizei. Radlett mußte aufstehen, um sein Testament zu machen, und nachher zu sterben. Aber, meine Herren, Radlett ist ja tatsächlich gestorben, zu irgendeinem früheren Zeitpunkt, und auf diese oder andere Weise hängen die Umstände seines Todes so innig mit John Pasquetts zusammen, daß er unter Pasquetts Name bestattet werden konnte. Ich brauche es Ihnen schwerlich erst zu sagen, daß die Einzelheiten dieses Zusammenhanges äußerst sorgfältig untersucht werden müssen, denn sie erregen unwillkürlich den Verdacht, daß Pasquetts, obgleich er Radlett nicht in Sugdens Hotel ermordet hat, ihn drüben in Sibirien ermordet haben könnte. Trifft dies zu — achten Sie darauf, ich behaupte weder ja noch nein — so könnten diejenigen von Ihnen, welche in den Betrug verwickelt waren, — ich wiederhole, könnten — gleichfalls an der feinerzigigen Ermordung teilgenommen haben, falls ein Mord früher einmal verübt worden ist. Ich möchte Sie, Culpepper, ganz besonders auf die Tragweite des Verdachtes, unter dem Sie stehen, aufmerksam machen. Ich werde nun jedem einzelnen hier Anwesenden die Gelegenheit bieten, jede Berichtigung, die er zu machen wünscht, vorzubringen. Sollte niemand unter Ihnen etwas zu sagen haben, so werde ich diese Sitzung schließen.“

Wilson hielt nur einen Augenblick inne, dann erhob er sich von seinem Sitz am obersten Ende des Tisches.

(Fortsetzung folgt)

# Der neue preussische Justizminister stellt sich vor

Der Landtag überwies in seiner Donnerstag-Sitzung zu nächst einige kleinere Vorlagen an die Ausschüsse und wandte sich dann der zweiten Lesung des Justizgesetzes zu.

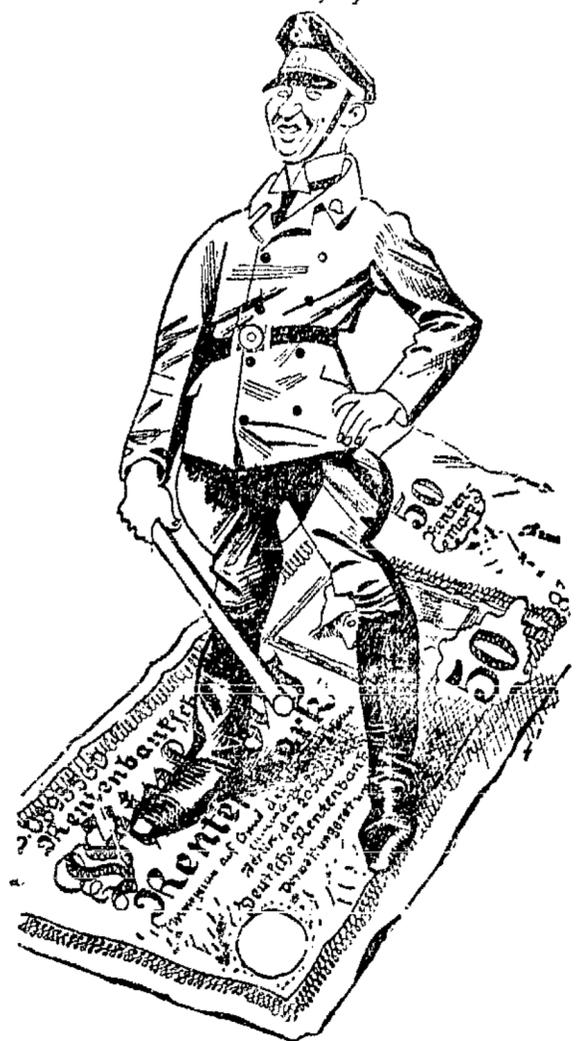
**Justizminister Dr. Schmidt-Lichtenberg:**

Heute, wo ich zum ersten Male als Chef der Justizverwaltung vor dieses Haus trete, ist es mir inneres Herzensbedürfnis, die Verdienste meines hochverehrten Amtsvorgängers Dr. Am Zehnhoff zu feiern. (Bravo!) Zwischen unserer Ausschussberatung und heute liegen die Justizdebatten im Reichstag. Dabei hat der Reichsjustizminister Dr. Hergt ausdrücklich das Bestehen einer Vertrauenskrise der Justiz und zahlreiche richterliche Urteile als falsch und unüberprüfbar preisgegeben. Zur Abwehr von Übertreibungen hat er fälschlich Propaganda der Wahrheit und die Erhaltung des unabhängigen Richtertums empfohlen. Meine ersten praktischen Erfahrungen haben mich bestätigt, daß das Mißtrauen gegen die Gerichte in beachtlichem Umfange fortbesteht. (Hört, hört! links.) Gerade in beachtlichem Umfange bedürfen wir, das gefundene und daß es großer Anstrengungen bedürfen wird, das gefundene und teilweise verschwundene Vertrauen zur Rechtspflege wiederherzustellen. Das Berufsrichterium, das ich aus zehnjähriger Berufstätigkeit genau kenne, ist in seiner überwältigenden Mehrzahl durchaus gesund, verfassungstreu und arbeitssam. Aber einzelne unwürdigen und unfähigen Beamten muß mit allen zulässigen Mitteln entgegengetreten werden. Die nötige Entlastungskraft und Zivilcourage sollen Sie bei mir nicht vermissen. (Bravo! links und in der Mitte.)

Die Mitwirkung der Tagespresse ist der Rechtspflege unentbehrlich. Ich biete mich als ehrlicher Makler zwischen Presse und Justiz an. Die neuen Justizpressestellen sollen jede mögliche Auskunft geben und den Pressevertretern jede erwünschte Erleichterung ihrer Arbeit schaffen. Beim Entwurf des neuen Reichsstaatsgesetzbuches hat das Preussische Staatsministerium seine Anschauung besonders stark zur Geltung bringen können. In einer allgemeinen Verfügung vom 7. April habe ich größte Höflichkeit gegenüber den Rechtsprechenden, in einer solchen vom 9. April Rücksicht auf das Publikum bei den Terminberatungen angedeutet. Für die Geschworenen ist ein besonderes Werkblatt herausgegeben worden. Die Organisation der Arbeitsgerichte wird baldigst fertiggestellt. Für die Vorsitzenden dieser Gerichte finden im Juni besondere Ausbildungsstufen statt. Das Staatsministerium hat auf meine Anregung eine Novelle zum Richterdisziplinarergesetz beschließen, durch die die Öffentlichkeit der Verhandlung vorgeschrieben wird. Die Durchführung der bisherigen Entscheidungen ist vorbereitet. In Sachen des Oberlandesgerichtes Beuthen sind wir durch feierliche Versprechungen gebunden. Die Ausstattung der Behörden mit modernen Einrichtungen wird tatkräftig gefördert werden. Die Reichspflege müssen organisch zur Entlastung der Richter eingegliedert werden und ebenso das wertvolle Büropersonal von der rein schematischen Arbeit befreit werden. Der Entwurf über die Herabsetzung der Gerichtsgebühren wird demnächst dem Hause zugehen. Für den Strafvollzug in den Stufen werden in kürzester Zeit die endgültigen Richtlinien erlassen. Bauische Verbesserungen in den Gefängnisanstalten und Vermehrung des ärztlichen Personals sollen schleunigst durchgeführt werden. Im Gnadenwesen werde ich der bewährten Praxis meines Amtsvorgängers treu bleiben. (Bravo! links und in der Mitte.) Denn das letzte Ziel der Justiz ist der innere Friede. Und wenn wir oft hart strafen müssen, wollen wir doch wenigstens gelegentlich auch durch Menschlichkeit Freude schaffen. (Beifall.)

Voll geworden wären. Bis dahin können wir aber den Verlust des alten Schwurgerichts nicht verhehlen. Die Todesstrafe läßt sich weder vom Standpunkt der Straftheorie aus verteidigen, noch ist sie zum Schutze der Gesellschaft notwendig. Mit besonderer Freude haben wir in der Programmrede des neuen Justizministers festgestellt, daß er die menschliche Gnadenpraxis seines hochverehrten Vorgängers fortsetzen will. Wir begrüßen den neuen Justizminister mit Vertrauen und erhoffen von ihm die Tatkraft, die er versprochen hat. (Bravo! links.)

## Der Stahlhelm.



Wir ziehen aus, deutsch bis ins Mark,  
Für 50 Mark!  
Wir ziehen sehtend wider Sem  
Für 50 Emm!  
Wir hau'n zusammen die Profeten,  
Hoch die Moneten!  
Warum auch zahlt uns nicht die Linke  
Entsprechende Pinkel!

**Abg. Dr. Verberg (Dnat.):** Die Berufszweidigkeit des deutschen Richtertums wird durch die ständigen Angriffe gegen die Justiz untergraben. Der Prozeß Jürgens ist lediglich aus Angst vor der Strafe durchgeführt worden. Unbegreiflich sei die Rolle des Ersten Staatsanwalts Jordan aus Stargard, der als alter Freund der Familie Jürgens (!) die Anklage vertrat und 2 1/2 Jahr Justizhaus beantragte. Die Bestrebungen auf Übergabe der Justizverwaltung an das Reich lehnen wir ab. Das wäre ein Schritt zur Auflösung Preußens, und wir sind Preußen und wollen Preußen bleiben. (Bravo! rechts.)

**Abg. Oppenhof (Ztr.):** Die Vertrauenskrise besteht. Wir müssen von den Richtern verlangen, daß sie rüchloslos zur Verfassung stehen, aber wir lehnen die Verallgemeinerung von Einzelfällen ab. Im allgemeinen ist die Justiz besser geworden, und es ist falsch, die Richter ohne weiteres den besitzenden Klassen zuzuzählen. Die Auswahl der Schöffen und Geschworenen muß viel sorgfältiger werden. Die Senate der Oberlandesgerichte sind wieder mit fünf Richtern zu besetzen.

**Abg. Zehnhoff (D. Sp.):** bespricht in der Hauptsache technische Justizfragen. Der Minister täte einen verhängnisvollen Schritt, wenn er die Richter nach ihrer republikanischen Zuverlässigkeit bespitzeln ließe. (Bravo! rechts.)

**Abg. Dr. Grämel (Dem.)** fordert eine kräftige demokratische Personalpolitik. Preußen müsse der Stöckel werden, der dem Reich in Deutschland die Bahn bricht. Die Beseitigung der Todesstrafe sei schon mit Rücksicht auf die Rechtsgleichheit mit Oesterreich nötig. Die Begeisterung der Rechtsparteien für das heutige Preußen sei zu begrüßen, aber die Zukunft gehöre dem Reichsrichterium, gehöre Deutschland, nicht Preußen. (Bravo! links.)

**Abg. Röhner (Wölk.):** Was die Judenpresse Republikanisierung der Rechtspflege nennt, soll in Wahrheit nur die vollständige Verjudung der preussischen Justiz werden. Der Redner bespricht dann die ihm widerfahrne angeblich rechtswidrige Entziehung der Ministerialzulage. Hierauf wird die Fortsetzung der Debatte auf Freitag Mittag vertagt.

Die Verlängerung des Republikanengesetzes scheint innerhalb der Reichsregierung von Seiten der deutschnationalen Minister mit großer Energie bekämpft zu werden. Während es zunächst so hingestellt wurde daß die Zentrumsmister mit den Volksparteikern zusammen bereits die Verlängerung durchgedrückt hätten, werden jetzt neue Verhandlungen innerhalb des Kabinetts erst nach dem Zusammentritt des Reichstags in Aussicht gestellt.

# Der Bürgerblock lehnt auch die geringste Verbesserung der Aufwertung ab.

In der Donnerstag-Sitzung des Reichsausschusses des Reichstages erwiesen sich die Regierungsparteien wieder als die gehorhten Untergebenen ihrer Minister. Die Parole, die von Herzog und Schacht, von Curtius und Schiele ausgegeben worden war, wurde getreulich befolgt; jede, auch die laudlich einleuchtendste Forderung des Aufwertungsgegesetzes wurde abgelehnt. Die sozialdemokratischen Vertreter machten es den Regierungsparteien nicht leicht. In der Frage der Aufwertung nahmen sie einen von der juristischen Arbeitsgemeinschaft für Gesetzgebungsfragen entworfenen und begründeten Antrag auf der den Regierungsparteien schon deshalb einige Sorgen bereitet weil der Ausschussvorsitzende, Geheimrat Kahl, auch Vorsitzender jener juristischen Arbeitsgemeinschaft ist.

Der sozialdemokratische Antrag bestimmt, daß bei Hypotheken, die vor dem 15. Juni 1922 zurückbezahlt worden sind, nachträglich eine Aufwertung der persönlichen Forderung bis zu 15 Prozent des Goldmarkbetrages anzuordnen ist, wenn der gezahlte Betrag 10 Prozent des Goldmarkwertes der Forderung nicht erreicht, wenn ferner der persönliche Schuldner beim Inkrafttreten des Aufwertungsgegesetzes noch Eigentümer des belasteten Grundstücks war und endlich die Verlagerung der Aufwertung für den Gläubiger mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage insbesondere auf erhebliche, auf dem Währungsverfall oder die Verdrängung oder die Liquidation des Vermögens zurückzuführen Vermögensverluste eine unbillige Härte bedeuten würde. Nur bezüglich der Höhe der zu gewährenden Aufwertung ging der sozialdemokratische Antrag weiter als die juristische Arbeitsgemeinschaft, die bezüglich dann eine Zuschußzahlung verlangt, wenn die Rückzahlung der Schuld 5 Prozent des Goldmarkwertes nicht erreicht und die Aufwertung auf 10 Prozent beschränkt wolle.

In der von dem Abg. Keil (Soz.) erfolgten Begründung des Antrags heißt es, daß der willkürlich gewählte Stichtag für die Rückwirkung (15. Juni 1922) eine der schlimmsten Härten des Aufwertungsgegesetzes bildet. Die Geldentwertung sei schon im Mai genau die gleiche gewesen wie im Juni, die Mark habe damals noch 1 1/2 Prozent Goldmarkwert gehabt, und schon im Jahre 1921 sei sie auf 2 Prozent, zeitweilig noch weniger, gesunken. Der Antrag lehne von einer grundsätzlichen Milderung des Gesetzes ab und beschränke sich auf die Aufwertung der persönlichen Forderung. Das dringliche Recht und der Stand des Grundbuchs ließen also unberührt. Da die im Gesetz enthaltene Härteklausele zugunsten des Schuldners bestehen bleibe, könne die Aufwertungsstelle unter Berücksichtigung aller Billigkeitsabwägungen frei entscheiden. Wenn man überhaupt wolle, daß den alten Gläubigern, die mit wertlosen Papierscheinen abgefunden worden seien, von den noch im Besitz des Wertobjekts befindlichen Schuldner eine kleine Entschädigung gewährt werde, dann biete der Antrag einen geeigneten Weg.

Im Verlauf der Debatte nahmen Medner aller Fraktionen mit Ausnahme der Deutschnationalen das Wort. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei und des Zentrums lehnten übereinstimmend mit dem Vertreter des Reichsjustizministeriums den Antrag nach laudem Wenn und Aber, einerseits und andererseits ab. Die Vertreter der Demokratischen Fraktion und der Abg. Dr. Keil stimmten ihm zu mit der Begründung, daß der Stichtag des 15. Juni 1922 in der Tat eine traurige Ungeheuerlichkeit darstelle. Der Antrag wurde schließlich mit 16 gegen die 12 Stimmen der Linken abgelehnt.

Eine weitere Debatte rief ein Antrag Best herner, der vom 1. Januar 1924 ab den gegenwärtig 3 Prozent betragenden Zins für den Aufwertungsbeitrag nach dem am freien Hypothekensatz zu berechnen Zinsen bemessen wolle. Abg. Wunderlich (D. Sp.) wandte sich gegen den Antrag, weil er einen „Eingriff“ in das Vertragsverhältnis bedeute. Dr. Landsberg (Soz.) erwiderte ihm, daß das ganze Aufwertungsgegesetz einen einzigen Eingriff in den Vertragsverhältnis darstelle und die Bestimmungen über die Höhe des Zinses nach eine Sonderbelastung des Gläubigers bedeuten. Aber alle Beweisführung half auch hier nichts. Die Reichsregierung „erwartet“ die Ablehnung, hatte Minister Hergt tags zuvor erklärt, und die Regierungsparteien entsprachen diesem Wunsch. Der Antrag wurde ebenfalls abgelehnt, wie zahlreiche andere vom Abg. Dr. Best eingebrachte und vertretene Anträge.

## Süddeutsche Siedler wollen nach dem preussischen Osten.

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben: In Süddeutschland sind zur Zeit Bestrebungen im Gange; auch die süddeutschen Landwirte für die Ansiedlung im Osten des Reiches zu interessieren. Vor kurzem fand deshalb in Heidelberg unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsforstministeriums eine Konferenz der Ländervertreter statt, die sich mit dieser Frage befaßt. Es wurde betont, daß sowohl Preußen wie auch Mecklenburg bereit seien, Siedler aus Süddeutschland in ihr Siedlungsgebiet aufzunehmen und sie bezüglich der Kreditgewährung den einheimischen Siedlern gleichzustellen.

Obgleich in den süddeutschen Ländern noch große Gebiete sind, die landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden könnten, so z. B. die großen Niederungen der Donau und des Rheins, herrscht bei den süddeutschen Bauern eine starke Nachfrage nach Siedlerstellen im Osten. Eine Befriedigung dieser Nachfrage wäre zu begrüßen, denn die Auswanderung nach Uckersee nimmt in den süddeutschen Grenzländern einen erheblichen Umfang an. Naturgemäß bevorzugen die Siedlungsländer zunächst die Bewerber aus dem eigenen Lande; das Ueberangebot an einheimischen Siedlern macht die Ansiedlung süddeutscher Bauern aber sehr schwierig.

Auf der Konferenz in Heidelberg kam eine Verständigung dahin zustande, daß neben den 6000 Mark, die durch das Land, aus dem der Siedler stammt, als Zuschuß zu übernehmen sind, das Reich die Kosten für die Abgeltung der öffentlichen Lasten, die auf 1500 bis 2000 Mark geschätzt werden, tragen soll. Die Siedlungsländer Preußen und Mecklenburg wollen außerdem die Vorbereitung für eine verstärkte Siedlung dadurch fördern, daß für das Jahr 1928 größere Siedlungsmöglichkeit wie bisher besteht. Das badische Ministerium des Innern und die badische Landwirtschaftskammer werden in nächster Zeit eine Befähigungsreise nach den Siedlungsgebieten organisieren, um die Frage zu prüfen, wie sich eine geschlossene Siedlung badischer Kleinbauern bewerkstelligen läßt.

**Kaufhaus M. Robowski**



Gräbschener Str. 54, Gräbschener Str. 82 a.  
Hohenzollernstr. 2, Westendstr. 34 (alte Post.)

Strümpfe / Socken / Herrenartikel  
Kinderartikel / Wäsche / Kurzwaren

Billigste Preise! Große Auswahl!

# Sensationell sind die Preise unserer Werbe-Tage

Im Herren-Bekleidungshaus

## Eugen Hamburger

Breslau, Teichstraße 31, 2 Minuten v. Hauptbahnhof, parterre und 1. Etage.

**Herren-Anzüge**  
halbbare Stoffe, in modernen Farben 33 00, 26 00 **19 00**

**Herren-Anzüge**  
in Gabardine, gute Verarbeitung, tadellos. Sitz. 68 00, 59 00, 48 00 **38 00**

**Herren-Anzüge**  
in blau Kamogarn ein- u. zweireihig. 68 00, 62 00, 54 00 **45 00**



**Sport-Anzüge**  
in haltbaren Kord- und Wollstoffen 48 00, 36 00, 29 00 **24 00**

**Schweden-Mäntel**  
in Gabardine und Covercoat 62 00, 55 00, 48 00, 36 00 **26 50**

**Gummi-Mäntel**  
von **11 50** an

**Gestreifte Hosen**  
von **2 90** an

**Breeches-Hosen**  
von **4 50** an

Eigene Anfertigung, daher sehr preiswert!

### Jahres-Bilanz

für das Geschäftsjahr 1926

#### Breslauer Haus- und Baugenossenschaft e. G. m. b. H.

Vermögen.		
Grundstücks-Konto	Gräblichener Straße 124 . . .	19 029,05 Mfl.
Grundstücks-Konto	Opperauer Straße 15 bis 19 . . .	37 086,14 Mfl.
Gebäude-Konto	Gräblichener Straße 124 . . .	81 785,95 Mfl.
Gebäude-Konto	Opperauer Straße 15 bis 19 . . .	275 528,10 Mfl.
Gebäude-Inventar-Konto	Gräblichener Straße 124 . . .	2 242,73 Mfl.
Gebäude-Inventar-Konto	Opperauer Straße 15 bis 19 . . .	3 394,50 Mfl.
Büro-Inventar-Konto		1 156,81 Mfl.
Materialien-Bestands-Konto		45,19 Mfl.
Schleifische Heimstätte		300,10 Mfl.
Darlehens-Konto		1 262,45 Mfl.
Bank-Konto		280,10 Mfl.
Kasse-Konto		394,56 Mfl.
		<b>422 520,50 Mfl.</b>
Schulden.		
Hypotheken-Konto		339 795,95 Mfl.
Guthaben-Konto		18 182,05 Mfl.
Baugenossenschafts-Konto		31 000,00 Mfl.
Reservefonds-Konto		14 191,82 Mfl.
Hilfsreservefonds-Konto		4 028,05 Mfl.
Reservaten-Konto		44,94 Mfl.
Kreditoren		14 586,99 Mfl.
Gewinn		679,67 Mfl.
		<b>422 520,50 Mfl.</b>

#### Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr 1926.

Bestand am 1. 1. 1926 . . .	128 Genossen mit 149 Anteilen und 44 700,00 Mfl. Haftsumme
Zugang . . . . .	14 Genossen mit 15 Anteilen und 4 500,00 Mfl. Haftsumme
Insgesamt . . . . .	142 Genossen mit 164 Anteilen und 49 200,00 Mfl. Haftsumme
Abgang . . . . .	14 Genossen mit 16 Anteilen und 4 500,00 Mfl. Haftsumme
Bestand am 31. 12. 1926 . . .	128 Genossen mit 148 Anteilen und 44 400,00 Mfl. Haftsumme

Das Geschäftsguthaben sämtlicher Genossen betrug:

Bestand am 1. 1. 1926 . . . . .	12 219,60 Mfl.
Zugang . . . . .	5 972,48 Mfl.
Bestand am 31. 12. 1926 . . . . .	18 192,08 Mfl.

Der Vorstand

H. Seidel, F. Rosol, E. Pistol, F. Thiel.

Kontrollierende Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung haben wir geprüft und in Uebereinstimmung mit den ordnungsmäßig geführten Büchern der Breslauer Haus- und Baugenossenschaft e. G. m. b. H. gefunden.

Breslau, den 10. April 1927  
Der Aufsichtsrat  
G. Hilbers, D. David, B. Giersberg, F. Meißig.

### An klaren, sternhellen Abenden

ist es der Wunsch vieler, näheres über das Weltall zu erfahren. Jedem Wissensdurstigen ist Gelegenheit gegeben, zu günstigen Bedingungen ein Buch zu erwerben, das ihm zur Erweiterung seiner astronomischen Kenntnisse dient.

Wir bieten an:

**Dr. Riem: Illustrierte Himmelstunde**  
(Eine populäre Astronomie)

mit 10 Kunstbrusttafeln u. 350 Abbildungen, 476 Seiten, gebogener Halbleinenband zu dem stark herabgesetzten Preis **von nur 6.25 Mfl.**

Auch auf Buchkarte in Wochenraten von 50 Pfennigen

**Volkswachtbuchhandlung, mod. Unt.**  
Breslau 3, Neue Graupenstr. 5

### Berücksichtigt unsere Inserenten!

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Zimmer; für die Anzeigen: Max Todek. - Redaktion: Brändelplatz 3. - Hauptredaktion: Hurlstraße 4. - Druck u. Verlag der „Volkswacht“ e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau



## Geregelte Verdauung

Verstopfung und Durchfall sind Zeichen unzureichlicher Ernährung. Unnatürlich ist es, daß die wertvollen Mineralsalze des Getreides mit der Kleie ins Viehfutter gelangen. Essen Sie Christ's Vollkorn-Brot! Es wird aus einem Mehl gebacken, bei dem alle wertvollen Mineralsalze erhalten blieben und bewirkt geregelte Verdauung ohne irgend welche Zusätze. Also nur



## Christ's Vollkorn-Brot

In allen einschlägigen Geschäften ist Christ's Vollkornbrot erhältlich. Wo nicht, wende man sich an Christwerke, Tel. Ring 6220/21.

### Heute und morgen: Sonderverkauf

## Damenmäntel

ca 1200 moderne, frische Frühjahrmäntel in vielseitiger Farben- u. Stoffauswahl, frische, schicke Formen u. beste Verarbeitung zu folgenden

#### Serienpreisen:

- Frühjahrmäntel** für Damen und Backfische, aus la Tuchen, Shelland, englisch gemusterten Woll- und imprägnierter Mantelstoffen, tadellose Verarbeitung  
Stück 14,50, 12,50 **9.50**
- Damenmäntel** aus reinwollenem Rips, teilweise Kragen und unterherum plissiert, prima Tuch und imprägniert Covercoat, gute Paßform  
Stück 24,50, 19,50 **17.50**
- Moderne Damenmäntel** aus la Schattenrips, Tuch und reineschwarze wollenem Rips, in schönen Frauenfassons, auch große Größen  
Stück 35,00, 24,00 **17.50**
- Solide Frauenmäntel** aus prima Schattenrips, Shelland, Tuch und Rips, in modernen, soliden Farben und schöner Verarbeitung  
Stück 34,00, 27,00 **21.00**
- Damen-Frühjahrmäntel** durchweg moderne Stoffe, wie Shelland, Schattenrips, Seide, Rips, in besonders elegant. Fassons, viele moderne Farben,  
Stück 35 00, 29,00, 24,50 **19.50**
- Damen-Regenmäntel** aus praktischen, imprägnierten Stoffen, nur beste Qualitäten, zum Teil mit gummierter Abseite  
Stück 19,50, 14,50 **9.50**

### Riesensortimente bildschöne und ganz billige Damen-Kleider

aus la reinwollenen Stoffen wie Rips, Popeline, Ripspopeline, Kasha und anderen guten, modernen Wollstoffen, sowie Crêpe de Chine, Eolienne, Veloutine, Taffel, gute Kunst- und Waschseiden-Qualitäten.

### Gute billige Herren-, Knaben- und Mädchen-Bekleidung



## Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel!

Friedrich Ebert, Schriften - Aufzeichnungen - Reden

Das große Gesamtwerk des ersten deutschen Reichspräsidenten und sozialistischen Kämpfers. Herausgegeben von Friedrich Ebert jun. Eingeleitet durch ein umfangreiches Lebensbild Friedrich Eberts aus der Feder von Paul Kampffmeyer. Mit unveröffentlichten Erinnerungen aus dem Nachlaß.

2 Ganzleinenbände mit 16 Bildern 15,00 Mark.

Emil Feilen, Einem Menschen Weg

Ein Fritz Ebert-Roman - Ganzleinen 5,00 Mark.

**Volkswacht-Buchhandlung** Neue Graupenstr. 5

Neue Teichstr. 11

## Da bin ich wieder

mit meinen billigen Angeboten! Nicht allein billig, gut und billig sind meine bewährten Qualitäten

**Kein Laden! Geringe Unkosten!**

- Damenhemden** in verachtel schönen Ausführungen mit Silk. 2,00, 1,80, 1,25 **68 Pf.**
- Damen-Beinkleider** geschloss., gute Qualität, mit Stückerel. **1.25**
- Damen-Nemdhosen** moderne Form mit Stückerel und Hüftsaum. . . . . **1.60**
- Prinzebrücke** gute Qualität, reich garniert. . . . . **2.00**
- Damen-Nachthemden** Schlaftrümpe, mit schöner Stückerel. . . . . **2.75**
- Damen-Nachtjacken** aus pa. Wäscheuch und gutem Körperbarchent. . . . . **1.75**
- Rolltücher** gute Qualität. . . . . **95 Pf.**
- Männerhemden** aus Barchent, richtig groß. . . . . **1.35**
- Einsatzhemden** weicher Rumpf, moderne Einsteife **2.00**
- Damenstrümpfe** zu Verlustpreisen **25 Pf.**
- Wäscheid., Strumpf** Paar **95 Pf.**
- Schlafdecken** in verschied. Must. **75 Pf.**
- Arbeits-hosen** feste gewirkt. Ware **3.50**
- Windjacken** imprägn., vorzügl. Paßform, **0.75**
- Mädchenhemden** v. **50** an
- Knabenhemden** v. **60** an
- Weibe Deckbettbezüge** aus Wäscheuch. . . . . **2.90**
- Weibe Bettbezüge** aus pa. Wäscheuch, 1 Deckbett, 2 Klassen, festlg. genäht, zum Knöpfen. . . . . **5.50**
- Weibe Bettbezüge** prima Linnen, ganz Breite, 1 Deckbett, 2 Kissen. . . . . **7.00**
- 1 fertiges Inlett** federdicht u. schurecht. . . . . **6.50**
- Parade-Garnitur** aus vorzügl. Linnen, 1 Deckbett, 1 Kissen u. 1 Kissen m. Stückerel-Einsatz. . . . . **9.00**
- Wallis-Bezüge** in Ware, 1 Deckbett, 2 Kissen. . . . . **9.00**
- Damast-Bezüge** herrl. Muster, mit hohem Seidenlamm, 1 Deckbett, 2 Kissen **11.00**
- Bunt geblünte Bettbezüge** mit 2 Kissen, aus kräftigem waschecht. Beilinnen, z. Knöpf. **5.90**
- Bettlaken** feste, geleg. Ware, 140/200. . . . . **1.95**
- Wollene Bettlaken** dicke, mollige Ware, in weiß und bunt. **1.85**
- Gesichtshandtücher** m. Figuren u. Blum. pa. Ware. . . . . **68 Pf.**
- Küchenhandtücher** derbe, fest. Qual., 60,25 **18 Pf.**
- Taschentücher** gute Qual., v. 20 Pf. bis **3 Pf.**
- Angestaubte Bett- u. Leibwäsche** Reste u. Abschnitte enorm billig

## Wäsche-Manneberg

um Hofe Reuschestr. 47 im Hofe

Bitte genau auf Namen und Nr. 47 zu achten

## „WALDFLORA“

Die bekannten giftfreien Naturprodukte (kein Tee) sind in folgenden Nummern erhältlich:  
Bei: Gicht, Reiben, Rheuma, Ischias, Adrenalinmangel, Pickeln, Geschwüren, Hautausschlag, Flechten, offenen Beinen, Kopfschmerzen, Anspannung, Blutzreinigung. . . . . Nr. 0  
Bei: Zuckerkrankheit. . . . . Nr. 1  
Blasenleiden. . . . . Nr. 3  
Nierenleiden. . . . . Nr. 4  
Langenleiden, Asthma. . . . . Nr. 5  
Gallenleiden. . . . . Nr. 7  
Nerven- und Darmleiden. . . . . Nr. 8  
Nerven- und Herzstörungen. . . . . Nr. 9  
Stuhl-Störungen. . . . . Nr. 10  
Als unentbehrliches Hausmittel verlangen Sie nur: Pflanz-echt austral. Eucalyptus-Öl in der Dreiecksflasche.  
Verkauf in Apotheken u. Drogerien. Druckschriften über „Waldfloren“ erhalten Sie kostlos.  
Georg Rich. Pflug & Co., Gera (Thür.)  
Vertretung und Fabriklager:  
Carl Fahr, Breslau, Kräusenstraße 105.

## Inferate erzielen in unserer Zeitung den größten Erfolg!

### Reichsbannertameraden!

In die Bibliothek jedes Kameraden gehört:  
Lautenschlager  
**Vollstaat und Einberufung**  
(Dokumente aus der bairischen Revolution 1848/49)  
507 Seiten, illustriert **M. 1 00**  
gebunden nur **M. 1 00**  
**Volkswachtbuchhandlung**  
Breslau, Neue Graupenstr. 5.

### Zur billigen Schuhzentrale

Messergasse 29, Ecke Schuhrücke  
**Gegenheitskäufe**  
in eleganten und einfacher Schuhen zu spotbilligen Preisen. 7674  
**Damenschuhe**, hellfarb. Lack, Chevreau, Boxkalf. . . . . Einzelpaar 8.50, 7.50, 6.50, 5.25  
**Herrenschuhe** mit Einsatz. . . . . 12.50, 10.50, 9.00  
**Arbeitschuh**, la. . . . . 8.50, 7.50, 6.50  
Laagschäler, Sportschuhe, Kinderschuhc speziallg.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 6. Mai.

Maschinenmarkt in Breslau.

Der Landwirtschaftliche Maschinenmarkt und die Technische Messe wurden gestern Vormittag durch eine festliche Versammlung im Marmoraal der Jahrhunderthalle eröffnet.

Der Maschinenmarkt ist von Ausstellern außerordentlich gut besucht, fast ist der weite Platz für ihn zu klein.

Mag und Moritz und andere Straßennamen.

Es mag seltsam berühren, daß wir in Breslau eine Mag- und eine Moritzstraße haben, jedoch wäre es irrig, anzunehmen, der Breslauer Magistrat habe mit diesen Straßennamenungen das lustige Brüderpaar Mag und Moritz „verewigen“ wollen.

Joseph Mag, nach dem die Magstraße benannt ist, war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein bedeutender Breslauer Verlagsbuchhändler.

Die Moritzstraße ist 1863 zwischen der Kleinbürger Gasse und dem Höfchner Wege von den Neuborger Grundstücksbesitzern Moritz Cohn, Freund und Neumann in einer Breite von 22 1/2 Metern mit Vorgärten zu beiden Seiten angelegt und unter dem Namen Moritzstraße benannt worden.

Nachträglich ist die Ernststraße nach Ernst Bauer auch nur nach dessen Vornamen benannt. Sie wurde 1875 von der Breslauer Aktiengesellschaft für Möbel-, Parkett- und Holzbauarbeit (vormals Gebrüder Bauer und vordem Rehorst) auf ihrem Grundstück zwischen der Neuen Taschenstraße angelegt.

Einen ganz belanglosen Vornamen führt die Paulstraße. Hier ist tatsächlich gar nicht festzustellen, wer der berühmte Paul eigentlich war, der dieser Straße zu ihrem Namen verholfen hat.

Auch die Margaretenstraße, wo unser städtisches Gewerkschaftshaus steht, trägt einen weiblichen Vornamen. In Wirklichkeit kommt aber hier eine „Margarete“ nicht in Frage, sondern die Straße ist so benannt nach der Kröten-, später Margaretenmühle, die bei der jetzigen Krankenanstalt Bethanien lag und bis 1746 bischöflicher Besitz war.

Die Marienstraße erhielt diesen Namen vom Magistrat im Jahre 1874, nachdem sie bis dahin Kirchhofstraße geheißen hatte. Zuvor wurde eine Marienstraße gibt es schließlich so ziemlich in jeder Stadt Deutschlands. Mit diesem Namen hat es also keine besondere Bemerkung.

Die Martinistraße heißt so nach einer kleinen Martinikapelle, die schon in der Neuzeit existiert haben soll. Die Blindenunterrichtsanstalt in der Martinistraße wurde am 14. November 1818 gegründet. Einen wesentlichen Anteil an der Gründung hatte Johann Georg Knie, der dann auch ihr erster Lehrer wurde. Diesem Mann wird nachgesagt, daß er trotz seiner

Gemeinschaftsschule oder weltliche Schule?

Von J. Gabriel.

Wie man hört und lesen kann, soll wieder einmal ein Reichsschulgesetz kommen. Da ist es wohl an der Zeit, sich auch mit dieser Frage wieder einmal ausführlicher zu beschäftigen.

Die Volksschule ist Gemeinschaftsschule, d. h. für alle schulpflichtigen Kinder gemeinsame Schule. Der Religionsunterricht ist ebenfalls Lehrfach der Volksschule, so heißt es im thüringischen vorläufigen Schulgesetz von 1920.

— Jawohl! rufen laut die Rechtspartheien — schon verdächtig — Jawohl! antwortete die Kirche — noch verdächtiger — Jawohl! posant der Thüringer Lehrerverein. Und wir? d. h. die Partei, die Sozialdemokraten? Können wir uns mit gutem Gewissen anschließen?

Benanntlich stehen wir als Sozialdemokraten grundsätzlich auf dem Boden der Weltlichkeit des gesamten Schulwesens. Aber wir wissen auch genau, daß wir dieses Ziel nicht sofort erreichen können, weil Deutschland in dieser Beziehung weit hinter anderen Ländern zurücksteht.

Sins ist unbestreitbar: Die Kirche hat keine Ursache, anzuklagen zu sein. Der Religionsunterricht ist vorzüglich ausgebildet. Dagegen ist von Weltlichkeit des übrigen Unterrichts wenig zu spüren. Typisch ist schon der Gesangsunterricht, Gesangbuch und Lieder sind vorgeschrieben. Ein Viertel sind Kirchenlieder! Von Weltlichkeit also keine Spur!

vermehrt. Und nun die Lehrertage. Für alle Kinder werden Gefinnungsfreunde als Lehrer beibehalten, d. h. sie sind eben da. Für freie Kinder soll es aber keine geben — man will eben nicht! Die Gefinnung der freien sozialistischen Eltern interessiert nicht, — nein, sie muß bekämpft werden!

Das ist die Simultanschule! Im roten Thüringen! Sie ist nichts weiter, als eine verkappte Kirchenschule, in der sogar Dissidenten kirchlich beeinflusst werden, also etwas, was die Kirche in der offenen Bekenntnisschule kaum erreichen könnte.

Lernen wir daraus! Für uns kann nur eine Schulart in Frage kommen und das ist die weltliche Schule ohne Religionsunterricht. Ist sie vorläufig nicht die allgemeine Schule Deutschlands, sondern eine Sonderchule, dann ist es erst recht Pflicht jedes Sozialisten, sie zu fördern und seine Kinder — wo es möglich ist — in diese Schule zu schicken.

Kommt dieses Jahr wirklich ein Reichsschulgesetz unter Herrn v. Kuebels Flagge, dann nicht gar zu viel gefeiert! Niemand mehr wird den Inhalt der Bekenntnisschule und Simultanschule verwischen oder beeinflussen können. Heran an die Arbeit für die weltliche Schule, gleiches Recht auch für sie! Was wir brauchen, ist unbeschränkte Ausdehnungsmöglichkeit dieser Schule. Die andern sind so da, sie können nicht wachsen, höchstens kleiner werden. Auswahl und Freizügigkeit geeigneter Lehrer nicht nur in einem Bezirk, sondern im ganzen Reich. Wer nicht auf dem konfessionellen und soziologischen Boden steht, darf nicht in eine solche Schule, oder muß von ihr fort! In der weltlichen Schule darf es keine monarchistischen, militaristischen, republikanischen, sozialistenfeindlichen Lehrer geben. So wie die anderen sondern und prüfen, so muß auch uns das Recht zugestanden werden. In Breslau werden ja jetzt schon — vor dem Gesetz — Lehrer, die von der weltlichen Schule aus politischen Gründen weggehen, vom Schultat zur Kirche geschickt, um ihre eventuelle Eignung festzustellen. Wie wird das später sein! Deshalb klare Scheidung, klare Trennung, Deutschland ist in dieser Beziehung weit, weit zurück hinter den meisten Kulturstaaten. Es hat sich, wie so oft, überflüssig lassen. Aber hart ist Deutschland in der Arbeiter- und Sozialistenbewegung. Nur etwas mehr Konsequenz! Also, Genossen! Kommt die Stunde, dann aufgemacht! Die nächste Stufe für uns ist nicht eine Simultanschule, sondern die gesellschaftliche, freie, weltliche Schule. Haben wir sie erst, dann vorwärts, vom Teilerfolg zum Sieg auf der ganzen Linie!

Heut abend pünktlich 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses Versammlung aller S. O.- und S. K.-B.-Mitglieder Tagesordnung: „Die Zusammenfassung des S. K.-B. in der S. O.“ Referent: Genosse Dr. Eckstein Ohne Parteiausweis der S. P. D. kein Eintritt

Blindheit eine rege verdienstvolle literarische Tätigkeit entfaltet hatte. Die Georgenstraße führt diese Bezeichnung seit 1874, jedoch existiert kein Mensch namens Georg, der sich um diese Straße etwa ein Verdienst erworben hätte.

Schlägereien zwischen Stahlhelm und Kommunisten auch in Breslau?

Die Stahlhelmlente, die aus Mittel- und Oberschlesien zum Stahlhelmtag nach Berlin fahren, wollen sich heute in Breslau sammeln und zusammen vom Hauptbahnhof fortziehen. Wie wir aus Kommunistenkreisen hören, ist das den Rot-Frontkämpfern schon seit längerer Zeit bekannt und sie wollen angeblich eine Gegendemonstration in der Weise veranstalten, daß die Züge zusammentreffen müssen.

Funktionärversammlung des F.d.A.

Zwei überaus wichtige Themen, das am 1. Juli in Kraft tretende Arbeitsgerichts-gesetz mit seiner wesentlichen Erweiterung der Sondergerichtsbarkeit für Arbeitskretigkeiten, und das von den christlichen Gewerkschaften so mühsam verteidigte Arbeitszeitgesetz des Bürgerblocks, wurden in der gut besuchten Funktionärversammlung des F.d.A. am Mittwoch abend behandelt.

Vermittlung von Kindern an Kindesstatt.

Der Vermittlungsstelle des städt. Jugendamtes für die Annahme von Kindern an Kindesstatt ist es in letzter Zeit wiederum gelungen, eine Anzahl von Kindern in gute Pflegefamilien unterzubringen und ihnen somit ein dauerndes Heim zu schaffen. Das Amt ist stets in der Lage, Kinder jeden Alters nachzuweisen, die ärztlich als gesund befunden worden

und auch sonst zur Annahme an Kindesstatt geeignet sind. Eheleute, die ein Kind als eigen anzunehmen beabsichtigen und die gesetzlichen Erfordernisse erfüllen, werden gebeten, sich wegen Zuweisung eines Kindes vertrauensvoll an das städt. Jugendamt, Dhlauer Straße 41, 3. u. 4. Zimmer 24, zu wenden. Hier wird auch Auskunft über alle durch die Annahme eines Kindes an Kindesstatt sich ergebenden Fragen erteilt.

Die Leskire

Vor dem Gewerbegericht steht ein junger Betriebsrat und macht mit bemerkenswerter entschiedener Sachlichkeit in einem nicht ganz einfach liegenden Falle sein Recht geltend. Als das Gericht sich zur Beratung zurückzieht, zieht er die — Nachpöbel herans und beginnt zu lesen. In ein Gespräch verwickelt, begründete er die seltsame Leskire damit, daß sie doch auch „manchmal gegen die Arbeitgeber Stellung nehme“.

Ferienarten der Straßenbahn.

Die Verwaltung der städtische Straßenbahn will auch in diesem Jahre Ferien-Monatskarten ausgeben, die in der Zeit vom 5. Juli bis 7. August die Berechtigung der sonst nur für einen Kalendermonat ausgegebenen Zeitkarten gewähren und zu den üblichen Preisen der Monatskarten ausgerechnet werden. Bei dieser Vergünstigung geht die Straßenbahnverwaltung von dem Gedanken aus, daß eine große Anzahl unserer Mitbürger durch die allgemeine Kostlage gezwungen ist, auf die sonst üblich gewesene Ferienreise ins Gebirge usw. zu verzichten, und daß die Ferienkarten ihnen nun erleichtern soll, die Erholungszeit möglichst im Freien und in der Umgegend von Breslau zuzubringen.

Der völkische Polizei-Obersekretär. Der 65 Jahre alte Polizei-Obersekretär i. R. Eduard Kooße ist ein stark völkischer Herr, doch die Straftat, die ihn am Donnerstag vor das Große Schöffengericht führte, zeugte davon, daß er sich nicht nur mit einer allgemeinen völkischen Hege begnügt, sondern daß er sogar in ihm völlig fremde Familien geht und dort völkische Agitation betreibt.

Bezirk wurden eine Anzahl Steinmehlen und Hilfsarbeiter bei einer Firma infolge Arbeitsmangel entlassen.  
In der Metallindustrie zeigte sich, wenn auch vorläufig noch in geringem Umfange, eine weitere Belebung des Arbeitsmarktes. Im Kattowitzer Bezirk fanden eine Reihe Vermittlungen von Fachkräften statt. Im Waldenburger Bezirk forderte eine Textweberei jüngere, vornehmlich weibliche Arbeiterinnen an. Dagegen fand eine Zunahme der Zahl der Arbeitsuchenden in Luban statt. Hier waren es vornehmlich Handwerker, die am 1. April beim Eisenbahn-Werkstättenamt zur Entlassung gekommen waren, für die nächste Zeit Überlassungsgelüste bezogen hatten und jetzt als Arbeitsuchende beim Arbeitsnachweis sich melden. Die Eisenbahn-Hauptwerkstatt in Hohenwerder wurde am 30. April geschlossen. Zur Entlassung kamen 149 Handwerker und Hilfsarbeiter. In Breslau wurden Fachkräfte angefordert.  
Im Spinnstoffgewerbe hält die günstige Arbeitsmarktlage weiter an. Im Görlitzer Bezirk wurden Spezialarbeiter beiderlei Geschlechts verlangt und konnten gestellt werden. Ebenso war die Vermittlung von Webern und Weberinnen im Löwenberger Bezirk äußerst reger; es fanden hier auch eine ganze Anzahl von Vermittlungen in Anleihen statt.  
In der Lederindustrie konnte in Liegnitz der Bedarf an tüchtigen Autosattlern nicht ganz gedeckt werden.  
Im Holz- und Schnitstoffgewerbe konnte im Löwenberger Bezirk eine größere Tischlerei den Betrieb wieder aufnehmen; es wurden eine Anzahl Tischler und Maschinenarbeiter hierzu vermittelt. Die Nachfrage nach Bauischlern war in Görlitz reger, dagegen waren Möbelschleifer schwerer zu vermitteln.  
In der Tabakindustrie war die Arbeitsmarktlage durchweg ungünstig. Im Neumarkter Bezirk fanden Entlassungen von weiblichen Arbeitskräften statt.  
Im Bekleidungs-gewerbe stieg in Breslau die Zahl der vornehmlich weiblichen Arbeitsuchenden in der Damenkonfektion und in der Damenmählschneiderei. In der Schuhindustrie fanden Vermittlungen von guten Fachkräften statt.  
Im Berggewerbe hat sich, wenn auch in langsamem Ausmaß, die Arbeitsmarktlage weiter belebt. Vorwiegend wurden Maler, Anstreicher, Maurer und in Breslau auch noch Lohseier, Dachdecker und Fleischer verlangt. In Liegnitz-Land besteht bereits Mangel an Maurern.  
Im Verkehrsgewerbe stellte die Reichsbahn verschiedentlich Streckenarbeiter ein.  
Der Nachfrage nach tüchtigem Hauspersonal konnte nur unzureichend entsprochen werden. Ungeübte Kräfte sind nur schwer unterzubringen.

**Vom ober-schlesischen Steinkohlensyndikat.** Die Geltungsdauer des ober-schlesischen Steinkohlensyndikats lief am 31. März ab. Da eine Einigung über die Erneuerung des Vertrages bis zu diesem Termin nicht erfolgt ist, ist die Gültigkeit des bisherigen Syndikatsvertrages durch Verordnung des Reichswirtschaftsministers auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes zunächst bis zum 30. April dieses Jahres verlängert worden. Als Satzungen dieses Syndikats gelten: Der Gesellschaftsvertrag des ober-schlesischen Steinkohlensyndikats, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, vom 30. Januar 1923, der Syndikatsvertrag vom 23. März 1926 mit Ausnahme der §§ 39 und 42, nebst den inzwischen beschlossenen Änderungen.  
**Der russische Außenhandel** zeigte im März ein Aufwachen von 16,9 Mill. Rubel (11,4 Mill. im Februar und 0,4 Mill. im März des Vorjahres). Der Umsatz belief sich auf 97,9 Mill. (114,4 Mill. im März des Vorjahres), wovon auf den Export 57,4 Mill. (gleiche Höhe wie im März des Vorjahres und gegen 49,1 Mill. im Februar des laufenden Wirtschaftsjahres) und auf den Import 40,5 Mill. (gegen 57 Mill. bzw. 37,7 Mill. Rubel) entfielen. Ueber die europäischen und über die asiatischen Grenzen zeigte der russische Außenhandel für die ersten sechs bzw. fünf Monate des laufenden Wirtschaftsjahres ein Aufwachen von 129,7 Mill., während in der gleichen Zeit des Wirtschaftsjahres 1925/26 ein Passivum von 78,1 Mill. Rubel bestand. Der Gesamtumsatz betrug im ersten Halbjahr 637,5 Mill. Rubel, wovon auf die Ausfuhr 405,6 Mill. und auf die Einfuhr 231,9 Mill. Rubel entfielen. Der Export ist im ersten Halbjahr mit 53 Prozent des Jahresplanes erfüllt worden. Die weitere Entwicklung der Ausfuhr ist von den Aussichten auf die neue Ernte abhängig. Der Import ist im Vergleich zum Vorjahr um 31 Prozent zurückgegangen. Die Struktur der Einfuhr hat sich dahin verändert, daß jetzt ihr Hauptgewicht auf Maschinen und Zubehörsrichtungen liegt, die 80 Prozent der Gesamteinfuhr ausmachen. Der Rückgang des Imports von Halbfabrikaten legt sich in immer größerem Maße fort. Noch weit stärker war der Rückgang des Imports von Konsumartikeln. — Im zweiten Halbjahr des laufenden Wirtschaftsjahres wird man allerdings mit einem kleinen Rückgang des Exports und einiger Steigerung des Imports rechnen müssen.

**Englische Steinkohlenerzeugung.** Die englische Steinkohlenerzeugung ging infolge der Arbeitsruhe während der Osterfeiertage in der am 16. April beendeten Woche, wie dem „Ind.-R.“ berichtet wird, auf (alles in 1000 Tonnen) 4683,1 (5294,4) zurück. Der Stand der Belegschaft blieb mit 1 028 500 Mann unverändert. Die Fördererziffern verteilten sich auf die einzelnen Distrikte (die Belegschaft in Klammern) wie folgt: Südwales 1047,4 (194 800), Yorkshire 795,2 (134 800), Schottland 697,2 (111 700), Durham 603,1 (133 600), Derbyshire 509,6 (129 000), Lancashire 369,5 (106 800), Staffordshire 342 (87 200), Northumberland 227,4 (54 900), Cumberland, Westmorland, Gloucester, Somerset und Kent mit 92,7 (25 600).

**Ämtliche Devisenkurse der Berliner Börse**  
vom 4. Mai

1 Pfund Sterling	21,476	100 franz. Francs	16,515
1 Dollar	4,214	100 schwed. Kronen	12,478
100 holl. Gulden	133,69	100 schweizer Francs	81,06
100 belg. = 500 Franken	58,60	100 portug. Escudos	74,46
100 span. Pesetas	164,81	100 dän. Kronen	112,68
100 österr. Schilling	51,80	100 holl. Gulden	73,48
100 Lit.	22,12	100 österr. Schilling	53,35
100 dän. Kronen	112,53	100 Estón	47,05

**Aus Schlesien.**  
**Dich geht es an,**  
ob die politische Vertretung der Arbeiterklasse schwach oder stark ist, ob sie stark sozialen Fortschritt, den Uebergang zu einer neuen, gerechten Gesellschaftsordnung erkämpfen, oder ob das durch Millionen Stimmen unserer Klassengenossen gestützte Bürgerturn durch ihre sträfliche Gleichgültigkeit die soziale Reaktion triumphieren werde.  
Die Sozialdemokratie ist der politische Ausdruck der kämpfenden Arbeiterklasse, die sozialdemokratische, keinem Unternehmer botmäßige Presse ihre Stimme.

**Wird für sie!**  
**Zur deutsch-polnischen Verständigungskonferenz der Internationalen Frauenliga.**  
Die von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit einberufene Deutsch-Polnische Grenzkonferenz, über die wir schon kurz berichteten, beginnt am Freitag, den 8. Mai, in Beuthen und wird dann in Kattowitz fortgesetzt. Außer bekannter polnischer Friedensfreunde sprechen dort aus Breslau Herr Professor Hermann Hoffmann, Herr Direktor Lic. Ernst Moering, Frau Hedwig Koniechny, Frau Kläre Marz. Im Anschluß daran findet am Dienstag, den 11. Mai, in Breslau, im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine große öffentliche Kundgebung „Deutsch-Polnische Verständigung“, statt, für die zahlreicher Besuch erwartet wird.

**Sibyllenort.** Der Kampf um die rote Fahne. Frohgemut hatte Genosse Sch. am 1. Mai die neubeschaffte rote Parteifahne an seinem Wohnungsfenster hinausgesteckt und dann die Fahrt nach Breslau zur Meißener angetreten. Als er nachmittags heimkehrte, suchte sein Auge vergeblich nach der schönen neuen Fahne. Sie war verschwunden. In seiner Abwesenheit hatte der Hauswirt von seiner Ehefrau die Entfernung der roten Fahne gefordert und die sonst sehr rekolute Ehefrau hatte sich einknickend lassen und die Fahne eingeholt. Als das die nachmittags in der Müllerischen „Ehohlung“ in Sibyllenort versammelten Genossen erfuhr, wurde der Beschluß, die Fahne wieder zu hissen, sofort ausgeführt und dabei selbstverständlich das Gelöbdis abgelegt, für weitestgehende Verbreitung dieses Fahnenverkehrs zu sorgen, damit die in den umliegenden Orten wohnenden Genossen und Arbeiter wissen, wofin sie ihre Großen nicht zu fragen haben, denn der Hauswirt betreibt nämlich in seinem, vor einem Monat erworbenen, großen Wiesenhau ein Kolonialwarengeschäft. Während die „soziale Volksecke“ der Genossen in den sechs bis acht Dörfern der Umgegend von Sibyllenort dieses Verbot der roten Fahne behandelt, schickte heute (3. Mai) der Hausbesitzer und Kaufmann Robert Fasel aus freien Stücken folgende Erklärung ein: „Um Mißverständnissen von vornherein die Spitze abubrechen, möchte ich in dem am 1. Mai in meinem Hause stattgefundenen Flaggenstreik meine Erklärung abgeben. Ich habe jedes Flaggen, aus welchem die rote Fahne besteht, in meinem Hause nicht hochkommen zu lassen, und weil man sich über das rote Flaggen von Herrn Sch. beschwert hatte, verboten. Das Recht als Hauswirt habe ich ja, nach inzwischen dazwischen erfolgten Entscheidungen. Genau so werde ich als überzeugter Republikaner erst recht das Flaggen in den früheren Farben Schwarz-Weiß-Rot verbieten. Ich hoffe, daß die Angelegenheit damit erledigt ist und zeichne hochachtungsvoll R. Fasel.“ Wir geben diese Erklärung hiermit sofort bekannt, damit alle Genossen und Arbeiter aus ihr die nötige Folgerung ziehen können. So erfreulich es ist, in Herrn Fasel einen überzeugten Republikaner begrüßen zu können, können wir aber doch nicht umhin, zu erklären, daß seine Handlungen nicht die eines überzeugten Republikaners sind. Ein überzeugter Republikaner tut seiner ehrlichen Überzeugung seiner Mitmenschen Zwang an, ganz gleich, ob sie sich schwarz-weiß-rot, rot, schwarz oder schwarz-blau zeigen. Herr Fasel wird dem Frieden in seinem Hause am besten dienen, wenn er jeden Mieter, wie der alte Fritz, nach seiner Façon selig werden und Flaggen läßt. Dann wird auch er selbst am 29. Mai, wenn das Reichsbannerfest in Sibyllenort stattfindet, seine überzeugte republikanische Gesinnung durch Flaggen in Schwarz-Rot-Gold beweisen können.

**Sibyllenort, Kreis Liegnitz.** Einbruch auf dem Kleinhofe. In der Nacht zum Sonntag wurde seit kurzer Zeit zum zweiten Male ein Einbruch verübt. Es wurde der Nachschrank erbrochen, aus einer prachtvollen Schokolade, Marmeladen und Kunsthonig gebohrt und alles durcheinander liegen gelassen. Die dreisten Einbrecher haben die Bahnhofs-Lampe zum Beleuchten des Dienstraumes und auch die dort befindliche Truhe als Werkzeug benutzt.

**Schweidnitz.** Bestrafter Verleumder. In einer öffentlichen Verammlung hatte in der Diskussion der ehemalige Kommunistenführer Schubert die Mitteilung gemacht, daß er, obwohl er an den Sitzungen nicht mehr teilnehme, auch über den Verlauf der geheimen Sitzungen genau informiert sei und das Material von einem deutsch-polnischen Stadtverordneten erhalte. Dies brachte Sch., der seine Behauptungen mit nichts beweisen konnte, eine Entlastung wegen verleumderischer Beleidigung ein und das erweiterte Schöffengericht verurteilte ihn zu 6 Wochen Gefängnis.

**Dittersbach.** Ein tabiater Gast. Ein Grubensteiger verlangte nach Eintritt der Polizeistunde Zutritt in das Hotel „Försterhaus“. Als ihm der Wirt die Tür öffnete und ihm erklärte, daß bereits Polizeistunde sei, und er nichts mehr eingesehen bekommen könnte, hieß der Steiger dem Gastwirt mit einem Eiferknüttel über den Kopf, daß der Gastwirt blutig zusammenbrach und sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

**Bandeshtut. Freispruch.** Der Schneider P. aus Waffendorf hiesigen Kreises war vom Schöffengericht in Hirschberg im 1. Jahr Gefängnis verurteilt worden, weil er sich an einem elfjährigen Kinde unzüchtig vergangen haben sollte. Die Berufungsinstanz, die Strafkammer in Hirschberg, sprach ihn jedoch frei, da man den Angaben des Kindes keinen Glauben schenkte.  
**Neudorf. Schadenfeuer.** Im Hause des hiesigen Gemeindevorstehers Berndt brach Feuer aus. Das massive, mit Schiefer gedeckte Wohnhaus mit der Stallung brannte vollständig nieder. Der Viehbestand und ein Teil des Mobiliars konnten gerettet werden. Man vermutet böswillige Brandstiftung.  
**Schlagel.** Vom Schlagfeld der Arbeit. Der in der hiesigen Baptisten-Gemeinde beschäftigte Bergbauer August G. war auf der fünften Sohle im Hauptquerschlag mit Bergeladen beschäftigt, als sich plötzlich ein mehrerer Zentner schwerer Bergeladen aus dem Hangenden löste und G. unter sich begrub. Der Unglückliche war auf der Stelle tot. Er befand sich im Alter von 29 Jahren.

**Gottesberg. Würmerregen.** Spaziergänger konnten auf der Chaussee Ober-Hermendorf-Jellhammer eine seltsame Beobachtung machen. Tausende von Regenwürmern lagen gemalmt von den Rädern der Fuhrwerke oder den Tritten der Fußgänger auf der Chaussee. Diese Erscheinung war im Volksmunde als Würmerregen bekannt und hat ihre Ursache darin, daß die Tiere bei Regen aus dem nassen Erdboden kriechen.  
**Neuhagen. Freitod.** Die 40 Jahre alte Frau A. stürzte sich in den Kuhlitzbach und fand darin den Tod. Sie hinterläßt einen Mann mit drei Kindern, von denen noch zwei schulpflichtig sind. Lebensüberdrüssigkeit infolge jahrelanger Krankheit dürfte die Frau zur Tat veranlaßt haben.  
**Dauß. Woher ist die Kindesleiche?** Ein merkwürdiger Fund wurde auf dem hiesigen Friedhof gemacht. Unter einem Fledermausbaum wurde ein kleiner Kinderleib entdeckt. Er war leicht mit Erde bedeckt und enthielt als Inhalt die Leiche eines neugeborenen Kindes, die schon leicht in Verwesung übergegangen war. Sie wurde von der Ortspolizeibehörde beschlagnahmt.

**Hirschberg, Kreis Hirschberg. Einsam gestorben.** Tot in ihrer Wohnung aufgefunden wurde die 75 Jahre alte Wittwe Agnes K. Als die Leiche gefunden wurde, machten sich bereits Anzeichen der Verwesung bemerkbar. Vermutlich ist die alte Frau an einer Herzlähmung gestorben.  
**Erdbmannsdorf.** Vom Auto erfasst. Der siebenjährige Sohn des Aufsehers Gustav W. spielte mit einem Reifen auf der Straße, wobei er einem Auto zu nahe kam, von demselben erfasst und zu Boden geschleudert wurde. Schwer verletzt wurde der Knabe bestmögliche in die elterliche Wohnung gebracht.

**Reichenstein.** Der Ortsauschuß der freien Gewerkschaften hielt am 2. Mai gemeinsam mit den Mitgliedern der SPD. im Gasthause „Zur Taberne“ eine außerordentliche Sitzung ab. Der bisherige Vorsitzende des hiesigen Ortsauschusses des ADGB. und gleichzeitige Vorsitzende der Ortsgruppe Reichenstein der SPD., Genosse Franz Schuber, tritt heute seine neue Stellung als Sekretär der Kreisleitung des DGB. beim Deutschen Landarbeiter-Verband an und legte demzufolge seine Ämter nieder. Genosse F. Schuber war der Begründer und eifrigste Förderer der Partei- und Gewerkschaftsbewegung am Orte. Die Vertreter der einzelnen Verbände dankten ihm für seine Mithilfe, Genosse Ratsmann Janosch dankte für die geleistete Tätigkeit im Rahmen der Stadtverordnetenfraktion und Genosse Wenzel sprach im Namen des Reichsbanners seinen Dank aus. Bei der nun folgenden Wahl wurde der Genosse Knappschütz als Vorsitzender der Ortsgruppe des Ortsauschusses des ADGB. gewählt, als Vorsitzenden der Ortsgruppe Reichenstein der SPD. wählte die Versammlung den Genossen Neumann. Genosse Kapelle forderte die Versammlung auf, die Arbeiter-Sportbewegung zu fördern. Hierauf sprach Genosse F. Schuber allen Mitarbeitern, die an seiner Seite im Interesse der Arbeiterbewegung mitwirkten, seinen besten Dank aus und forderte die Versammlung auf die Bewegung hochzuhalten und die Reihen des Reichsbanners und der Arbeiterpartei zu stärken. Mit dem Gelingen der Internationale endete die Versammlung. Am Abend seiner Abfahrt geleiteten die Funktionäre der scheidenden Genossen zum Bahnhof und sang ihm hier zum Abschied noch einmal die Internationale.

**Kamenz. Verhaftung eines Vogelfängers.** Aus dem Zuge heraus verhaftet wurde auf dem hiesigen Bahnhof ein Mann, der eine sehr verdächtige Gepäckladung mit sich führte. Es waren nicht weniger als hundert Stück Singvögel, die wohl in die Großstadt auf den Markt gebracht werden sollten, denn der Reisende, der die Vögel in einem großen Bauer mit sich führte, hatte den Zug nach Breslau bestiegen. Er gab an, daß er die Vögel in der Tscheschowskater Straße erworben habe, doch konnte er diese Behauptung bisher nicht nachweisen.

**Sindubitz. Wer ist schuld?** Dienstag morgen hatte sich in Sindubitz der Arbeiter A. an der Türklinte erhangen. A. ist Ehemann der vor zwei Jahren wegen Abtreibung zur Zuchthausstrafe verurteilten Hedwige A. In Abwesenheit seiner Frau war A. in völlig ungeordnete Verhältnisse geraten. Da ihm am 1. Mai in seiner Arbeitsstelle im Schöffengericht gekündigt worden ist, wußte er, aus seiner Lage keinen Ausweg und erhing sich aus Gram an der Türklinte seiner Rücktür. — Ein Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.  
**Kattowitz.** Sprachprüfungen von Beamten. In den nächsten Tagen findet die Prüfung einer größeren Anzahl von Kattowitzer Magistratsbeamten hinsichtlich ihrer Kenntnis der polnischen Sprache statt. Diejenigen Beamten, die das polnische Sprachgeheim nicht bestehen, werden entlassen.  
**Kattowitz.** Der ostoberschlesische Einzelhandel gegen Abbau der Sonntagsruhe. In einer Mitteilung an die Presse wendet sich die Wirtschaftliche Vereinigung Polnisch-Schlesiens gegen die Versuche galizischer und kongreßpolnischer Interessententeile die Sonntagsruhe im Einzelhandel ganz oder teilweise aufzuheben. Für den ostoberschlesischen Einzelhandel, der bereits verschiedenlich zu der Frage Stellung genommen hat, seien alle derartigen Projekte undistutabel.

# Nachspeisen von köstlichem Geschmack



sind in der heißen Jahreszeit von besonderem Wert für das Wohlbefinden. Ihre Zubereitung mit Milch und das feine Aroma üben eine kräftigende und belebende Wirkung aus.

## Mit Dr. Oetker's Puddingpulver

in vielen Sorten von einfachen bis zum Feinkost-Pudding stellen Sie jeden Geschmack zufrieden. Verlangen Sie Dr. Oetker's Puddingpulver nur in Originalpackungen (niemals lose) mit der Schutzmarke „Oetker's Hellekopf“.

Gute Rezepte für Süß- und Gelee-Speisen sind in dem neuen farbig illustrierten Oetker-Rezeptbuch, Ausgabe F enthalten. Sie lesen darin auch Näheres über den vorzüglichen Backapparat „Küchenwunder“, mit dem Sie auf kleiner Gaskocherflamme backen, braten und kochen können. Das neue Buch ist für 15 Pfg. bei Ihrem Kaufmann zu haben, wenn vergriffen, gegen Einsendung von Marken von

### Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Ladenpreis: großes Rezeptbuch „Rezepte“ 1 Stk. 19 Pfg., 3 Stk. 25 Pfg., Puddingpulver Vanille-Mandel 10 Pfg., Vanille-Zucker 5 Pfg., Vanille-Schokoladen-Puddingpulver 15 Pfg., Schokoladenpulver mit gehoblen Mandeln 25 Pfg., Custard 25 Pfg., Eiswaffeln 7 Pfg.

# Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expediton, Hauptstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Graupenstraße 11, durch die Zweigstellen, Zigarrenstraße 11 Reichelt, Zigarrenstraße 13b, sowie durch alle Aussträger zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus für eintragsmäßig 0,32 Rml. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,40 Rml. monatlich 1,85 Rml. + 85 Pf. Trägerlohn + 1,70 Rml. Durch die Post eintragsmäßig 2,00 Rml. Zustellungsgebühren 2,00 Rml.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3852.

**Anzeigenpreis:** Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 10 Pf. auswärts 12 Pf. Einzelnen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienangelegen., Stellengebote, Verleumd., Verarmungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 6 Pf. Anzeigen für die achte Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expediton Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Gegen die Schädigung Ostdeutschlands

## Neuer SPD.-Vorstoß. — Ostpreußens Vertreter demonstrieren. Auch Berlin gegen den Finanzausgleich des Bürgerblocks.

Die schlesischen Abg. Dr. Hamburger, Franz Winger, Gaudlich (Bunzlau) und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei haben im Landtag folgenden Antrag gestellt:

„Nach den jüngsten Informationen beabsichtigt die Reichsregierung, aus dem Fonds für die wirtschaftlich und kulturell bedrängten Grenzgebiete in Höhe von 25 Millionen Reichsmark 10 Millionen Reichsmark an außerpreußische Länder und 15 Millionen Reichsmark an preußische Gebiete zu geben.“

Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, bei der Reichsregierung gegen diese Verteilungsabsicht mit allem Nachdruck vorstellig zu werden. Es ist auf eine Verteilung hinzuwirken, die dem Umfang und der Bedrängnis der preußischen Grenzgebiete durch einen für Preußen günstigeren Schlüssel Rechnung trägt.“

Am 1. Mai wird mitgeteilt: Der Preussische Ministerpräsident Braun empfing am 5. Mai eine Deputation der Provinz Ostpreußen, die von dem Oberpräsidenten Siehr geführt wurde und der die Herren Brandes, Präsident der Ostpreussischen Landwirtschaftskammer, Oberbürgermeister Bahmeyer aus Königsberg für die Gemeinden und Gemeindevorstände, Handelskammerpräsident Laaser, Tisch für die ostpreussischen Industrie- und Handelskammern, der Präsident der Handwerkskammer aus Königsberg, Groß, der Präsident des Landwirtschaftsverbandes als Vertreter der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Vorsitzende des Ortsrats Ostpreußen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angehört.

Die Deputation trug dem Ministerpräsidenten die Beschwerden über unzureichende Berücksichtigung Ostpreußens bei der vom Reich geplanten Verteilung des 25-Millionen-Fonds vor und wies darauf hin, daß die außerordentlich schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage der Provinz, die aus der territorialen Abtrennung vom Mutterlande durch den polnischen Korridor begründet sei, mit der in keinem anderen Gebiet Ostdeutschlands verglichen werden könne. Es gäbe kein Teilgebiet des öffentlichen Lebens der Provinz, auf dem sich nicht die infulare Lage verhängnisvoll auswirke.

Ministerpräsident Braun erwiderte darauf, daß die Preussische Regierung das alles kenne und voll auf würdige und fortgesetzte mit allem Nachdruck die ostpreussischen Forderungen bei der Reichsregierung vertreten. Er selbst habe schon bei seinem Kampf gegen die bevorzugte Behandlung der drei süddeutschen Länder bei der Änderung des Besteuerungsrechts darauf hingewiesen, daß die preussischen Grenzgebiete die Leidtragenden sein würden. Er habe neuerdings, am Donnerstag, in einem ausführlichen Schreiben dem Herrn Reichskanzler die Stimmung in Ostpreußen eingehend geschildert und ihn ersucht, den Verteilungsplan erneut zu prüfen oder eventuell neue Reichsmittel für die Ostprovinzen zur Verfügung zu stellen.

Die Ostpreußendelegation erschien auch beim Reichskanzler Marx; doch läßt die Reichsregierung vorsichtshalber nicht (wie die preussische Regierung) mitteilen, was der Chef des Reichskabinetts bei diesem Anlaß über die Zurücklegung des Ostens durch seine Regierungsmehrheit zu hören bekam und erwiderte.

In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung erfolgte am Donnerstag die Abstimmung über den in der vorletzten Sitzung so leidenschaftlich erörterten Antrag der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums, der gegen den für die Stadt Berlin nachteiligen Finanzausgleich und gegen das Verhalten der Deutschnationalen bzw. der Volkspartei im preussischen Landtag protestiert. Die Entschließung enthält gleichzeitig eine Vertretens-Rundgebung für Oberbürgermeister Böb und ventiliert den Gedanken eines Austritts Berlins aus dem Städtetag.

## Die Hergt-Rede als Störung der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Wir haben es gleich vorausgesehen, daß die Rede des deutschnationalen Vizetanzlers Hergt, die so tat, als ob die Locarno-Paragrafen über die deutsche Ostgrenze gar nicht beständen, zu einer bedenklichen Störung der Verhandlungen endlich wieder begonnenen Handelsvertragsverhandlungen werden würde. Das bestätigt sich nun allzu sehr. Die polnische Rechtsprelle erklärt bereits, es dürfe keine weiteren Abmachungen gehen, ehe nicht diese Ministerrede, die einen Angriff gegen die polnischen Grenzen und den Bestand des polnischen Staates darstellt, zurückgenommen sei. Nun hat die Rechte in Polen zurzeit weniger zu sagen als in

Deutschland. Doch ist die Bestimmung auch in der polnischen Regierungspresse sehr deutlich.

Da die deutschnationalen Agrarier den Abschluß eines Handelsvertrages mit dem Agrarlande Polen bekanntlich fürchten, dürfte Herr Hergt mit dieser Wirkung seiner Rede sehr zufrieden sein. Was gehen ihn denn auch die Klagen der industriellen Bevölkerung seines niederschlesischen Wahlkreises an? Wir lesen ja jetzt allwöchentlich in der Rechtsprelle unter Führung der „Breslauer Neuesten Nachrichten“, daß Ostdeutschland eben wieder agrarisch werden müsse und daß danach die Handelsvertragspolitik einzurichten sei.

## Der Berliner Polizeipräsident löst die Nationalsozialistische Partei Berlins auf.

Der Berliner Polizeipräsident teilt mit: Auf Grund des Artikels 124 der Reichsverfassung, des § 2 des Vereinsgesetzes und des § 10, 11, 17, Allgemeinen Landrechts habe ich den Gau Berlin-Brandenburg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei mit ihren Unterorganisationen: Sportabteilung, Schutzstaffel, Nationalsozialistischer Freiheitsbund, Nationalsozialistischer Studentenbund, Ortsgruppe Berlin, und Deutsche Arbeiterjugend Berlin (Hitlerjugend) aufgelöst, weil die Zwecke dieser Organisationen

dem Strafgesetze zuwiderlaufen. Diese Anordnung tritt sofort in Kraft. Demgemäß ist den Mitgliedern der aufgelösten Organisationen jede vereinsmäßige Betätigung, insbesondere die Abhaltung von Versammlungen und Zusammenkünften aller Art in geschlossenen Räumen sowohl als auch unter freiem Himmel und die Veranstaltung öffentlicher Aufzüge und Demonstrationen, verboten.

Diese Entscheidung des Polizeipräsidenten von Berlin ist zurückzuführen auf die fortgesetzten Terrorakte der Nationalsozialisten. In den letzten Wochen waren derartige Akte in Berlin und in der ganzen Provinz Brandenburg an der Tagesordnung. Wir erinnern nur an den blutigen und durch Nationalsozialisten hervorgerufenen Zusammenstoß auf dem Bahnhof Berlin-Lichterfelde, die kürzlich aus Pasing gemeldeten Vorfälle und die wiederholten blutigen Auseinandersetzungen in Berliner Versammlungen. Erst am Mittwochabend vergingen sich die Nationalsozialisten im Kriegervereinshaus wieder gegen einzelne Personen anderer Gesinnung, sodaß die Polizei sich gezwungen sah, 29 Verhaftungen vorzunehmen und die Uebeltäter dem Richter zu überantworten. Alles das beweist, daß die Nationalsozialistische Partei nicht mehr als politische Organisation, sondern nur noch als Terrorklub zu betrachten ist. In einem geordneten Staatswesen haben derartige Gebilde kein Anrecht auf Leben. Wir möchten deshalb wünschen, daß die Entscheidung des Berliner Polizeipräsidenten bald allgemeine Nachahmung findet.

Im Zusammenhang mit dem Verbot der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Gau Berlin-Brandenburg, ist gegen den Berliner Ortsführer der Nationalsozialistischen Solidarität überall zur Tat wurde. Es muß verhindert werden, daß weiter in den einzelnen Ländern eine Politik der Absperrung befolgt wird, die zu neuen verlustreichen Wirtschaftskriegen führt.

# Ein Arbeiterprogramm für die Weltwirtschaft.

## Die sozialistischen Delegierten in Genf legen ihre Forderungen vor. Der deutsche Industrielle v. Siemens klagt die „hohen Löhne“ an.

Am 2. Mai tagte in Genf die gemeinsame Konferenz des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Die Körperschaften waren zum Teil durch besondere Fachmänner auf wirtschaftlichem Gebiet, unter ihnen auch durch Delegierte zur offiziellen Wirtschaftskonferenz, die in Genf am 4. Mai beginnt, vertreten. Es waren anwesend: Jouhaux, Buisson, Renaudel (Frankreich), Mertens, van Rosbroeck, Bondas, Gailly, Lombard (Belgien), Hugh (Großbritannien), Eggert, Hilferding, Naphtali, Schmidt (Deutschland), Wibaut (Holland), Nielsen (Dänemark), Johansson (Schweden), Dinas (Estland), Diamond (Polen), Lagerle (Tschechoslowakei), Tscheden, Pohl (Tschechoslowakei, Deutsche), Emmy Freundlich und Benedikt Rautsky (Österreich), Graber und Weber (Schweiz), der Sekretär des IGB, Dudgeest und der Sekretär der SAJ, Adler.

Die Sitzung tagte unter dem Vorsitz von Mertens (Belgien) und kam nach zehnstündiger Debatte zu einer Entschließung, die wir im folgenden wiedergeben. Diese Entschließung machte sich die Arbeitergruppe der Internationalen Wirtschaftskonferenz in ihrer Fraktions-sitzung am 3. Mai zu eigen und unterbreitete sie als Memorandum der offiziellen Tagung der Wirtschaftskonferenz. Sie lautet:

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen begrüßen den Zusammentritt der Weltwirtschaftskonferenz als Ausdruck der Erkenntnis, daß die fortschreitende Entwicklung von der Nationalwirtschaft zur Weltwirtschaft die Völker zu internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwingt. Die volle Entfaltung der produktiven Kräfte in Industrie und Landwirtschaft, die die Arbeiterklasse als Grundlage einer besseren Gesellschaftsordnung betrachtet, die Beseitigung der schweren sozialen Notstände, die ihren besonderen Ausdruck in der Massenarbeitslosigkeit der europäischen Länder finden, und die Verhütung neuer Kriege erfordern gebieterisch die Schaffung einer zwischenstaatlichen Weltwirtschaftsordnung. Der Weg zur wirtschaftlichen Gesundung führt in allen Ländern vor allem über eine Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes, die die Lebenshaltung der arbeitenden Massen in Stadt und Land durch steigende Löhne und Gehälter und durch den Ausbau der sozialpolitischen Einrichtungen hebt. Eine solche Gestaltung der Produktion und Verteilung ist die Voraussetzung dafür, daß die Steigerung der Produktivität nicht durch schwere Abstrichen gehemmt wird.

essen in den einzelnen Ländern der praktischen Arbeit für eine wirtschaftliche Kooperation der Völker schwere Hindernisse bereiten. Sie fordern daher die Arbeiterklasse auf, dafür zu kämpfen, daß das Bekenntnis zur weltwirtschaftlichen Solidarität überall zur Tat werde. Es muß verhindert werden, daß weiter in den einzelnen Ländern eine Politik der Absperrung befolgt wird, die zu neuen verlustreichen Wirtschaftskriegen führt.

Gerade deshalb bedauern die Vertreter der Arbeiter und Angestellten, daß unter den Delegierten zur Weltwirtschaftskonferenz ihre Vertreter nicht den Anteil haben, den die Arbeiterklasse als Träger der Wirtschaft und als überzeugter Vertreter der internationalen Zusammenarbeit beanspruchen kann. Dessen ungeachtet werden sie mit allem Nachdruck an den Aufgaben der Konferenz mitarbeiten. Sie betrachten sich dabei als Kämpfer für eine künftige Weltwirtschaftsordnung und werden darauf dringen, daß über die großen Probleme der Weltwirtschaft nicht nur geredet, sondern daß auch praktische Arbeit für die Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geleistet wird.

Dieser Punkt ist dabei vor allem in Angriff zu nehmen:

Der Abbau der Hemmnisse des internationalen Handels. Die Verbesserung und Angleichung der sozialen Arbeitsbedingungen in allen Ländern.

Die Kontrolle der internationalen monopolistischen Zusammenhänge der Unternehmungen zum Schutze der Arbeiter und Verbraucher.

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und die bessere Organisation ihrer Abgabe.

Die rationale Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung wird durch ein Hebermaß von Bestimmungen des freien Verkehrs gehemmt. Durch internationale Konventionen sind die Ein- und Ausfuhrerlöse zu beseitigen. Für alle Rohstoffe der industriellen und agrarischen Produktion, sowie für die Lebensmittel ist Preisfreiheit zu fordern. Die Preise auf Fabrikate sind abzubauen, im besonderen ist die Abtragung der innereuropäischen Zollmauern eine Voraussetzung für die Gestaltung der europäischen Wirtschaft. Als erster Schritt auf diesem Wege sind die Aufhebung eines einheitlichen Zolltariffsystems, sowie Vereinbarung über Vereinheitlichung und Milderung der Verwaltungsvorschriften für den Warenverkehr durchzuführen. Ferner sind einheitliche Grundzüge für die allgemeinen Bestimmungen von Handelsverträgen zu vereinbaren. In dem Prinzip der Most-favored-nation ist festzuhalten, die Durchführung darf nicht nur durch alle spezialisierte Tarife oder andere Maßnahmen behindert werden. Der Abschluß von Zollunionen kann als vorbereitende Grundlage für die fortschreitende Beseitigung der Zollschranken dienen, aber die Organisation der internationalen Arbeitsteilung und der allgemeinen Organisation der wirtschaftlichen Solidarität ebenso wie die politischen Einberührung zwischen den Völkern verschoben müssen angesichts der allgemeinen Dr-

Handlatter des Arbeiterbundes. — Jede Förderung des Dumping ist zu verurteilen.

II.

Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten bedauern im Augenblick nicht auf die Beschlüsse der Probleme der Arbeitsbedingungen sowohl in den Kolonien und Konzeptionsgebieten als in den Kolonien eingehen zu können, aber sie lenken die Aufmerksamkeit auf das Memorandum, das von der englischen Arbeiterklasse der Weltwirtschaftskonferenz unter dem Titel: „Die ökonomischen Tendenzen, die den Weltfrieden gefährden können“, vorgelegt wird und ein Kapitel über diese Frage enthält.

III.

Der Antriebe zur Absperrung der Märkte gegenüber einem Konkurrenzvorsprung, der auf sozialem Tiefstand der Arbeitskräfte beruht, ist durch Hebung und internationale Angleichung der Arbeitsbedingungen zu beseitigen. Internationale Vereinbarungen über Arbeitszeit, Arbeiterlohn, Arbeitslosenversicherung usw. sind deshalb nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch eine wirtschaftspolitisch dringliche Forderung. Deshalb ist vor allen Dingen eine Ratifizierung und strenge Durchführung des Washingtoner Abkommens zur Arbeitszeit und der anderen vom Internationalen Arbeitsamt angebahnten Vereinbarungen dringend notwendig.

IV.

Internationale Zusammenschlüsse von Unternehmungen oder deren Organisationsformen mit dem Ziele der Marktherrschaft und Produktionsregulierung können in vielen Fällen der rationellen Gestaltung der Wirtschaft dienlich gemacht werden und sind deshalb nicht durch Verbote zu unterbinden. Die Vertreter der Arbeiter und Angestellten weisen jedoch auf die großen Gefahren hin, die den Arbeitern und Konsumenten aus dem unkontrollierten internationalen Zusammenschluß kapitalistischer Unternehmungen erwachsen und fordern mit allem Nachdruck den wirksamen Schutz der allgemeinen Interessen gegen diese Gefahr. Sie empfehlen deshalb die Errichtung eines internationalen Rates, das eine allgemeine Erhebung über alle derartigen internationalen Verbindungen durchführt und eine ständige Kontrolle über alle internationalen Abmachungen und deren Wirkung auf die Produktions- und Marktverhältnisse ausüben soll. In allen einzelnen Staaten sind gleichfalls Kontrollämter auf gleicher Grundlage einzurichten. Die erste Aufgabe dieser Kontrolle ist die Sicherung einer ausreichenden Publizität aller getroffenen Vereinbarungen und der ganzen Politik dieser Verbände. Die zweite Aufgabe ist das Einwirken gegen eine als gemeinschaftlich erkannte Politik auf dem Gebiete der Gestaltung der Arbeitsbedingungen, der Preisbildung und auf dem Gebiete ungleicher Behandlung verschiedener Abgabengebiete.

Im Zusammenhang mit der Frage der internationalen Organisation der Industrie steht das Problem der Rationalisierung; denn durch die internationalen Verbindungen werden vielfach nicht nur kommerzielle, sondern auch technische Verbesserungen bezweckt. Die Arbeiterklasse ist nicht grundsätzlich gegen die Rationalisierung; allein sie kann die Rationalisierung ebenso wie die fortschreitende Organisation der Industrie nur billigen unter bestimmten Bedingungen: Die Arbeitskraft muß vor vermehrter physischer und psychischer Erschöpfung durch entsprechende Vertüzung der Arbeitszeit geschützt werden; der Erfolg der Rationalisierung muß den Arbeitern und Konsumenten in Form besserer Entlohnung und billigerer Preise zugute kommen; die durch die Rationalisierung entstehende Arbeitslosigkeit muß bekämpft werden.

V.

In steigendem Maße nimmt die Lage der Landwirtschaft die Aufmerksamkeit der Arbeiter und Angestellten in Anspruch. Die Hebung der Produktivität der Landwirtschaft verbessert die Lebenshaltung der arbeitenden Landbevölkerung und erleichtert die Sicherung und Steigerung des Realeinkommens der Industriebevölkerung. Sie erleichtert zugleich den Absatz der industriellen Produkte und damit die Ueberwindung der Krise. Die Förderung der landwirtschaftlichen Produktivitätssteigerung ist in Betracht der Förderung der Technik, des Kreditwesens, der Verbesserung des Ablasses der landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere durch Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit den Konsumgenossenschaften, bessere internationale Arbeitsteilung.

Die weltwirtschaftlichen Aufgaben, die zur Genfer Konferenz geführt haben, können mit dieser einmaligen Fühlungsnahme nicht erledigt werden. Zur Durchführung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz, zur Weiterführung ihrer Arbeiten, gleichzeitig auch zum Ausbau der internationalen Wirtschaftspolitik und Konjunkturbeobachtung ist ein internationales Wirtschaftsamt zu errichten. Dem Rat dieses Amtes sollen neben den Staaten die Vertreter der industriellen und landwirtschaftlichen Produzenten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl) und die Vertreter der Verbraucher angehören. Die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Arbeitsamt ist durch gegenseitige Vertretung zu sichern.

# Der Tod eines Millionärs.

Von G. D. J. Cole und Margarete Cole.  
Autorisierte Uebersetzung von Mathilde Wertheimer.

„Können Sie bezüglich dieses Punktes irgendeine Erklärung abgeben, Mr. Culpepper?“ fragte Wilson neugierig. „Wie ich den Mund aufte“, erwiderte Culpepper, „möchte ich wissen, was mir selbst bevorsteht. Beschuldigt man mich, komme ich vor Gericht?“ Culpepper blinnte bei diesen Worten gelangweilt auf Wilson. „Ich bin mir nämlich nicht klar“, fügte er hinzu, „weil Sie mich beschuldigen könnten.“ „Sie sind ein Helfershelfer bei diesem Mord — will sagen — bei diesem Betrug“, erklärte ihm Blattie. „Sie haben falsche Zeugenaussage geleistet.“ „Gestatten Sie, Inspektor. Ich habe überhaupt keine Zeugenaussage geleistet. Ich habe Ihnen lediglich eine kleine Geschichte von den Vorfällen in Sugdens Hotel erzählt und halte an dieser Geschichte auch fest. Scheinbar zweifeln Sie an mir und Oberinspektor Wilson hat das ausgefallene Märchen erzählt, daß überhaupt keine Leiche im Keller gefunden wurde. Das stimmt nicht. Es gibt die Leiche, das hat Vasquet den Mord begangen hat, obgleich ich, falls dies zutrifft, genau so wie ihm anwesend war.“ „Sie sind ein Helfer bei diesem Mord — will sagen — bei diesem Betrug“, erklärte ihm Blattie. „Sie haben falsche Zeugenaussage geleistet.“ „Gestatten Sie, Inspektor. Ich habe überhaupt keine Zeugenaussage geleistet. Ich habe Ihnen lediglich eine kleine Geschichte von den Vorfällen in Sugdens Hotel erzählt und halte an dieser Geschichte auch fest. Scheinbar zweifeln Sie an mir und Oberinspektor Wilson hat das ausgefallene Märchen erzählt, daß überhaupt keine Leiche im Keller gefunden wurde. Das stimmt nicht. Es gibt die Leiche, das hat Vasquet den Mord begangen hat, obgleich ich, falls dies zutrifft, genau so wie ihm anwesend war.“ „Sie sind ein Helfer bei diesem Mord — will sagen — bei diesem Betrug“, erklärte ihm Blattie. „Sie haben falsche Zeugenaussage geleistet.“ „Gestatten Sie, Inspektor. Ich habe überhaupt keine Zeugenaussage geleistet. Ich habe Ihnen lediglich eine kleine Geschichte von den Vorfällen in Sugdens Hotel erzählt und halte an dieser Geschichte auch fest. Scheinbar zweifeln Sie an mir und Oberinspektor Wilson hat das ausgefallene Märchen erzählt, daß überhaupt keine Leiche im Keller gefunden wurde. Das stimmt nicht. Es gibt die Leiche, das hat Vasquet den Mord begangen hat, obgleich ich, falls dies zutrifft, genau so wie ihm anwesend war.“

# Die Reden von Siemens und Jouhaux

Genf, 5. Mai. (Eig. Drahtber.) In der Donnerstag-Vormittags-Sitzung legte der Industrielle v. Siemens die rücksichtlosen Ansichten des deutschen Unternehmers vor aller Welt dar. Er erklärte unter anderem: „Seit dem Beginn des Krieges hat die Wirtschaft fast ausschließlich den Kriegszwecken gedient. Die Umstellung auf Kriegsmaterial, die Herstellung von bisher importierten notwendigen Waren, nach Beendigung des Krieges die Inflationserscheinungen hatten das Aderwert der Wirtschaftsmaschine stark in Unordnung gebracht. Um die Gefahr völligen Verfalls zu verhindern, sind gewaltige Eingriffe — als Zwangswirtschaft — bekannt — teilweise unvermeidlich gewesen. Häufig sind diese Eingriffe auch überzogen gewesen und zu lange aufrechterhalten worden. Auch haben politische Erwägungen hierbei eine Rolle gespielt. Jetzt ist diese Zwangswirtschaft weit aus der Erkenntnis, daß sie hemmend wirkt, eine Produktionsherabsetzung und eine Konsumsenkung zur Folge hatte, ausgehen worden. In Deutschland besteht noch freilich eine Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Mieten und der Löhne. Letztere werden von den Beamten des Arbeitsministeriums mit gesetzlich bindendem Kraft für den Unternehmer festgelegt. Die Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Mieten hat zur Folge gehabt, daß das Bauen in der Praxis 90 Prozent teurer geworden ist als vor dem Kriege, während die sonstige Warenentwertung etwa 55 Prozent über die Vorkriegszeit beträgt. (Die Gründe für die Teuerung im Baubereich liegen tatsächlich bekanntlich im Baustoff-Wachstum, der von der Praxiz im Bauwesen getrieben wird. Red.) Die Beeinflussung der Wirtschaft durch die Staatsleistungen ist heute viel größer als vor dem Kriege. Viele Staaten haben Maßnahmen mit Rücksicht auf mögliche Kriege getroffen. Hierdurch ist eine starke Beeinträchtigung der natürlichen Produktionsbedingungen zum Schaden der Lebenshaltung der Bevölkerung eingetreten. Weiterhin sind die Produktionsstätten aus Kriegs- und Inflationsgründen weit über das notwendige Maß vermehrt. Die Wirtschaft hat nicht immer schnell genug den Mut gefunden, die wahre Lage zu erkennen und die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen. Aus diesem Grunde ist der Schrei nach Staatshilfe auch aus den Wirtschaftstreifen modern geworden. Die Staatshilfe bedeutet aber doch nur Unterstützung eines Wirtschaftszweiges auf Kosten der anderen. Die so entstehenden vermehrten Unkosten werden aber letzten Endes vom Konsumenten getragen. Gänzliche Aufrechterhaltung von an sich nicht mehr lebensfähigen Gebilden hemmt aber den technischen Fortschritt und die gesunde Entwicklung, so daß vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft keine Hebung, sondern weiterer Niedergang, verbunden mit einer Herabdrückung des Lebensniveaus der Bevölkerung, eintreten muß.“

Eines der ernstesten wirtschaftlichen und politischen Probleme ist die nach dem Kriege in Europa eingetretene Arbeitslosigkeit. Diese tief befleisswerte Erscheinung hat auch schwere demokratisierende Wirkungen. Die Arbeitslosigkeit ist in der Hauptsache durch die plötzliche Verteuerung der Arbeitskraft entstanden. (1) Hierdurch ist der Anstieg zu der gewaltigen Umstellung, die als Rationalisierung bezeichnet wird, gegeben. Die Rationalisierung hat aber nicht schrittweise in Angriff genommen werden können, sondern mußte infolge der plötzlichen einseitigen Verteuerung der Arbeit überhaupst vorgenommen werden. Je teurer die Arbeitskraft wird, desto mehr muß zur vermehrten Ausnutzung der Maschine übergegangen und hierdurch zunächst die Zahl der Arbeitslosen vermehrt werden. Es ist die große Frage, was sozial richtiger ist: dafür zu sorgen, daß möglichst viele Menschen Arbeit haben, wenn auch zu einem etwas niedrigeren Einkommen, oder daß diejenigen, die im Besitz von Arbeit sind, möglichst viel verdienen und dann von diesem Verdienst zur künftigen Unterhaltung der anderen abgeben.“

Vorher sprach noch der Holländer Zimmermann, der frühere Völkerbundskommissar in Oesterreich, der namentlich seine Erfahrungen als Völkerbundskommissar darlegte und schlussfolgerte, daß die Zentralstaaten in erster Linie wirtschaftlich saniert werden müßten, da sonst die europäische Wirtschaft nicht gesund werden könne. Dann sprach Frau Freundlich aus Wien. Sie wies auf die Folgen der Krise und insbesondere auf die ungesunde Lebenshaltung der Arbeiterschaft in vielen Ländern hin, was den Völkerbund zwingt, nach einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu streben. Dabei müsse ein demokratischer Weg gesucht werden, der nur in einer genossenschaftlichen Organisation der Konsumenten und Produzenten untereinander liegen könne. Für die Privatwirtschaft, Kartelle und Trusts sei im Interesse der Arbeiterschaft und Konsumenten eine nationale wie internationale Kontrolle absolut notwendig.

Anschließend kam der Sprecher der Arbeiter, der Franzose Jouhaux, an die Reihe. Er warf einen Rückblick auf die wiederholten Versuche der Arbeiter-Organisationen und ihrer Vertreter, schon während der Washingtoner Arbeitskonferenz und seither in mehreren Völkerbundversammlungen, die wirtschaftliche Sanierung international anzubahnen. Ohne persönliche Polemik gegen Professor Gajler, aber in schärfster sachlicher Weise, trat er dann dessen Thesen entgegen. Am Schluß legte Jouhaux die bereits bekanntgegebene programmatische Erklärung der Arbeitergruppe vor, dessen letzter Teil über die Schaffung eines internationalen Wirtschaftsammtes durch einen bestimmten Vorschlag ergänzt ist, wonach die Wirtschaftskonferenz alle drei Jahre zusammentreten und ein internationaler Wirtschaftsamt eingesetzt werden soll, der aus 18 Mitgliedern bestehen soll, von denen 12 durch den Völkerbundsrat und 6 durch den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeits-

amtes (aus je 3 Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern) bestellt werden. Dieser Wirtschaftsrat soll befugt sein, je nach Bedarf besondere Sachverständigen-Ausschüsse einzusetzen und zur Behandlung einzelner Probleme internationale Konferenzen einzuberufen. Dem internationalen Wirtschaftsamt soll ferner ein ständiges Sekretariat mit einem Direktor beigegeben werden, das in enger Fühlung mit dem Sekretariat des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamtes arbeiten soll.

# Annahme des englischen Scharfmachergesetzes in 2. Lesung.

Auch die Liberalen dagegen.

London, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Ministerpräsident hat am Donnerstag das Verlangen der Arbeiterpartei, die Debatte über die zweite Lesung des Scharfmachergesetzes weiter auszudehnen, abgelehnt. Infolgedessen wurde die zweite Lesung am Donnerstag nachmittags beendet. Ebenso hat Baldwin die Auslegung der Arbeiterpartei, die nächste Lesung zu verschieben, abgelehnt. Der parlamentarische Kampf um das Scharfmachergesetz wird am kommenden Mittwoch mit verhärteter Wucht wieder aufgenommen werden. Für diese Verhandlungsstadien sind eine große Anzahl von Zusätzen und Verbesserungsanträgen von allen Seiten des Hauses, einschließlich der Regierung, schon eingebracht worden. Die Arbeiterpartei hat am Donnerstag allein fast 200 Anträge eingebracht. Jeder Paragraph und jeder Artikel des Gesetzes wird besonders behandelt.

Während der Donnerstag-Verhandlungen hielt Snowden eine überaus sarkastische Rede, die, wie Lloyd George feststellte, eine der eindrucksvollsten parlamentarischen Reden gewesen sei, die er in seiner jahrzehntelangen parlamentarischen Praxis gehört habe. Snowdens Rede hing in dem Argument aus, daß das Gesetz geeignet sei, den Klassenkampf zu verschärfen und es ein Geschenk des Himmels für die Kommunisten darstelle. Lloyd George selbst, der nach Snowden sprach, griff das Gesetz, das er ein Hindernis für den Wiederaufbau der britischen Wirtschaft bezeichnete, im Gegensatz zu seinem liberalen Kollegen Sir John Simon mit ungewöhnlicher Schärfe an.

Am Donnerstag kurz vor Mitternacht wurde im Unterhaus die zweite Lesung über das Scharfmachergesetz beendet, indem ein Antrag auf Schluß der Debatte mit 188 gegen 168 Stimmen angenommen wurde. Der Antrag der Arbeiterpartei, das Gesetz abzulehnen, wurde mit 188 gegen 171 Stimmen verworfen. Am kommenden Mittwoch beginnt nunmehr die Einzelberatung.

# Die Sowjetregierung droht mit Gegenmaßnahmen zum Schutz der in Peking verhafteten Russen.

Paris, 6. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Die Sowjetregierung hat dem Gesandten der Regierung von Peking in Moskau eine Note übermietet, in der sie die sofortige Freilassung der in Peking in Haft gehaltenen Russen verlangt. Unter ihnen befindet sich auch Frau Borodin. Falls der Forderung auf Haftentlassung nicht sofort entsprochen werden sollte, werde Moskau entsprechende strenge Gegenmaßnahmen ergreifen.

# Kleine Auslandsnachrichten.

Der Auswärtige Ausschuss des ungarischen Abgeordnetenhauses ratifizierte am Donnerstag den ungarisch-italienischen Freundschafts- und Bundesvertrag. Ebenso hat der italienische Minister am Donnerstag die Ratifikation dieses Vertrages ausgesprochen.

Bulgariisch-griechische Grenzzwischenfälle. Pariser Blätter melden einen schweren Grenzzwischenfall zwischen Bulgarien und Griechenland. Bulgarische Banden sollen auf griechisches Gebiet in der Absicht übergetreten sein, eine Eisenbahnlinie in die Luft zu sprengen. Sie stießen dabei auf griechische reguläre Truppen. Es entstand ein Kampf, bei dem die griechischen Truppen mehrere Tote und Verwundete hatten.

Bulgarien wünscht keine Augenzeugen seiner Schandjustiz. Die parteigenössischen Rechtsanwälte Rosenfeld, Berlin und Richter-Wien sind am Mittwoch in Sofia eingetroffen, um dem Prozeß gegen das Zentralkomitee der kommunistischen illegalen Organisation beizuwohnen. Nach zweistündiger Anwesenheit im Gerichtssaal wurden beide Rechtsanwälte am Donnerstag von der Polizei festgenommen und später verhaftet. Dann mußten sie eine eingehende Durchsuchung ihres Gepäcks über sich ergehen lassen und sich einem stundenlangen Verhör unterziehen. Erst durch Intervention der bulgarischen Gesandtschaft wurde die Freilassung erreicht. Die beiden Sozialdemokraten erhielten aber gleichzeitig einen Ausweisungsbefehl und mußten noch am Donnerstagabend die Rückreise antreten. — Das Urteil in dem Prozeß gegen das Zentralkomitee der kommunistischen illegalen Organisation wurde bereits am Donnerstag gefällt. Es lautete gegen den als Führer angeklagten Kommunisten Rowlow auf 12½ Jahre Zuchthaus und eine hohe Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. In elf Tagen beginnt ein neuer Prozeß gegen die sogenannten Jung-Kommunisten.

„Ich erkläre Ihnen, Wilson, es gibt keinen Brief“, behauptete Lord Galling. „Das Ganze ist überhaupt eine Verschwörung. Ich bin schamhaft betrogen worden.“ „Wenn ohnehin kein Brief vorhanden ist“, sagte Wilson, „weshalb regnen Sie sich dann über ein Phantom so auf? Wer hat Sie denn betrogen, bitte?“ „Verzeihung, Wilson. Ich bin entsetzt gewesen. Es schien mir, als ob eine niederträchtige Verleumdung gegen mich erhoben werden wäre. Wenn dem nicht so ist...“ „Eine niederträchtige Verleumdung, Lord Galling? Ich habe nichts dergleichen gehört. Ich habe nicht mal eine Anspielung Mr. Culpeppers auf den Inhalt dieses Briefes gehört.“ „Sollte ich mich also verheißeln haben?“ fragte Lord Galling fort, „dann lassen Sie uns über die Sache schweigen.“ „Arthur hatte mittlerweile versucht, Culpepper, der nichts von dem Handel Vasquets mit Lord Galling wußte, heimlich am Weiterreden zu verhindern. Er empfand, daß man Lord Galling wirklich unbillig mißtraute.“ „Warum bemühen Sie sich so sehr, Mr. Wharton, daß Mr. Culpepper den Mund halten soll“, forschte Wilson, dem Arthurs Gebärden nicht entgangen war. Arthur senkte den Kopf und wagte nichts zu sagen.“ „Also, Mr. Culpepper“, forderte ihn Wilson auf, „wollen Sie nicht doch die Güte haben, uns genau über Lord Galling etwas zu erzählen.“ „Culpepper wurde schuldig verurteilt. Er verstand nicht, weshalb Arthur wünschte, daß er schweigen solle. Nein, ich ziehe gegenwärtig vor, nichts zu sagen. Erst wenn man mich beschuldigen sollte, werde ich — gibt es einen Beschuldigungsgrund gegen mich?“ „Ich kann über diesen Punkt augenblicklich kein Urteil abgeben. Es wird ganz darauf ankommen. Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, in Ihrem eigenen Interesse, unbedingt aufrichtig mit mir zu sein.“ Culpepper schüttelte den Kopf und haben Sie noch eine Bestätigung zu machen?“ „Nein, Mr. Wharton, Sie sind eine, daß ich weiß, was ich zu tun habe, falls weitere klagenswerte Anklagen gegen mich erhoben werden sollten.“ „Sie werden auch darüber alles zu wissen, Mr. Wharton. Haben Sie bezüglich dieses Briefes etwas zu sagen?“ fragte Wilson.“ „Nein“, entgegnete Arthur kurz.

„Ich muß gestehen“, meinte Wilson, „daß Sie mich alle enttäuschen. Ich habe gehofft, Sie würden offen mit mir sein, sobald ich Ihnen alle wahren Begebenheiten des Verbrechens erzählt hätte; ich habe gehofft, es würde uns dann gelingen, die kleinen, noch verbliebenen Rätsel zu klären. Ich bin aufrichtig zu Ihnen gewesen, Sie aber waren es nicht — Niemand von Ihnen. Ich werde den Fall aus dem Inneren dem Innenminister unterbreiten, und ihn um seine Anordnungen bitten müssen. Gestatten Sie mir jedoch, meine Herren, daß ich Ihnen in wenigen Worten den Fall zusammenfassend schildere. Meiner Meinung nach ist es trotz dem, was Mr. Culpepper zu sagen beliebt hat, klar, daß in Sugdens Hotel niemand ermordet worden ist. Es handelt sich in dieser ganzen Affäre nicht um Mord, sondern um Betrug und Fälschung zu dem Zweck, sich Radletts Reichtümer anzueignen. Mr. Culpepper war in dieses Verbrechen verwickelt, Sie, Mr. Lord, waren zwar nicht beteiligt und über die Hauptereignisse ebenfalls wenig unterrichtet wie ich. Sie sind jedoch mit diesen Vorgängen in irgendeiner Weise, die bisher noch nicht aufgeklärt werden konnte, verbunden. Der mutmaßliche Mord war demnach eine Finte, um die Freiführung der Polizei. Radlett mußte aufreizen, um sein Testament zu machen, und nachher zu Herben. Aber, meine Herren, Radlett ist ja tatsächlich gestorben, zu irgendeinem früheren Zeitpunkt, und auf diese oder andere Weise hängen die Umstände seines Todes so innig mit John Vasquet zusammen, daß er unter Vasquets Name bestattet werden konnte. Ich brauche es Ihnen schwerlich erst zu sagen, daß die Einzelheiten dieses Zusammenhanges äußerst sorgfältig unterzucht werden müssen, denn sie erregen unwillkürlich den Verdacht, daß Vasquet, obgleich er Radlett nicht in Sugdens Hotel ermordet hat, ihn darüber in Sibirien ermordet haben könnte. Triffi dies zu, achten Sie darauf, ich behaupte weder la noch nein — so könnten diejenigen von Ihnen, welche in den Betrug verwickelt waren, — ich wiederhole, länten — gleichfalls an der seinerzeitigen Ermordung teilgenommen haben, falls ein Mord früher einmal verübt worden ist. Ich möchte Sie, Culpepper, ganz besonders auf die Tragweite des Verdachtes, unter dem Sie stehen, aufmerksam machen. Ich werde nun jedem einzelnen hier Anwesenden die Gelegenheit bieten, jede Bemerkung, die er zu machen wünscht, vorzubringen. Sollte niemand unter Ihnen etwas zu sagen haben, so werde ich diese Sitzung schließen.“ Wilson hielt nur einen Augenblick inne, dann erhob er sich von seinem Sitz am obersten Ende des Tisches.

(Fortsetzung folgt.)

# Der neue preussische Justizminister stellt sich vor

Der Landtag überwies in seiner Donnerstag-Sitzung zu nächst einige kleinere Vorlagen an die Ausschüsse und wandte sich dann der zweiten Lesung des Justizgesetzes zu.

## Justizminister Dr. Schmidt-Lichtenberg:

heute, wo ich zum ersten Male als Chef der Justizverwaltung vor dieses Haus trete, ist es mir inneres Herzensbedürfnis, die Verdienste meines hochverehrten Amtsvorgängers bedingungslos zu feiern. (Bravo!) Zwischen unserer Justizverwaltung und heute liegen die Justizdebatten im Reichstags-Schuhplatt und heute liegen die Justizdebatten im Reichstags-Schuhplatt. Dabei hat der Reichsjustizminister Dr. Hergt ausdrücklich das Bestehen einer Vertrauenskrise der Justiz behauptet und zahlreiche richterliche Urteile als falsch und unverständlich preisgegeben. Zur Abwehr von Ueberreibungen hat er die Propaganda der Wahrheit und die Erhaltung des unabhängigen Richtertums empfohlen. Meine ersten praktischen Erfahrungen haben mich bestätigt, daß das Vertrauen gegen die Justiz in beachtlichem Umfange fortbesteht (hört, hört! links.) Gerade in dieser Zeit, wo die Justizverwaltung die größten Anstrengungen bedürfen wird, das gesunkene und teilweise verschwundene Vertrauen zur Rechtspflege wiederherzustellen. Das Berufsrichteramt, das ich aus 23jähriger Tätigkeit genau kenne, ist in seiner überwältigenden Mehrheit kollegial gesund, verfassungstreu und arbeitsam. Aber einheimische unmwürdigen und unfähigen Beamten muß mit allen zulässigen Mitteln entgegengetreten werden. Die nötige Entschlossenheit und Zivilcourage sollen Sie bei mir nicht vermissen. (Bravo! links und in der Mitte.)

Die Mitwirkung der Tagespresse ist der Rechtspflege unentbehrlich. Ich biete mich als ehrlicher Mittler zwischen Presse und Justiz an. Die neuen Justizprezedenzien sollen die mögliche Auskunft geben und den Pressevertretern jede mögliche Vereinfachung ihrer Arbeit schaffen. Beim Entwurf des neuen Reichsstrafgesetzbuches hat das Preussische Staatsministerium seine Anschauung besonders stark zur Geltung bringen können. In einer allgemeinen Verfügung vom 7. April habe ich größte Höflichkeit gegenüber den Rechtsprechenden, in einer solchen vom 9. April Rücksicht auf das Publikum bei Terminanberaumungen angedeutet. Für die Geschworenen ist ein besonderes Merkblatt herausgegeben worden. Die Organisation der Arbeitsgerichte wird baldigt fertiggestellt. Für die Vorstände dieser Gerichte finden im Juni besondere Auszubildungstage statt. Das Staatsministerium hat auf meine Anregung eine Novelle zum Richterdisziplinalgesetz beschlossen, durch die die Öffentlichkeit der Verhandlungen ausgeschlossen wird. Die Durchführung der bisherigen grundlegenden Entscheidungen ist vorbereitet. In Sachen des Oberlandesgerichtes Weuthen sind wir durch feierliche Besprechungen gebunden. Die Ausstattung der Behörden mit modernen Einrichtungen wird tatkräftig gefördert werden. Die Rechtspfleger müssen organisch zur Entlastung der Richter einbezogen werden und ebenso das wertvolle Büropersonal von rein schematischen Arbeiten befreit werden. Der Entwurf über die Herabsetzung der Gerichtsgebühren wird demnächst dem Hause zugehen. Für den Strafvollzug in den Stufen werden in kürzester Zeit die endgültigen Richtlinien erlassen. Bauliche Verbesserungen in den Gefängnisanstalten und Vermehrung des ärztlichen Personals sollen sogleich durchgeführt werden. Im Gnadenwesen werde ich der bewährten Praxis meines Amtsvorgängers treu bleiben. (Bravo! links und in der Mitte.) Denn das letzte Ziel der Justiz ist der innere Friede. Und wenn wir oft hart strafen müssen, wollen wir doch wenigstens gelegentlich auch durch Menschlichkeit Freude schaffen. (Beifall.)

## Abg. Heilmann (Soz.):

Es ist im Laufe der Jahre in der preussischen Justiz manches besser geworden. Das hat in der Justizdebatte des Reichstages vom 22. Februar auch der Redner unserer Fraktion, Abg. Levi, anerkannt, und wir erblicken darin ein erfreuliches Zeugnis gerade von ihm, der sonst der Koalitionspolitik nicht allzu günstig gestimmt ist, daß wir in Preußen, selbst auf diesem schwierigen Gebiet unserer Politik, gewisse kleine Fortschritte erzielt haben. Die Vertrauenskrise der Justiz ist damit freilich längst nicht aus der Welt geschafft.

Klassenkampf und Gerechtigkeit sind zwei Begriffe, die sich nach unserer Auffassung nicht ausschließen, sondern gegenseitig bedingen. Diese Anschauung ist alt, wie die Sozialdemokratie lehrt. Vor 64 Jahren hat Ferdinand Lassalle vor den Berliner Richtern ausgesprochen, daß der Sozialdemokrat schon um deswillen nicht ungerecht gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung sein könne, weil er sie als unerläßliche weltgeschichtliche Vorbedingung und Durchgangsstufe zum Sozialismus ansehe. Die Sozialdemokratie wolle nicht die Wirtschaftsordnung umkehren und die bisher herrschende Klasse zur unterdrückten machen, sondern ihre Sache sei gleichbedeutend mit der des ganzen Menschengeschlechtes, ihre Freiheit die Freiheit aller. Der Schrei des Klassenkampfes sei ein Schrei der Versöhnung, ein Schrei nach Ueberwindung aller Klassenunterschiede. (Sehr gut bei den Soz.) Gerade diese Liebe zum Recht läßt uns das Unrecht haßen, läßt uns ungerechte Richter, wie die Herren Weimer-Wernigerode, Springer, Volkwig und Kuhmann erbarmungslos bekämpfen. (Sehr gut bei den Soz.) Aber der tiefste Grund der Vertrauenskrise sind nicht die Verfehlungen einzelner, sondern die Tatsache, daß das Strafrecht mehr und mehr ein Privileg der wirtschaftlich bessergestellten Schichten des deutschen Volkes geworden ist und deren Standesurteile widerspiegelt. So hat es wörtlich im Jahre 1906 der Vater der modernen Strafrechtslehre, Franz von Liszt, niedergeschrieben. Diesen Urgrund der Klassenjustiz kann auch der neue Justizminister beim besten Willen nicht aus der Welt schaffen. Er kann nur helfen, sie etwas zu mildern. Das Bismarckische Preußen hat Mittel genug gefunden, die Richter politisch zu beeinflussen. Aber wir möchten dem Justizminister einen direkten Einfluß auf die Auswahl der Strafrichter geben, indem wir vorschlagen, daß der Reichstag das Gerichtsverfassungsgesetz dahin ändert, daß die Bestellung der Vorsitzenden der Strafkammern und der Strafkammern an die Zustimmung des Ministeriums gebunden wird. Dann könnte der Minister dafür sorgen, daß wenigstens die Strafrichter von republikanisch zuverlässigen Richtern geleitet wird. (Zurufe und Unruhe rechts.)

Ich dachte, ich würde mit dieser Forderung einstimmigen Beifall ernten, nachdem sich die Deutschnationalen im Reich für den Schutz der republikanischen Verfassung von Weimar so stark gemacht haben. (Große Heiterkeit links.) Ich möchte dem Herrn Justizminister da ein schönes Wort von Karl Marx auf den Weg geben. Er hat im rheinischen Provinziallandtag von 1849 bemerkt, Goethe habe einmal gesagt, dem Maler glücken nur solche weiblichen Schönheiten, deren Typus er wenigstens in irgend einem lebendigen Individuum geleitet habe. Auch die Verfassung und das Recht seien Schönheiten, wenn auch gerade keine weiblichen, die man geliebt haben müsse, um sie wirklich zu verteidigen. (Sehr gut und Heiterkeit links.) Wir brauchen vielmehr kein Volk mehr im Gericht, wenn erst die Richter wieder

Volk geworden wären. Bis dahin können wir aber den Verlust des alten Schwurgerichts nicht verschmerzen. Die Todesstrafe läßt sich weder vom Standpunkt der Straftheorie aus verteidigen, noch ist sie zum Schutze der Gesellschaft notwendig. Mit besonderer Freude haben wir in der Programmrede des neuen Justizministers festgestellt, daß er die menschliche Gnadenpraxis seines hochverehrten Vorgängers fortsetzen will. Wir begrüßen den neuen Justizminister mit Vertrauen und erhoffen von ihm die Tatkraft, die er versprochen hat. (Bravo! links.)

## Der Stahlhelm.



Wir ziehen aus, deutsch bis ins Mark,  
Für 50 Mark!  
Wir ziehen festend wider Sem  
Für 50 Emm!  
Wir hau'n zusammen die Proleten,  
hoch die Moneten!  
Warum auch zahlt uns nicht die Dir'e  
Entsprechende Binkel!

Abg. Dr. Derberg (Dnat.): Die Berufsfreudigkeit des deutschen Richtertums wird durch die ständigen Angriffe gegen die Justiz untergraben. Der Prozeß Jürgens ist lediglich aus Angst vor der Strafe durchgeführt worden. Unbegreiflich sei die Rolle des Ersten Staatsanwalts Jordan aus Stargard, der als alter Freund der Familie Jürgens (!) die Anklage vertrat und 2 1/2 Jahr Zuchthaus beantragte. Die Bestimmungen auf Uebergabe der Justizverwaltung an das Reich lehnen wir ab. Das wäre ein Schritt zur Auflösung Preußens, und wir sind Preußen und wollen Preußen bleiben. (Bravo! rechts.)

Abg. Oppenhof (Zit.): Die Vertrauenskrise besteht. Wir müssen von den Richtern verlangen, daß sie rückhaltlos zur Verfassung stehen, aber wir lehnen die Verallgemeinerung von Eingekerkelten ab. Im allgemeinen ist die Justiz besser geworden, und es ist falsch, die Richter ohne weiteres den besthenden Klassen zuzuzählen. Die Auswahl der Schöffen und Geschworenen muß viel sorgfältiger werden. Die Senate der Oberlandesgerichte sind wieder mit fünf Richtern zu besetzen.

Abg. Eichhoff (D. Sp.): bepricht in der Hauptsache technische Justizfragen. Der Minister täte einen verhängnisvollen Schritt, wenn er die Richter nach ihrer republikanischen Zuverlässigkeit bespitzeln ließe. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Seimel (Dem.) fordert eine kräftige demokratische Personalpolitik. Preußen müsse der Stolz werden, der dem Recht in Deutschland die Bahn bricht. Die Beseitigung der Todesstrafe sei schon mit Rücksicht auf die Rechtsgleichheit mit Oesterreich nötig. Die Begeisterung der Rechtsparteien für das heutige Preußen sei zu begrüßen, aber die Zukunft gehöre dem Reichsrichtertum, gehöre Deutschland, nicht Preußen. (Bravo! links.)

Abg. Kerner (Wölk.): Was die Judenpresse Republikanisierung der Rechtspflege nennt, soll in Wahrheit nur die vollständige Verjudung der preussischen Justiz werden. Der Redner bespricht dann die ihm widerfahrene angeblich rechtswidrige Entziehung der Ministerialzulage.

Hierauf wird die Fortsetzung des Debatts auf Freitag Mittag vertagt.

Die Verlängerung des Republikanengesetzes scheint innerhalb der Reichsregierung von Seiten der deutschnationalen Minister mit großer Energie bekämpft zu werden. Während es zunächst so hingestellt wurde, daß die Zentrumsminister mit den Nationalisten zusammen bereits die Verlängerung durchgedrückt hätten, werden jetzt neue Verhandlungen innerhalb des Kabinetts erst nach dem Zutritt des Reichstages in Aussicht gestellt.

# Der Bürgerblut lehnt auch die geringste Verbesserung der Aufwertung ab.

In der Donnerstag-Sitzung des Reichsausschusses des Reichstages erhielten die Regierungsparteien wieder als die gefährlichen Entgegenüber. Der Minister, die von Hergt und Schacht, v. ... und Schiele ausgegeben worden war, wurde getreulich bejaht; jede, auch die sachlich einleuchtendste Aenderung des Aufwertungsgegesetzes wurde abgelehnt. Die sozialdemokratischen Vertreter machten es den Regierungsparteien nicht leicht. In der Frage der Wirkung nahmen sie einen von der juristischen Arbeitsgemeinschaft für Gesetzgebungsfragen entworfenen und begründeten Antrag auf, der den Regierungsparteien schon deshalb einige Sorgen bereitet, weil der Ausschusspräsident, Geheimrat Kahle, zugleich auch Vorsitzender jener juristischen Arbeitsgemeinschaft ist.

Der sozialdemokratische Antrag bestimmt, daß bei Hypotheken, die vor dem 15. Juni 1922 zurückbezahlt worden sind, nachträglich eine Aufwertung der persönlichen Forderung bis zu 15 Prozent des Goldmarkbetrages anzuordnen ist, wenn der gezahlte Betrag 10 Prozent des Goldmarkwertes der Forderung nicht erreicht, wenn ferner der persönliche Schuldner beim Inkrafttreten des Aufwertungsgegesetzes noch Eigentümer des belasteten Grundstücks war und endlich die Verlagerung der Aufwertung für den Gläubiger mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage, insbesondere auf erhebliche, auf dem Währungsverfall oder die Verdrängung oder die Liquidation des Vermögens zurückerhaltene Vermögensverluste eine unbillige Härte bedeuten würde. Nur bezüglich der Höhe der zu gewährenden Aufwertung ging der sozialdemokratische Antrag weiter als die juristische Arbeitsgemeinschaft, die lediglich dann eine Zulage verlangt, wenn die Rückzahlung der Schuld 5 Prozent des Goldmarkwertes nicht erreichte und die Aufwertung auf 10 Prozent beschränkt wolle.

In der von dem Abg. Reil (Soz.) erfolgten Begründung des Antrags heißt es, daß der willkürlich gewählte Stichtag für die Rückzahlung (15. Juni 1922) eine der schlimmsten Härten des Aufwertungsgegesetzes bildet. Die Geldentwertung ist schon im Mai genau die gleiche gewesen wie im Juni, die Mark habe damals noch 1/2 Prozent Goldmarkwert gehabt, und schon im Jahre 1921 sei sie auf 2 Prozent, zeitweilig noch weniger, gesunken. Der Antrag sehe von einer grundsätzlichen Aenderung des Gesetzes ab und beschränke sich auf die Aufwertung der persönlichen Forderung. Das dringliche Recht und der Stand des Grundbuchs blieben also unberührt. Da die im Gesetz enthaltene Härteklause zu Gunsten des Schuldners bestehe, könne die Aufwertungsstelle unter Berücksichtigung aller Billigkeitserwägungen frei entscheiden. Wenn man überhaupt wolle, daß den alten Gläubigern, die mit wertlosen Papierscheinen abgefunden worden seien, von den noch im Besitz des Wertobjekts befindlichen Schuldnern eine kleine Entschädigung gewährt werde, dann biete der Antrag einen geeigneten Weg.

Im Verlauf der Debatte nahmen Redner aller Fraktionen mit Ausnahme der Deutschnationalen das Wort. Die Vertreter der Deutschen Volkspartei und des Zentrums lehnten übereinstimmend mit dem Vertreter des Reichsjustizministeriums den Antrag nach langem Wenn und Aber, einerseits und andererseits ab. Die Vertreter der demokratischen Fraktion und der Abg. Dr. Best stimmten ihm zu mit der Begründung, daß der Stichtag des 15. Juni 1922 in der Tat eine kraftige Angelegenheit darstelle. Der Antrag wurde schließlich mit 16 gegen die 12 Stimmen der Linken abgelehnt.

Eine weitere Debatte lief ein Antrag Best hervor, der vom 1. Januar 1928 ab den gegenwärtig 3 Prozent betragenden Zins für den Aufwertungsbeitrag nach dem freien Hypothekensmarkt geltenden Zinsen bemessen wolle. Abg. Wanderski (D. Sp.) wandte sich gegen den Antrag, weil er einen Eingriff in das Vertragsverhältnis bedeute. Dr. Landshagen (Soz.) erwiderte ihm, daß das ganze Aufwertungsgegesetz einen einzigen Eingriff in dem Vertragsverhältnis darstelle und die Bestimmungen über die Höhe des Zinses noch eine Sonderbelastung des Gläubigers bedeuten. Aber alle Beweisführung half auch hier nichts. Die Reichsregierung erwarte die Ablehnung, hatte Minister Hergt tags zuvor erklärt, und die Regierungsparteien entsprachen diesem Befehl. Der Antrag wurde ebenso abgelehnt, wie zahlreiche andere vom Abg. Dr. Best eingebrachte und vertretene Anträge.

## Süddeutsche Siedler

### wollen nach dem preussischen Oster.

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben: In Süddeutschland sind zur Zeit Bestrebungen im Gange, auch die süddeutschen Landwirte für die Ansiedlung im Osten des Reiches zu interessieren. Vor kurzem fand deshalb in Heidelberg unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministers eine Konferenz der Landesvertreter statt, die sich mit dieser Frage befaßt. Es wurde betont, daß sowohl Preußen wie auch Mecklenburg bereit seien, Siedler aus Süddeutschland in ihr Siedlungsgebiet aufzunehmen und sie bezüglich der Kreditgewährung den einheimischen Siedlern gleichzustellen.

Obgleich in den süddeutschen Ländern noch große Gebiete sind, die landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden könnten, so z. B. die großen Niederungen der Donau und des Rheins, herrscht bei den süddeutschen Bauern eine starke Nachfrage nach Siedlerstellen im Osten. Eine Befriedigung dieser Nachfrage wäre zu begrüßen, denn die Auswanderung nach Uebersee nimmt in den süddeutschen Grenzländern einen erheblichen Umfang an. Naturgemäß bevorzugt die Siedlungsländer zunächst die Bewerber aus dem eigenen Lande; das Ueberangebot an einheimischen Siedlern macht die Ansiedlung süddeutscher Bauern aber sehr schwierig.

Auf der Konferenz in Heidelberg kam eine Verständigung dahin zustande, daß neben den 6000 Mark, die durch das Land, aus dem der Siedler stammt, als Zuschuß zu übernehmen sind, das Reich die Kosten für die Abgeltung der öffentlichen Lasten, die auf 1500 bis 2000 Mark geschätzt werden, tragen soll. Die Siedlungsländer Preußen und Mecklenburg wollen außerdem die Vorbereitung für eine verstärkte Siedlung dadurch fördern, daß für das Jahr 1928 größere Siedlungsmöglichkeiten wie bisher besteht. Das badische Ministerium des Innern und die badische Landwirtschaftskammer werden in nächster Zeit eine Siedlungsreise nach den Siedlungsgebieten organisieren, um die Frage zu prüfen, wie eine gezielte Siedlung badischer Kleinbauern bewerkstelligen läßt.

**Kaufhaus M. Robowski**

Strümpfe / Socken / Herrenartikel  
Kinderartikel / Wäsche / Kurzwaren



Grübschener Str. 54, Grübschener Str. 52 a,  
Hohenzollernstr. 2, Westendstr. 54

**Billigste Preise!**

**Große Auswahl!**

# Sensationell

sind die Preise unserer

## Werbe-Tage

im Herren-Bekleidungshaus

### Eugen Hamburger

Breslau, Teichstraße 31, 2 Minuten v. Hauptbahnhof, parierte und 1. Etage.

**Herren-Anzüge**  
haltbare Stoffe, in modernen Farben  
33,00, 26,00 **19<sup>00</sup>**

**Herren-Anzüge**  
in Gabardine, gute Verarbeitung, tadelloser Sitz  
68,00, 59,00, 48,00 **38<sup>00</sup>**

**Herren-Anzüge**  
in blau Kamergarn ein- u. zweifachig  
68,00, 62,00, 54,00 **45<sup>00</sup>**

**Sport-Anzüge**  
in haltbaren Kord- und Wollstoffen  
48,00, 36,00, 29,00 **24<sup>00</sup>**

**Schweden-Mäntel**  
in Gabardine und Covercoat  
62,00, 55,00, 48,00, 36,00 **26<sup>00</sup>**

**Gummi-Mäntel**  
von **11<sup>50</sup>** an

**Gestreifte Rosen**  
von **2<sup>90</sup>** an

**Breeches-Rosen**  
von **4<sup>50</sup>** an



Eigene Anfertigung, daher sehr preiswert!

### Jahres-Bilanz für das Geschäftsjahr 1926

der

## Breslauer Haus- und Baugenossenschaft e. G. m. b. H.

Vermögen.	
Grundstücks-Konto	Gräblicher Straße 124 . . . 19 029,05 Mk.
Grundstücks-Konto	Oppeauer Straße 15 bis 19 . . . 97 086,14 Mk.
Gebäude-Konto	Gräblicher Straße 124 . . . 81 785,95 Mk.
Gebäude-Konto	Oppeauer Straße 15 bis 19 . . . 275 528,10 Mk.
Gebäude-Inventar-Konto	Gräblicher Straße 124 . . . 2 242,75 Mk.
Gebäude-Inventar-Konto	Oppeauer Straße 15 bis 19 . . . 3 399,50 Mk.
Büro-Inventar-Konto	. . . 1 156,81 Mk.
Materiellen-Bestands-Konto	. . . 25,19 Mk.
Schließel-Heimstätte	. . . 300,00 Mk.
Darlehens-Konto	. . . 1 262,45 Mk.
Bank-Konto	. . . 280,00 Mk.
Kassa-Konto	. . . 394,56 Mk.
	<b>422 520,50 Mk.</b>
Schulden.	
Hypotheken-Konto	. . . 389 795,95 Mk.
Guthaben-Konto	. . . 18 192,08 Mk.
Baugenossenschafts-Konto	. . . 31 000,00 Mk.
Reservefonds-Konto	. . . 14 191,82 Mk.
Hilfsreservefonds-Konto	. . . 4 029,05 Mk.
Hilfsreserven-Konto	. . . 44,94 Mk.
Kreditoren	. . . 14 586,99 Mk.
Gewinn	. . . 679,67 Mk.
	<b>422 520,50 Mk.</b>

**Mitgliederbewegung im Geschäftsjahr 1926.**

Bestand am 1. 1. 1926	128 Genossen mit 149 Anteilen und 44 700,00 Mk. Haftsumme
Zugang	14 Genossen mit 15 Anteilen und 4 500,00 Mk. Haftsumme
Insgesamt	142 Genossen mit 164 Anteilen und 49 200,00 Mk. Haftsumme
Abgang	14 Genossen mit 18 Anteilen und 4 800,00 Mk. Haftsumme
Bestand am 31. 12. 1926	128 Genossen mit 148 Anteilen und 44 400,00 Mk. Haftsumme

Das Geschäftsguthaben sämtlicher Genossen betrug:

Bestand am 1. 1. 1926	12 218,60 Mk.
Zugang	5 972,48 Mk.
Insgesamt	18 191,08 Mk.

Breslau, den 21. März 1927

Der Vorstand

R. Seibel    F. Kojal    E. Piskol    F. Thiel

Bochsende Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung haben wir geprüft und in Uebereinstimmung mit den ordnungsmäßig geführten Büchern der Breslauer Haus- und Baugenossenschaft e. G. m. b. H. gefunden.

Breslau, den 10. April 1927

Der Aufsichtsrat

G. Albers    O. David    B. Giersberg    F. Reigig.

## An klaren, sternhellen Abenden

ist es der Wunsch vieler, näheres über das Weltall zu erfahren. Jedem Wissensdurstigen ist Gelegenheit gegeben, zu günstigen Bedingungen ein Buch zu erwerben, das ihm zur Erweiterung seiner astronomischen Kenntnisse dient.

Wir bieten an:

**Dr. Riem: Illustrierte Himmelstunde**  
(Eine populäre Astronomie)

mit 10 Abbildungen u. 350 Zeichnungen, 126 Seiten, gebundene Halbleinwand zu dem stark herabgesetzten Preis

**von nur 6,25 Mk.**

Auch auf Bucherte in Buchwaren von 50 Pfennigen

**Vollwachtsbuchhandlung, mod. Ant.**  
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Für die Redaktionen verantwortlich: Carl Zimmer; für die Anzeigen: Max Tschöke.



## Geregelte Verdauung

Verstopfung und Durchfall sind Zeichen un-natürlicher Ernährung. Unnatürlich ist es, daß die wertvollen Mineralstoffe des Getreides mit der Kleie ins Viehfutter gelangen. Essen Sie Christ's Vollkorn-Brot! Es wird aus einem Mehl gebacken, bei dem alle wertvollen Mineralstoffe erhalten bleiben und bewirkt geregelte Verdauung ohne irgend welche Zusätze. Also nur:

### Christ's Vollkorn-Brot

In allen einschlägigen Geschäften ist Christ's Vollkornbrot erhältlich. Wo nicht, wende man sich an Christwerke, Tel. Ring 6220/21.

## Heute und morgen: Sonderverkauf

# Damenmäntel

ca. 1200 moderne, fesche Frühjahrmäntel in vielseitiger Farben- u. Stoffauswahl, fesche, schicke Formen u. beste Verarbeitung zu folgenden

### Serienpreisen:

**Frühjahrmäntel** für Damen und Backfische, aus la Tuchen, Shetland, englisch gemusterten Woll- und imprägnierten Mantelstoffen, tadelloser Verarbeitung  
Stück 14,50, 12,50 **9.50**

**Damenmäntel** aus reinwollenem Ripps, teilweise Kragen und unterherum plissiert, prima Tuch und imprägniert Covercoat, gute Paßform  
Stück 24,50, 19,50 **17.50**

**Moderne Damenmäntel** aus la Schattenrips, Tuch und reinschwarze wollenem Ripps, in schönen Frauenfassons, auch große Größen  
Stück 35,00, 24,00 **17.50**

**Solide Frauenmäntel** aus prima Schattenrips, Shetland, Tuch und Ripps, in modernen, soliden Farben und schöner Verarbeitung  
Stück 34,00, 27,00 **21.00**

**Damen-Frühjahrmäntel** durchweg moderne Stoffe, wie Shetland, Schattenrips, Seide, Ripps, in besonders elegant. Fassons, viele moderne Farben,  
Stück 35 Mk., 29,00, 24,50 **19.50**

**Damen-Regenmäntel** aus praktischen, imprägnierten Stoffen, nur beste Qualitäten, zum Teil mit gummierter Absseite  
Stück 19,50, 14,50 **9.50**

## Riesensortimente bildschöne und ganz billige Damen-Kleider

aus la reinwollenen Stoffen wie Ripps, Popeline, Ripspopeline, Kasha und anderen guten, modernen Wollstoffen, sowie Crêpe de Chine, Eolienne, Veloutine, Taffet, gute Kunst- und Waschseiden-Qualitäten.

## Gute billige Herren-, Knaben- und Mädchen-Bekleidung



## Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel!

Friedrich Ebert, Schriften — Aufzeichnungen — Reden

Das große Gesamtwerk des ersten deutschen Reichspräsidenten und sozialistischen Kämpfers. Herausgegeben von Friedrich Ebert jun. Eingeleitet durch ein umfangreiches Lebensbild Friedrich Eberts aus der Feder von Paul Kampffmeyer. Mit unveröffentlichten Erinnerungen aus dem Nachlaß.

2 Ganzleinenbände mit 16 Bildern 15,00 Mark.

Emil Felden, Einem Menschen Weg  
Ein Fritz Ebert-Roman — Ganzleinen 5,00 Mark.

**Vollwachts-Buchhandlungen** Neue Graupenstr. 5  
Neue Laßschütz. 11

## Da bin ich wieder

mit meinen billigen Angeboten!

Nicht allein billig, gut und billig sind meine bewährten Qualitäten

Wohl, Ladent! Geringe Umkosten!

<b>Damenhemden</b> in verschied. schönen Ausführungen mit 66 Pl. Stück, 2,00, 1,60, 1,25 <b>66</b>	<b>Weißes Deckbettbezüge</b> aus Waschtuch . . . <b>2.90</b>
<b>Damen-Reinleider</b> geschloss., gute Qualität, mit Stickerel . . . <b>1.25</b>	<b>Weißes Bettbezüge</b> aus pa. Waschtuch, 1 Deckbett, 2 Kissen, fertig genäht, zum Knöpfen . . . <b>5.50</b>
<b>Damen-Herzohosen</b> moderne Form mit Stickerel und Hohlseum . . . <b>2.00 1.60</b>	<b>Weißes Bettbezüge</b> prime Linon, ganze Breite, 1 Deckbett, 2 Kissen . . . <b>7.00</b>
<b>Prinzebröcke</b> gute Qualität, reich garniert . . . <b>2.75, 2.40 2.00</b>	<b>1 fertiges Inlett</b> federricht u. säureecht . . . <b>6.50</b>
<b>Damen-Nachthemden</b> Schlupfhemd, mit schöner Stickerel . . . <b>2.75</b>	<b>Parade-Garnitur</b> aus vorzügl. Linon, 1 Deckbett, 1 Kissen u. 1 Kiss. m. Stickerel-Einsatz . . . <b>9.00</b>
<b>Damen-Nachtjacken</b> aus pa. Waschtuch und gutem Körperbardent . . . <b>1.95 1.75</b>	<b>Wallis-Bettbezüge</b> la Ware, 1 Deckbett, 2 Kissen . . . <b>9.00</b>
<b>Rohkäse</b> gute Qualität . . . <b>95 Pl.</b>	<b>Damast-Bettbezüge</b> herri. Muster, mit hohem Seidenglanz, 1 Deckbett, 2 Kissen, 12,50 <b>11.00</b>
<b>Männerhemden</b> aus Dara, v. rechte groß . . . <b>1.35</b>	<b>Bunt gefüllte Bettbezüge</b> mit 2 Kissen, aus kräftigem waschicht. Decktuch, z. Knöpf. <b>5.90</b>
<b>Einsatzhemden</b> weibler Rumpf, moderne Einsätze <b>2.00 1.45</b>	<b>Bettlaken</b> fein, gedeg. Ware, 140/200 . . . <b>2.20 1.95</b>
<b>Damenstrümpfe</b> zu Verlustpreisen <b>25 Pl.</b>	<b>Wollene Bettlaken</b> dicke, mollige Ware, in weiß und bunt . . . <b>1.85</b>
<b>Washseid. Strumpf</b> Paar <b>95 Pl.</b>	<b>Gesichtshandtücher</b> m. Figuren u. Blum. pa. Ware . . . <b>1.25, 95 68 Pl.</b>
<b>Schlafdecken</b> in verschied. Must. <b>75 Pl.</b>	<b>Küchenhandtücher</b> derbe, fest. Qual., 60, 75 Pl. <b>18 Pl.</b>
<b>Arbeits-hosen</b> feste gewirnt. Ware <b>3.50</b>	<b>Taschentücher</b> gute Qual., v. 20 Pl. bis <b>3 Pl.</b>
<b>Windjacken</b> imprägn., vorzügl. Paßform, <b>8.75</b>	<b>Angestaubte Bett- u. Leibwäsche</b> Reste u. Abschnitte enorm billig

**Gratis-Zugaben bei jedem Einkauf!**

## Wäsche-Manneberg

im Hofe **Reuschstr. 47** im Hofe  
Bitte genau auf Namen und Nr. 47 zu achten

## „WALDFLORA“

Die bekannsten giftfreien Naturprodukte (kein Tee) sind in folgenden Nummern erhältlich:

Bei: **Gicht, Rheuma, Rheuma, Leiden, Aderverkalkung, Pickeln, Geschwüren, Hautausschlag, Flechten, offene Stellen, Kopfschmerzen, Anspannung, Blutrreinigung . . . Nr. 6**

Bei: **Zuckerkrankheit . . . Nr. 7**  
**Blasenleiden . . . Nr. 3**  
**Nervenleiden . . . Nr. 4**  
**Leberleiden, Asthma . . . Nr. 5**  
**Gallenleiden . . . Nr. 7**  
**Blasen- und Darmleiden . . . Nr. 8**  
**Nerven- und Herzerkrankungen . . . Nr. 9**  
**Stuhl-Störungen . . . Nr. 10**

Als wertvollstes Hausmittel verlangen Sie nur: **Phlegm echt austral. Eucalyptus-Öl in der Dreikantflasche.**

Verteufeln in Apotheken u. Drogerien. Druckschriften über „Waldfloren“ erhalten Sie dort kostenlos.

Georg Rich. Fjyng & Co., Gera (Thür.)  
Verteilung und Fabriklager:  
Carl Fabr., Breslau, Krausenstraße 105.

## Inferate erzielen in unserer Zeitung den größten Erfolg!

## Reichsbannerkameraden!

In die Bibliothek jedes Kameraden gehört:

Lautenslager

### Volksstaat und Einheitsfront

(Dokumente aus der badischen Revolution 1848/49)

501 Seiten, illustriert, gebunden nur **Mk. 1,00**

**Vollwachtsbuchhandlung**  
Breslau, Neue Graupenstraße 5.

## Zur billigen Schuhzentrale

Flasergasse 13, Ecke Schaubdrücke

### Gelegenheitskäufe

in eleganten und einfachen Schuhen zu spottbilligen Preisen.

7674

**Damenschuhe**, hellfarb. Lack, Chevreau, Boxkalf . . . . . Einzelpaar **8.50, 7.50, 6.50, 5.25**

**Herrenschuhe** mit Einsatz . . . **12.50, 10.50, 9.50**

**Arbeitschuhe**, Ia . . . . . **8.50, 7.50, 6.50**

Langschäler, Sportkäufe, Kinderschuhe spottbillig.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 6. Mai.

Maschinenmarkt in Breslau.

Der Landwirtschaftliche Maschinenmarkt und die Technische Messe wurden gestern Vormittag durch eine festliche Versammlung im Marmoraal der Jahrhunderthalle eröffnet.

Der Maschinenmarkt ist von Ausstellern außerordentlich gut besetzt, fast ist der weite Platz für ihn zu klein.

Max und Moritz und andere Straßennamen.

Es mag seltsam berühren, daß wir in Breslau eine Max- und eine Moritzstraße haben, jedoch wäre es irrig, anzunehmen, der Breslauer Magistrat habe mit diesen Straßennamen das lustige Brüderpaar Max und Moritz „verewigen“ wollen.

Joseph Max, nach dem die Maxstraße benannt ist, war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ein bedeutender Breslauer Verlagsbuchhändler.

Joseph Max, der am 30. Januar 1787 als Sohn eines Kaufmanns in Breslau geboren wurde, gründete die oben erwähnte Verlagsbuchhandlung im Jahre 1809 und starb am 20. Oktober 1873 ohne nachlassende Erben und Angehörige.

Die Moritzstraße ist 1863 zwischen der Kleinbürger Chaussee und dem Höfener Wege von den Neudorfer Grundstücksbesitzern Moritz Cohn, Freund und Neumann in einer Breite von 22 1/2 Metern mit Vorgärten zu beiden Seiten angelegt und unterm 2. April 1869 nach dem ersten Besitzer Moritzstraße genannt worden.

Uebrigens ist die Ernststraße nach Ernst Bauer auch nur nach dessen Vornamen benannt. Sie wurde 1875 von der Breslauer Aktiengesellschaft für Möbel-, Parkett- und Holzbauarbeit (vormals Gebrüder Bauer und vormem Rehors) auf ihrem Grundstück zwischen der Neuen Tafelstraße angelegt.

Einen ganz belanglosen Vornamen führt die Paulstraße. Hier ist tatsächlich gar nicht festzustellen, wer der berühmte Paul eigentlich war, der dieser Straße zu ihrem Namen verholfen hat.

Die Mariannenstraße nach der Mutter des Kaufmanns Karl Heinrich Ludwig Rarger, der sie im Jahre 1857 angelegt hatte.

Die Martinststraße heißt so nach einer kleinen Martinikapelle, die schon in der slavischen Zeit existiert haben soll.

Die Blindenunterrichtsanstalt in der Martinststraße wurde am 14. November 1818 gegründet. Einen wesentlichen Anteil an der Gründung hatte Johann Georg Knie, der dann auch ihr erster Lehrer wurde.

Gemeinschaftsschule oder weltliche Schule?

Von J. Gabriel.

Wie man hört und lesen kann, soll wieder einmal ein Reichsschulgesetz kommen. Da ist es wohl an der Zeit, sich auch mit dieser Frage wieder einmal ausführlicher zu beschäftigen.

Die Volksschule ist Gemeinschaftsschule, d. h. für alle schulpflichtigen Kinder gemeinsame Schule. Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Volksschule.

Zunächst rufen laut die Rechtsparteien — schon verdächtig — zunächst antwortete die Kirche — noch verdächtig — zunächst polsaunt der Thüringer Lehrerverein ... Und wir? d. h. die Partei, die Sozialdemokraten? Können wir uns mit gutem Gewissen anerkennen?

Bekanntlich stehen wir als Sozialdemokraten grundsätzlich auf dem Boden der Weltlichkeit des gesamten Schulwesens. Aber wir wissen auch genau, daß mit diesem Ziel nicht sofort erreichen können, weil Deutschland in dieser Beziehung weit hinter anderen Ländern zurücksteht.

Eins ist unbestreitbar: Die Kirche hat keine Ursache, unzufrieden zu sein. Der Religionsunterricht ist vorzüglichsgestaltet. Dagegen ist von Weltlichkeit des übrigen Unterrichts wenig zu hören.

und auch sonst zur Annahme an Kindesstatt geeignet sind. Eheleute, die ein Kind als eigen anzunehmen beabsichtigen und die gesetzlichen Erfordernisse erfüllen, werden gebeten, sich wegen

Heut abend pünktlich 8 Uhr im großen Saale des Gewerkschaftshauses

Versammlung aller S. O.- und S. K.-B.-Mitglieder

Tagesordnung: „Die Zusammenfassung des S. K.-B. in den S. O.“ Referent: Genosse Dr. Eckstein Ohne Parteiausweis der S. P. D. kein Eintritt

Blindheit eine rege verdienstvolle literarische Tätigkeit entfaltet hatte.

Die Georgenkraße führt diese Bezeichnung seit 1874, jedoch gliedert kein Mensch namens Georg, der sich um diese Straße etwa ein Verdienst erworben hätte.

Ebenso beziehungslos ist der Name der Hermannstraße, die 1876 von dem Baumschulbesitzer Guido von Drabizius angelegt wurde.

Schlagererien zwischen Stahlhelmen und Kommunisten auch in Breslau?

Die Stahlhelmlente, die aus Mittel- und Oberschlesien zum Stahlhelmtag nach Berlin fahren, wollen sich heute in Breslau sammeln und zusammen vom Hauptbahnhof fortziehen.

Wir warnen in letzter Stunde vor einer solchen ganz nutzlosen Provokation von Zusammenstößen, die höchstens den Sinn haben kann, die Polizei zum Eingreifen zu zwingen, um dann auf den sozialdemokratischen preussischen Innenminister schimpfen zu können.

Funktionärversammlung des J. B. M. Zwei überaus wichtige Themen, das am 1. Juli in Kraft tretende Arbeitsgerichtsgesetz mit seiner wesentlichen Erweiterung der Sondergerichtsbarkeit für Arbeitszeitigkeiten, und das von den christlichen Gewerkschaften so mühsam verteidigte Arbeitszeitgesetz des Bürgerblocks, wurden in der

Vermittlung von Kindern an Kindesstatt. Der Vermittlungsstelle des städt. Jugendamtes für die Annahme von Kindern an Kindesstatt ist es in letzter Zeit wiederum gelungen, eine Anzahl von Kindern in gute Pflegefamilien unterzubringen, und ihnen somit ein dauerndes Heim zu schaffen.

Die Verwaltung der städtischen Straßenbahn will auch in diesem Jahre Ferien-Monatskarten ausgeben, die in der Zeit vom 5. Juli bis 7. August die Berechtigung der sonst nur für einen Kalendermonat ausgegebenen Zeitkarten gewähren und zu den üblichen Preisen der Monatskarten ausgefertigt werden.

Der völkische Polizei-Obersekretär. Der 65 Jahre alte Polizei-Obersekretär i. R. Eduard Koops ist ein stark völkischer Herr, doch die Straftat, die ihn am Donnerstag vor das Große Vogesengericht führte, zeugte davon, daß er sich nicht nur mit einer allgemeinen völkischen Gehe begnügt, sondern daß er sogar in ihm völlig fremde Familien geht und dort völkische Agitation betreibt.

vermehrt. Und nun die Lehrerfrage. Für alle Kinder werden Gefinnungsfreunde als Lehrer beigestellt, d. h. sie sind eben da. Für freie Kinder soll es aber keine geben — man will eben nicht! Die Gefinnung der freien sozialistischen Eltern interessiert nicht, — nein, sie muß bekämpft werden!

Das ist die Simultanschule! Im roten Thüringen! Sie ist nichts weiter, als eine verkappte Kirchenchule, in der sogar Dissidenten kirchlich beeinflusst werden, also etwas, was die Kirche in der offenen Bekenntnisschule kaum erreichen könnte. Können wir Sozialdemokraten einen solchen Zustand gutheißen? — Nein, niemals!

Wir dürfen nicht dulden, daß die Kirche verstedter Weise Geschäfte macht, — weshalb, weil der Charakter der Simultanschule (Gemeinschaftsschule) so sehr verdorren ist.

Lernen wir daraus! Für uns kann nur eine Schulart in Frage kommen und das ist die weltliche Schule ohne Religionsunterricht. Ist sie vorläufig nicht die allgemeine Schule Deutschlands, sondern eine Sonderschule, dann ist es erst recht Pflicht jedes Sozialisten, sie zu fördern und seine Kinder — wo es möglich ist — in diese Schule zu schicken.

Kommt dieses Jahr wirklich ein Reichsschulgesetz unter Herrn v. Reudell's Pläne, dann nicht gar zu viel gefeiert! Niemals mehr wird den Inhalt der Bekenntnisschule und Simultanschule verwickeln oder beeinflussen können. Heran an die Arbeit für die weltliche Schule, gleiches Recht auch für sie! Was wir brauchen, ist unbeschränkte Ausdehnungsmöglichkeit dieser Schule. Die andern sind ja da, sie können nicht weggehen, höchstens kleiner werden.

Wuswahl und Freizügigkeit geeigneter Lehrer nicht nur in einem Bezirk, sondern im ganzen Reich. Weicht nicht auf dem konfessionslosen und soziologischen Boden steht, darf nicht in eine solche Schule, oder muß von ihr fort! In der weltlichen Schule darf es keine monarchistischen, militaristischen, republikanischen, sozialistenfeindlichen Lehrer geben. So wie die anderen sondern und prüfen, so muß auch uns das Recht zugestanden werden. In Breslau werden ja jetzt schon — vor dem Gesetz — Lehrer, die von der weltlichen Schule aus politischen Gründen weggehen, vom Schultat zur Kirche geschickt, um ihre eventuelle Eignung festzustellen. Wie wird das später sein! Deshalb klare Scheidung, klare Trennung, Deutschland ist in dieser Beziehung weit, weit zurück hinter den meisten Kulturstaaten. Es hat sich, wie so oft, überflügeln lassen. Aber stark ist Deutschland in der Arbeiter- und Sozialistenbewegung. Nur etwas mehr Konsequenz! Also, Genossen! Kommt die Stunde, dann aufgewacht! Die nächste Stufe für uns ist nicht eine Simultanschule, sondern die weltliche, freie, weltliche Schule. Haben wir sie erst, dann vorwärts, vom Teilerfolg zum Sieg auf der ganzen Linie!

Die Lektüre Vor dem Gewerbegericht steht ein junger Betriebsrat und macht mit bemerkenswerter entschiedener Sachlichkeit in einem nicht ganz einfach liegendem Falle sein Recht geltend. Als das Gericht sich zur Beratung zurückzieht, zieht er die — Nachpost heraus und beginnt zu lesen. In ein Gespräch verwickelt, begründete er die seltsame Lektüre damit, daß sie doch auch „manchmal gegen die Arbeitgeber Stellung nehme“. Auf der ersten Seite aber steht in groß ausgemacht die für jeden politisch Organisierten als solche erkennbare, Latarennachricht des Abonnementchwundes der „Volkswacht“. Wieviel Funktionäre und wieviel Klaffengenossen mag es noch geben, die aus gedanklicher Bequemlichkeit und Freude an journalistischem Timme so denken und so handeln.

Sie zu Lesern der eigenen, der Arbeiterchaft gehörigen sozialdemokratischen Presse, zu gewinnen, ist Deine Aufgabe in dieser Woche!

Ferienkarten der Straßenbahn. Die Verwaltung der städtischen Straßenbahn will auch in diesem Jahre Ferien-Monatskarten ausgeben, die in der Zeit vom 5. Juli bis 7. August die Berechtigung der sonst nur für einen Kalendermonat ausgegebenen Zeitkarten gewähren und zu den üblichen Preisen der Monatskarten ausgefertigt werden.

In Betracht kommen Neg-, Doppelstrecken- und Streckenarten sowohl für Kommune als auch für Schüler. Sie sind mit einem Lichtbilde des Inhabers zu versehen und werden nur in der Straßenbahnkassette am Lessingplatz 8 vom 1. Juli ab ausgegeben. Die Abgabe erfolgt nur bei gleichzeitiger Vorlegung des Lichtbildes.

Der völkische Polizei-Obersekretär. Der 65 Jahre alte Polizei-Obersekretär i. R. Eduard Koops ist ein stark völkischer Herr, doch die Straftat, die ihn am Donnerstag vor das Große Vogesengericht führte, zeugte davon, daß er sich nicht nur mit einer allgemeinen völkischen Gehe begnügt, sondern daß er sogar in ihm völlig fremde Familien geht und dort völkische Agitation betreibt.

Dr. Chapuzi behandeln läßt. Eines Tages, im November vorigen Jahres, kam er zur Frau H., und nach kurzer Unterhaltung feuerte er gleich auf den Zweck seines Besuchs los. Er fragte sie, weshalb sie sich von einem jüdischen Arzt behandeln lasse und daß es doch merkwürdig sei, daß so viele christliche Familien zu jüdischen Ärzten gehen. Es sei eigenartig, wie sich die jüdischen Ärzte in christliche Familien „einmischen“. Die Staatsanwaltschaft erhob daraufhin gegen Koops die Anklage wegen Beleidigung. Als Vertreter des Angeklagten war Rechtsanwalt Dr. Lippmann anwesend. Der Angeklagte erklärte, daß er sich keiner Beleidigung bewußt sei, er habe nur seiner Verwunderung der Frau Hentschel gegenüber Ausdruck gegeben, daß christliche Familien zu jüdischen Ärzten in Behandlung gehen. In Anbetracht der großen Beleidigung, die nur erfolgte, um den Beleidigten verächtlich zu machen und ihr in der öffentlichen Meinung herabzumühen, beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 100 Mark. Rechtsanwalt Dr. Lippmann wies darauf hin, wie gerade jetzt in maßloser Weise gegen die jüdischen Ärzte gehet und dieses tat ja auch der Angeklagte, dem es darauf ankam, Dr. Chapuzi zu beledigen. Nach Ansicht des Verteidigers der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Walter Schmitt, hat sich der Angeklagte keiner Beleidigung schuldig gemacht, sondern er habe nur eine Werturteil abgegeben; und das Recht, ihm dieses zu verleiern, stände der Judenchaft nicht zu. Das Gericht hielt eine schwere

Beleidigung für vorliegend. Straffbefreiung komme in Betracht, daß sich der Angeklagte zum Zwecke der völligen Heilung der Familie Henschel begeben hat, strafmildernd, daß der Angeklagte auf einem stark wüsten Standpunkt steht. Das Urteil lautet auf 50 Mark Geldstrafe oder zehn Tage Gefängnis. Der Vorsitzende hatte im Laufe der Verhandlung einen Vergleichsvorschlag angeregt, ob sich der Angeklagte mit einer Ehrenklärung begnügen würde. Koosch lehnte aber mit aller Entschiedenheit ab, die Kosten des Verfahrens zu tragen, so daß der Vergleichsvorschlag scheiterte.

**Der Ausbau von Oswitz.**

In Oswitz haben viele Wege gute Verbesserungen durch Beschütten mit Kohlenstaub und Kies erhalten. Besonders zu erwähnen ist hier der Radfahrerweg von der Rathenaubridge bis nach Kanfern. Das Zwischenstück von der Oswitzer Fähre bis an die noch immer so unheimlich wirkende Brandruine soll im Laufe des Sommers auf dem Radfahrerweg ausgebaut werden, daß das flachere Gelände der Doßitz so geneigter werden kann. In dem die Radfahrer unter den großen Eichen an der Oberen Langgasse werden, um an der Chaussee in den eigentlichen Radfahrerweg hineinzuführen. In den Teilen des Oswitzer Parklandes, wo der jetzige Eisenbestand durch verringertes Grundwasser besonders schädigt geworden ist, sind in der Hauptsache, je nach den Bodenverhältnissen, Nachpflanzungen mit Kiefern und Fichten vorgenommen worden. Dabei konnten im Winter über hundert Erwerbslose mit Rigolarbeiten beschäftigt werden.

Durch die ausgedehnten Neupflanzungen wird auch die Unterhaltungsarbeit im Sommer wesentlich gesteigert, weil die Pflanzungen von Antritt freigehalten werden müssen. Es ergibt sich hier wiederum eine ausgedehnte Beschäftigung für weibliche Hilfsarbeiter. Zurzeit sind es bereits 60 Frauen, die diese Arbeiten verrichten.

Wie wir weiter erfahren, soll auch für den Sport in Oswitz etwas getan werden. Die Verhandlungen über den Ausbau eines größeren Sportplatzes für Fußball und Leichtathletik sind in vollem Gange und dürften in kürzester Zeit abgeschlossen sein, so daß die Vereine voraussichtlich noch dieses Jahr zum Abschluß kommen werden.

Die Gemeinde Oswitz hat nunmehr acht zusammenhängende Neubauten fertiggestellt, die am 1. Mai schon bezogen werden können. Dadurch ist die Unterbringung von acht Familien in guten Wohnverhältnissen möglich. In welcher günstigen Weise sich die durch die Gemeinde vorgenommene Kanalisierung der Dorfgräben ausgewirkt hat, kann wohl jeder Spaziergänger bestätigen, der jetzt Oswitz besucht. Nur der sogenannte Kirchweg und Gartenweg ist allerdings noch in einem unangenehmen Zustande. Eine Vorbereitete zur Abgrenzung gegen den verkehrten Fahrweg, der bald eine Befestigung erfahren dürfte, wäre dringend erwünscht.

Mit der in großer Nähe gerückten Eingemeindung von Oswitz wird hoffentlich die Wasserleitung bald den großen Nutzen abgeben, die augenblicklich jeder Bewohner in seinem Rosttopf gewahrt wird. Das Brunnenwasser ist nämlich derartig eisenhaltig, daß es kaum genießbar ist.

Als einen außerordentlichen Mangel empfinden die Oswitzer auch den zwanzig-Minuten-Verkehr der Straßenbahn in den Vormittags- und Abendstunden. Manches, der gerade kommt, wenn ein Wagen weg ist, muß 20 Minuten auf den nächsten warten. Die Kürzung der Strecke bis an die Friedhöfe kann wohl kaum eine große Ersparnis für den Magistrat bedeuten, da das Publikum besonders abends weder nach noch von den Friedhöfen fährt, die Oswitzer jedoch gezwungen sind, auf den zwanzig-Minuten-Verkehr zu warten. Hier wäre also eine Änderung sehr nötig.

Der Feuerchutz in Oswitz hat in den letzten vier Jahren eine wesentliche Verbesserung erfahren; ein weiterer Ausbau ist dringend notwendig, besonders des Löschgerätes. Besserer ist es hauptsächlich, daß die Geräte nur mit großer Vorsicht herausgezogen werden können. Es ist zu hoffen, daß mit der Eingemeindung auch hier Abhilfe geschaffen wird. Das Friedhofsgelände hat sich außerdem vergrößert.

Als großer Mangel empfinden die Oswitzer auch die Kieleselder zu betraden, die in der Nähe der Wohnungen und Restaurationen im Sommer unerträgliche Dünste verbreiten und Bruchstätten für die Müden abgeben. Es wäre wirklich zeitgemäß, diese Kieleselder an der „Waldmannstrasse“ verschwinden zu lassen, und die Wasser anders abzuleiten.

Der Radfahrerverkehr durch Oswitz ist außerordentlich stark. An den Sonntagen passieren schätzungsweise 7000 Radfahrer, darunter ganze Vereine, das Dorf und daß auch der Automobilverkehr nicht gering ist, steht man an den zerfahrenen Straßen. Wenn die Verhältnisse in Oswitz heute schon erheblich bessere sind als vor Jahren, so ist das nicht zuletzt das Verdienst des hiesigen Gartenbauinspektors Stelle, dem das dortige Revier untersteht.

**Die Altentafel geschlossen.**

Der Arbeiter Herrmann Bährs war im Dezember v. J. arbeitslos. Am 8. Dezember, am helllichten Tage, begegnete er an der Elisabethkirche einer älteren Frau, die eine Altentafel in der Hand trug. Mit einem Griff hatte er ihr diese entziffen, doch als er verfolgt wurde, warf er sie weg. Diese Straftat führte ihn am Donnerstag vor das Große Schöffengericht, um sich wegen Diebstahls im Rückfalle zu verantworten. Hätte die Frau die Tafel festgehalten und er bei der Wegnahme Gewalt angewandt, so hätte die Anklage auf Strafbestand lautete und eine schwere Strafe hätte seiner gewartet. So berichtigte das Gericht seine Rolle und erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

**Die Tierkrankheits- des Tierärztvereins.**

Eine Tierärzterversammlung im Bürgergarten befaßte sich am Dienstag abend mit der seit einem halben Jahre bestehenden Tierkrankheits- des Tierärztvereins Breslau. Oberpostsekretär Waller erläuterte die Ziele und Aufgaben der Tierkrankheits-, die einmal den Zusammenhalt aller Tierärzte und Tierhalter ermöglicht, dann aber auch dahin wirkt, daß die Hundsteuer auf ein erträgliches Maß herabgesetzt wird. Die Tierkrankheits- will ferner mit dem Tierärztverein zusammen arbeitende Arbeit über Tierkrankheiten, vor allem bezüglich der Tollwutgefahr, leisten, da im Publikum noch viel Unwissenheit über das Wesen der Tollwut herrscht. Ihre Hauptaufgabe aber sieht die Tierkrankheits- darin, den Tierhaltern in Erkrankungsfällen ihrer Tiere rechtzeitig tierärztliche Behandlung unentgeltlich zu gewähren. Soweit sich aus den Beiträgen zur Tierkrankheits- monatlich eine Summe von Beiträgen zur Tierkrankheits- — einmalige Beiträge ergeben sollten, Mebes hielt dem Tierärztverein zur Unterhaltung seiner guten Beziehungen zu bemerken sei noch, daß der Monatsbeitrag für ein Pferd fünf Mark beträgt und drei Mark für ein Hund. Ueber Tierkrankheits- für Katzen und andere Tiere ist Auskunft bei der Geschäftsstelle, Paulstraße 27, Telefon 5012, einzufordern. In jedem Mitgliedsbeitrag der Tierkrankheits- wird auch das sehr schöne, inhaltreiche und illustrierte Verhandlungsprotokoll abgegeben. Es besteht freie Tierarztwahl, auch juristische Assistenten werden erwünscht. Die Tierkrankheits- wird in besonderer Weise die Interessen der Tierhalter und Tierbesitzer vertreten, sobald es die Geschäftslage irgend zuläßt, gütlich teilnehmend, unter möglichst in voller Höhe, zu erledigen.

Der Vorsitzende des Tierärztvereins, Herr Scheit, sprach, schloß die Versammlung in einem allgemeinen Wort, das in der Tat eine eingehende Darstellung der Rechte, die auch der Tierärztverein entgegenzunehmen darf. An erster Stelle stehen die Interessen der Tierhalter, die bei der Behandlung der Tiere, insbesondere der Haustiere, zutage treten. Behandelte Tiere können den Menschen nicht die Dienste leisten, die sie zu leisten. Sie sind nicht mehr

**Sozialdemokratische Partei**  
Partei-Zentralrat:  
**Gewerkschaftshaus, Zimmer 36**  
Telefon: Döte 5532

Montag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, in den bekannten Lokalen: Dreffke, Besprechungsraum der Partei. Jedes Parteimitglied über 16 Jahre ist zu dem Parteitag verpflichtet. Die Teilnahme ist unbedingt erforderlich. Es ist für jeden Teilnehmer ein Eintrittsgeld von 1 Mark festzusetzen. Der Parteitag wählt ein Komitee zur Vorbereitung des Parteitagstages. Der Parteitag wählt ein Komitee zur Vorbereitung des Parteitagstages. Der Parteitag wählt ein Komitee zur Vorbereitung des Parteitagstages.

**Von den Arbeiterkinderfreunden.**  
Gruppe 2 (Schmitt). Die Jungen-Gruppe muß heute leider ausfallen. Wir treffen uns Sonntag früh, 7 Uhr, am Heim zur Fahrt. Alle Kinder können daran teilnehmen.  
Gruppe 4 (Hilfsschüler). Wir treffen uns am Sonntag früh, 7 Uhr, am Sonnenplatz und gehen mit der Gruppe 5 auf Fahrt. Jedes Kind bringt einen Hut für den ganzen Tag mit und 20 Pf. für die Straßenbahn.  
**Freiwillige Arbeiterkinderfreunde.**  
A. d. A. Jugend. Alle Mitglieder der Volkshilfenjugend müssen Sonntag die Karten abholen. Geld nicht vergessen!  
**Sozialistische Arbeiterjugend.**  
Beim 1. Jeder bringt bestimmt das Geld zur Volkshilfe mit.

**Konzerte — Theater — Vergnügungen.**  
Gnolltheater. Heute, Freitag, 8 1/2 Uhr, gelangt als 18. Abonnements-Vorstellung der Serie: „Die Schwestern“ zur Aufführung.  
Volkstheater. Heute und die folgenden Tage „Spiel im Schloß“, der große Lustspiel des Nobeltheaters.  
Theater. Heute um unabweislich leiten Male: „Kajane“, Sonntag, um 8 Uhr, abends 7 Uhr, in der Wohnung des Direktors, Grünstraße 10, treffen sich sämtliche Funktionäre und das Komitee.  
Jugendtheater (Gruppe Hilfschüler). Alle Kinder treffen sich Sonntag zur Fahrt um 11 Uhr am Silesianer Platz.  
Jugendtheater. Mittwoch, den 11. Mai: Generalversammlung. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht, Gedenkbuch und Wahl der Delegierten.

**Bereinstellender.**  
Breslauer Metallarbeiter-Verein. Inalltag und Keller. Sonntag, den 8. Mai, vormittags 10 Uhr, im Zimmer 6: Branchen-Versammlung. Vertretung der Leute: Sonnabend, den 7. Mai, 7 Uhr, Zimmer 20.  
Vereinstellender. Sonntag, den 8. Mai, vormittags, in Kobornitz bei Götz: Versammlung. Jedes Mitglied der Vereinstellender hat zu erscheinen.  
Gewerkschaft „Realisten“ (Mitglied des V. U. S.) veranstaltet anlässlich seines 10-jährigen Bestehens am 7. Mai im Amerikanischen Vergnügungspark, Gendau, ein Ankermess und Vorkonzert mit anschließendem Fußball. Wie laden hiermit sämtliche Freunde und Gönner ein.

**Morgen Sonnabend**  
abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 13

**Notstandsarbeiter-Versammlung**  
für Parteimitglieder der S. P. D. und Reichsbanner  
Vortrag des Genossen Stadtrat Tilch über:  
„Löhne und Arbeitszeit der Notstandsarbeiter“  
Eintritt nur gegen Partei- oder Reichsbannerausweis

zum Beispiel mit Maschinen um, aber wie außerordentlich groß mit den Tieren!  
Besonders auf die heranwachsende Jugend müsse ein gewirkt werden, damit das Mitgefühl und die Hilfsbereitschaft wieder Platz greifen. Dem Weg hierfür ebenen die Tierchutzvereine. Sie haben eine mühselige, aber hohe und heilige Aufgabe zu erfüllen. Der daher Rohheit und Grausamkeit, besonders gegen die Tiere, verabscheut, unterstütze den altbewährten Tierchutzverein durch seine Mitgliedschaft oder durch freiwillige Zuwendungen.

**Berufsberatung und Schulen.**  
Mit der wachsenden Bedeutung, die die Berufsberatung für die richtige Berufswahl der Jugend wie für das Wirtschaftsleben gewinnt, hat sich immer mehr die Notwendigkeit herausgestellt, auch die Schulen jeder Art zur Mitarbeit an der volkswirtschaftlich wie sozialpädagogisch gleich bedeutsamen Aufgabe der Berufsberatung der Jugend von der Schule in den Beruf zu beteiligen. Diese unentbehrliche Mitwirkung der Schule bei der Berufsberatung darf jedoch nicht dahin führen, daß die Schule, die die Lage des Arbeitsmarktes weder im ganzen noch in einzelnen Berufsgruppen zu übersehen vermag, auch die Berufsaufklärung übernimmt. In solchen Maßnahmen sind grundsätzlich die Arbeits- und Berufsberater zu berufen. Deren Bemühungen aber werden durchkreuzt, wenn die Schulen selbst Berufsberatung, Lehrstellungsvermittlung und Arbeitsvermittlung betreiben, vielleicht auch, wie es gelegentlich geschehen ist, durch Werbemaßnahmen für einzelne Berufe selbst berufspolitische Maßnahmen in die Wege leiten.  
Der Handelsminister ordnet deshalb, wie der Amtliche Preßdienst mitteilt, für alle ihm unterstellten Schulen in einem Erlasse an, daß sie sich sowohl der Berufsberatung als der Lehrstellungsvermittlung zu enthalten haben. In der Regel werden diese gemeinnützigen Schulen von Personen besucht, die die Wahl des Berufes bereits getroffen haben; meistens liegt also Veranlassung zur Berufsberatung und Lehrstellungsvermittlung nicht mehr vor. Handelt es sich um die Notwendigkeit einer Umberatung oder — wie etwa in den Klassen für Ungelernte in gewerblichen Berufsschulen — um eine nachträglich notwendig werdende Berufsaufklärung, so werden sich die Schulen auf allgemeine Belehrung und Beeinflussung zu beschränken und gegebenenfalls die zu Beratenden den Berufsberatern zur Verfügung stellen. Der Minister legt Wert darauf, daß die Lehrkräfte ihre Hochachtung und Mitarbeit dabei dem Berufsberater auch häufig zur Verfügung stellen. Die gleichen Gesichtspunkte sind auch für die Lehrstellungsvermittlung maßgebend, jedoch erklärt sich der Minister damit einverstanden, daß die ihm unterstellten Schulen in geeigneten Fällen für etwa bei ihnen angemeldete offene Stellen abgehende Schüler empfehlen, wobei jedoch Wert zu setzen ist, ob die Berufsaufklärung nicht mit dem gleichen Erfolge von den Berufsberatern wahrgenommen werden könnte. Vor allem ist zu vermeiden, Stellen mit abgehenden Schülern zu belegen, wenn gleichwertige ältere Arbeiter oder Angehörige arbeitslos sind oder werden. Die hochqualifizierten Schüler dem zuständigen Arbeitsamt einen Monat vor dem Abgang mitteilen und anzugeben, wieviele bereits eine Stelle bestimmt in Aussicht haben. Schließlich ordnet der Minister an, daß die ihm unterstellten Schulen aller Art jede Werbematériel für bestimmte Berufe, jede Sammlung von Berufsbeschreibungen sowie jeden Hinweis auf eine irgendwelche eigene Berufsaufklärung zu unterlassen haben.

**Künftiger Weiterbericht des Meteorologischen Observatoriums in Breslau.**  
Kleitern bei Breslau.  
(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)  
Im Laufe des Mittwochs gelangen bei Substanzänderung in den Bereich des Observatoriums bei Breslau, die auf dem Donnerstag bei aufsteigender Witterung die Temperatur allgemein 20 Grad überstieg. Da mit dem Einbringen etwas höherer Luftmassen zu rechnen ist, so dürfte es zu verbreiteter, zum Teil zäher Bewölkung, kommen.  
Wünschen für das schlesische Hochland und Mittelgebirge:  
Bei schwacher Aufbewegung wolfig, zeitweise neblig, vereinzelt Regenschauer oder Gewitter, warm.  
Wünschen für die schlesischen Hochgebirge:  
Etwas windig, wechselnde Bewölkung, zeitweise Regen, warm, keine Schneefälle.

**Sezte Wetternachrichten.**

Datum:	Temperatur			Wetter	Wind	Niederschlag	Höhe
	heut	Maxim.	Min.				
8. 5. 27.	früh	seit 24 Stunden	früh				
Grünberg	10	22	11	hell	SW 1		
Grünberg	13	20	10	hell	SW 1		
Görlitz	10	22	11	hell	SW 1		
Grünberg	9	18	8	hell	SW 1		
Grünberg	7	11	5	hell	SW 1		
Grünberg	8	19	8	hell	SW 1		
Grünberg	9	11	7	hell	SW 1		
Grünberg	18	21	18	hell	SW 1		
Grünberg	18	21	7	hell	SW 1		
Grünberg	12	22	12	hell	SW 1		
Grünberg	18	19	10	hell	SW 1		
Grünberg	18	19	11	hell	SW 1		
Grünberg	14	21	12	hell	SW 1		
Grünberg	14	20	12	hell	SW 1		
Grünberg	11	21	8	hell	SW 1		
Grünberg	11	28	13	hell	SW 1		
Grünberg	11	28	18	hell	SW 1		
Grünberg	18	22	9	hell	SW 1		
Grünberg	12	23	15	hell	SW 1		

**Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse vom 5. Mai.**

Währung	Kurs	Währung	Kurs
1 Pfund Sterling	20,478	100 franz. Francs	12,418
1 Dollar	4,214	100 holl. Kronen	12,470
100 holl. Gulden	168,87	100 schweiz. Francs	81,083
100 belg. = 600 Franken	58,80	100 belg. Kronen	74,28
100 norw. Kronen	108,84	100 dän. Kronen	112,89
100 Dänig. Gulden	81,76	100 Weng. Kronen	70,47
100 österr. Kronen	22,04	100 österr. Schilling	69,35
100 österr. Kronen	112,51	100 österr. Kronen	46,18

Sein dreißigjähriges Ehejubiläum feierte heute der Genosse Alois Schneider, Bärenstraße 42, mit seiner Frau. Genosse Schneider ist ebenso lange Volkswachtleier und Parteimitglied, auch seit der Gründung des Konsumvereins „Vorwärts“ dessen Mitglied. Beide Eheleute gehören dem Verein der Freireisenden an und sind 25 Jahre gewerkschaftlich organisiert. Wir gratulieren herzlich!

Silberhochzeit feiert heute der Monteur Paul Gebauer, Kellertstraße 5, mit seiner Frau. Genosse Gebauer ist seit dreißig Jahren gewerkschaftlich und politisch organisiert, ebenso seit vielen Jahren Volkswachtleier. Wir gratulieren herzlich!

Silberhochzeit feierte der Genosse Paul Becclewitz, und seine Ehefrau Maria, geb. Kunze, am 4. Mai. Die Zeitung ist seit 25 Jahren im Hause. Wir wünschen dem Jubelpaar noch viele weitere Jahre treuen Zusammenlebens.

Die „Volkswacht“ ist auf dem diesjährigen Landwirtschaftlichen Maschinenmarkt im Zeugnisjahr der Annonsen-Expedition Richard Landsberger im Meschhof vertreten und kann täglich frisch von jedermann unentgeltlich dort eingesehen werden. Zugleich kann jedermann im Zeugnisjahr Landsberger Korrespondenz diktiert und auf der geräucherten Remington kostenfrei geschrieben erhalten.

Die Schlesische Jungfrauen tritt Sonnabend, den 7. Mai, mit einem vollstündigen Buntabend im Lunapark vor die Öffentlichkeit. Das heutige Orchesterquartett, das sich durch seine Tätigkeit bei den schlesischen Sendern schnell in ganz Deutschland einen guten Namen gemacht hat, ein sprechender Gast, Kurt Wernia aus Königsberg, endlich die Namen Götz, Karl, Ludwig, Manfred, Lommel und Viktor Heinz, die hier für einen vergnügten Abend. Im zweiten Teil werden die allen Hörern bekannten Eheleute Paul und Pauline Neugebauer mit ihrer Nichte (Hilde Wenzel vom Lohethaler) und unter Mitwirkung sämtlicher anwesenden Künstler ihren Spezialtänzen Kundgebung auf Welle 05 in Betrieb setzen. Zum Schluß spielt die Kapelle unter Leitung von Dr. Alfred Lohmeyer zum Tange auf. Der Reinertrag ist für den weiteren Aufbau des Breslauer Zoo bestimmt. Den auswärtigen Besuchern des Maschinenmarktes ist damit Gelegenheit geboten, ihre Lieblinge aus dem Rundfunk einmal persönlich kennen zu lernen.

Die Musikanten-Gruppe der WSO. hält am Dienstag, den 10. Mai, abends 8 Uhr, ihre fällige Monatsversammlung im Saale des „Fürstentums“, Silesianerstraße 8, ab.

Unentgeltliche Brieflieferung auf dem diesjährigen Landwirtschaftlichen Maschinenmarkt ist den Ausstellern und Einführern im Zeugnisjahr der Annonsen-Expedition Richard Landsberger (Meschhof, Ecke 100) geboten durch die Remington-Schreibmaschinen-Gesellschaft (Gartenstraße 60), welche die Büromöbel für die Zeugnisjahr-Ausstellung gestellt hat und auch Maschinenbittate auf der geräucherten Remington täglich von morgens 9 bis abends 5 Uhr entgegennimmt und kostenfrei auf gelieferten oder überlassenen Korrespondenz-Formularen niederschreibt.

Straßenparierungen. Wegen Erneuerung des Holzplasters wird die Heiligegeiststraße und die Kirchstraße von der Mühlstraße bis Poststraße in der Zeit vom 16. bis 28. Mai für Fahrzeuge aller Art gesperrt. Wegen Ausführung von Pflasterarbeiten wird der Grünfelder Weg von der Friedländer-Ebert-Straße bis zur westlichen Zufahrtstraße zum Meschhof und die westliche Zufahrtstraße zum Meschhof in der Zeit vom 16. Mai bis 11. Juni für Fahrzeuge aller Art vollständig gesperrt. Wegen Nachrüstung des Hauptgasrohrs wird die Silesianerstraße (Südliche Seite) von der Silesianerstraße bis zur Neuenstraße vom 9. Mai bis 6. Juni halbsperrig für Fahrzeuge aller Art gesperrt.

Versteigerung. Die Handhaben der Straßenbahn aus den Monaten Oktober 1926 bis März 1927 werden Montag, den 16. Mai, vormittags 9 Uhr, in der früheren Tinklerstraße 74, gegen Barzahlung meistbietend versteigert.

Sandung einer Kindesleiche. Am 1. Mai wurde am Necken des Wasserwerkes Silberberg die Leiche eines neugeborenen Kindes (Kunze) aus der Ober gelandet. Die kleine Leiche war unversehrt und muß schon einige Tage im Wasser gelegen haben. Angaben zur Ermittlung der unbekanntes Kindesmutter werden nach Silesianerstraße 46, Zimmer 7, erbeten.

Wem gehört die Uhr? Sei einem wegen Einbruchsdiebstahls festgenommenen Dieber ist eine goldene Damenuhr, Nr. 25535, vorgefunden und beschlagnahmt worden. Es handelt sich um eine Spundgehöruhr; es wird vermutet, daß sie von einem Diebstahl herrührt. Eigentümer oder Personen, welche über die Uhr Auskunft erteilen können, werden ersucht, sich im Zeugnisjahr, Zimmer 58, zu melden.

Warnung vor einem Schwindler. Ein Unbekannter erwiderte sich bei einem Firmennamen elektrische Lampen, indem er die Waren dem Ueberbringer unter irgend einem Vorwande abnahm, um damit zu verheimlichen. Der Betrüger ist 40 Jahre alt, 1,78 Meter groß, hat schmales, blaßes Gesicht, im Oberkiefer einen oder zwei Goldzähne, englisch gekämmten Schnurrbart und blondes, gestricheltes Haar. Er war ohne Kopfbedeckung und trug blauen Anzug. Seinem Wesen nach scheint er stark nervös zu sein. Es wird gebeten, den Betrüger im Zeugnisjahr, dem nächsten Postbeamten zwecks Festnahme zu R. W. IV. 618/27 zu übergeben.

Konzerte.

Arienabend.

Zum Konzert Jan Kiepura fand sich eine Menschenmenge ein, die den großen Konzertsaal fast vollständig füllte. Sie alle wollten den jungen Mann sehen und hören, der uns Kunststücke vollbrachte, plötzlich aus einem Nichts zur Weltberühmtheit aufzusteigen.

Filmschau.

Kristall-Palast. „Die Bräutigame der Babette Bombaling“. Diesmal gab es ein Lustspielprogramm von Qualität. Gleich zwei Schlager. Die Bräutigame der Babette sind nach dem Roman der Alice Berend entstanden und das an sich lustige Thema ist zu fröhlichem Uebermut im Film gesteigert.

Arbeiter-Sport

Fußball.

Gesellschaftsspiele am Sonntag, den 8. Mai.

Table with columns for teams (e.g., Stern I, Stern II, Dels), opponents (e.g., Rapid I, Rapid II), and referees (e.g., Grünert, Dächner, C.).

Serienspiele am Sonntag, den 8. Mai.

Table with columns for teams (e.g., Stern II, Stern III, Stern IV), opponents (e.g., Sturm II, Stern III), and referees (e.g., Knie, Knie, Knie).

Fußball-Vorläufe für den 8. Mai.

Die Serie mit ihren mitunter scharfen Punktspielen ist vorüber, an ihre Stelle tritt die Zeit der Gesellschaftsspiele. Der Kreismeister hat in Arien den künftigen Gegner, Stern, auf eigene Faust im Gräbchen Rapid verpflichtet.

1.30 Uhr nachmittags, mit Ausnahme von 1921 - Wälder, dieses Spiel steigt um 4 Uhr. Resultate und Berichte müssen bis 8 Uhr abends bei Hrla. Zahnstraße, abgegeben sein. Telefon Dble 403.

Naturfreunde-Jugend. Heute, Freitag, treffen wir uns pünktlich 7 1/2 Uhr an der Endstation der Linie 11 und 24. Alle Mitglieder von „Brennende Zeit“ müssen ebenfalls erscheinen.

Freie Turnerschaft 8. Abteilung. Freitag, den 8. Mai, abends 8 Uhr, bei Erner, Schönstraße 17, Monatsversammlung. Freie Turnerschaft 4. Männer-Abteilung. Handball 1. Klasse: Heute abend nach dem Turnen bei Koidel, Kullenk. 13: Dandhaller-Sitzung.

Freie Turnerschaft Breslau-Zweig. Sonntag, den 7. Mai, abends 7 1/2 Uhr, bei Wittke (Erholungsstätte): Monats-Versammlung. Schwimmverein Poseidon, e. V. Sonntag, vormittags von 8 bis 12 Uhr. Arbeitstitel mit im Poseidonbad. Der letzte Sonntag vor Eröffnung des Bades gefordert, daß besonders die Mitglieder erscheinen, die ihre vier Pflichtstunden noch nicht geleistet haben.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Reichshanner Schwarz-Weiß-Gold. Bezirksleitung Breslau (Land) Neumarkt. Abteilungsanordnung. Abteilung 4 West. Sonntag, den 8. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, findet in Hermannsdorf im Lokal von Gade eine sehr wichtige Abteilungsanordnung statt.

Kosenthal. Schwere Unfall. Am Montag, den 2. Mai, vormittags um 11,15 Uhr, ereignete sich in der Gegend der Firma Gebr. Schoeller & Co., G. m. b. H., ein Unfall dadurch, daß der Arbeiter Fritz Renner aus Hünern, welcher mit dem Wagnen der beladenen Wehlören an das Jagdgelände beschäftigt war, von einer plötzlich umkippenden Lore zu Fall und unter die schwere Last zu liegen kam.

Klettendorf. Werbewoche. Zur Fortführung unserer Werbewoche für Partei und „Volkswacht“ ersuchen wir unsere Genossen und Genossinnen, die sich freiwillig zur Mitarbeit gemeldet haben, am Sonnabend, den 7. Mai, abends 8 Uhr, im Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ in Klettendorf sich zur Verfügung zu stellen.

Klettendorf. Sozialistische Arbeiter-Jugend. Wir kommen Sonntag, den 8. Mai, früh 7 1/2 Uhr, an der Kirche zu einer Tageswanderung nach Schalkau zusammen. Punkt 8 Uhr Abmarsch, was später kommt, trifft uns nicht an. Festes Schuh- und Kleiderwerk nicht vergessen und Lebensmittel für den ganzen Tag. Schönes Wetter ist beim Petrus telegraphisch bestellt.

Die Reichshannerkapelle sowie eine Instrumentalkapelle des Reichshanner Vereins mit den Mitgliedern des S. K. „Einigkeit“ und des Arbeiter-Kapellvereins „Solidarität“ und eines Juges der Kleinkinder unserer Bewegung das Werk. Nach dem Umzuge sind in Schreiers Etablissement eine Reorganisierung statt. Die freie Sängervereinigung „Eintracht“ eröffnete dieselbe mit dem Kampfliede „Unser Jagd“. Genosse Winger referierte und führte die Verlesung der Wünsche der jetzigen Regierung vor Augen und forderte die Versammelten auf, einig und geschlossen für die bekannnten Forderungen und für die Sozialdemokratische Partei einzutreten.

Opferan. Gemeindevorstellung. Unter Vorbehalt des nunmehr beständigen Gemeindevorsteher Krenzler verabschiedeten am letzten Sonnabend die Gemeindevorsteher den Haushalts-Voranschlag für 1927/28. Er gleicht sich aus in Einnahme und Ausgabe mit je 28.000 Mark und weist als besonders hohe Posten in der Ausgabe auf: Bei der allgemeinen Verwaltung 4.500 Mark, für die Schule mit zwei Lehrern nach Abzug des staatlichen Beihilfungsgebeldes 5.700 Mark, an direkten Kreissteuern 3.378 Mark und auf Verzinsung und Tilgung von Darlehen 7.216 Mark. Durch Zuschläge von 300 Prozent zur Grundvermögenssteuer und den Gewerbesteuern nach dem Ertrage und dem Kapital soll versucht werden, die notwendigen Ausgaben zu decken. In den ordentlichen Gemeindefinanzhaushalt wurde neu aufgenommen die Friedhofverwaltung, die bisher getrennt von jenem geführt worden war. Der Fürsorgeauschuss wurde durch Zuwahl von Fr. Salzbrunn ergänzt.

Stabelow. Maffeler. Trotz schlechtem Wetter, trotz aller Schikanen, die besonders die Spinnereiarbeiter erdulden mußten, auch hier wurde bewiesen, daß die Hoffnung auf den Sieg unter dem roten Banner im arbeitenden Volke lebt. Da die eigentliche Feier mit Umzug erst nachmittags stattfand, um manchen Genossen Gelegenheit zu geben, mit den Breslawern zu demonstrieren, hatte der Weiterzug ein Einziehen. Über 300 Teilnehmer sammelten sich an der Heilstätte. Nachdem die Musik den Kranken zur Freude ein halbtündiges Ständchen brachte, legte sich der Umzug zum Mark durch Herrnpfaff und Stabelow in Bewegung. In Stabelow hielt Genosse Hans Fe-Breslau eine temperamentvolle Rede, ausklingend in ein beifolgendes Hoch auf unsere Partei und den Waigedanken.

Herrnpfaff. Modernisierung. Man kribelt uns: Der Ausflugsort Sandberg, insofern an der Westkühlung gelegen, hat für sein Gasthaus einen anderen Besitzer erhalten. Noch moderner soll es werden, also noch mehr Kummelplatz, Jagdgelände, vorbei mit der Poésie der Natur. Dort, wo früher die Breslauer Naturfreunde so vielen Proleten in ihrer Heimweilend boten, wo vielen Arbeiterkämpfern in froh freier Luft die Baden rot wurden, dort wird man bald Charleston hüpfen. Wahrlich eine feine Erholung!

Aus dem Kreise Nimptsch.

Zentralverband der Angestellten. Die Monatsversammlung der Ortsgruppe Nimptsch fand am vergangenen Montag bei Gora statt und wurde durch den Vorsitzenden, Kollegen Morawek, eröffnet. Den am Gaujendtag zu Nimptsch in diegenig teilnehmenden Lehrlingen werden die Fahrtkosten sowie der vorgegebene Tagesverpflegungsgeld aus Verbandsmitteln bewilligt. Nach Erledigung einiger organisatorischer Angelegenheiten sprach Kollege Bengmann den Reigenbach in klarer und eindringlicher Art über das Arbeitszeitgesetz. Für die Bezirkskonferenz (Tagungsort noch nicht festgelegt) wurden die Kollegen Morawek, Krause, Witt und Brauner delegiert. Zur Jagdgruppenkonferenz in Diegenig am 12. Juni wurde gewählt Kollege Morawek, als Schlagmann Kollege Witt. Schluß der Sitzung um 7 Uhr.

Einbahnstraße. Nach Bekanntmachung der Polizeiverwaltung ist die Straße „An der Stadtmauer“ bis auf weiteres vom Grundstücken des Tischlereibeherrschers B. Seiffert bis zur Frankensteinstraße als Einbahnstraße für den Verkehr mit Fuhrwerken, Fahrrädern und Kraftfahrzeugen erklärt worden.

Gorkau. Maffeler. Die Veranstaltungen, die von der Ortsgruppe der SPD vorbereitet waren, mußten im Saal stattfinden. Der Arbeitersangverein erfreute mit Kampfliedern, außerdem fand ein Konzert statt. Die Feste die hielt Genosse Kaufe-Breslau. Während der Feste zogen draußen mit Musik und Trara ein Arbeiterbündel sogenannte Frontkämpfer vorüber, die sich nichts nützlicheres leisten konnten, als so die Einheitsfront aller Arbeitenden zu demonstrieren. An unserer Feier beteiligten sich über 190 Personen; ein gemühtliches Tanzkränzchen beendete die Veranstaltung.

Breslauer Produktendörse.

Mittliche Notierungen der an der Breslauer Produktendörse vom 5. Mai gegählten Preise in Reichsmark für lokaler Bezugszahl (nur für den Fall der Preisänderung) ab lokaler Verladung in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln und Sämereien, die sich transparent Breslau verladen). Tendenz: Getreide: Fest - R. 1200/1210; Bei schwachem Angebot fest - Futtermittel: Fest - R. 1200/1210.

Table with columns for products (e.g., Getreide, Weizen 75 kg, Roggen 71 kg) and prices in Reichsmark.

Spezialtarif für rote und weiße 4,50 für je 50 kg. Gütervermittlung. Rückgebende mittlere Preise für Gütervermittlung verstehen sich für 100 Kilogramm Cartat Wagon frei Breslau für ganze Wagenladungen.

Advertisement for Eduard Freund, Reuschestraße 52, featuring a large stylized logo and address.

Advertisement for clothing items: Stoff-Knabenanzüge (Mk. 8-15), Stoff-Beimieder (Mk. 5-10), Herren-Anzüge (Mk. 15-50), Sport-Anzüge (Mk. 10-18).

# Vereinigte Pommersche Meiereien A.-G.

eröffnen morgen Sonnabend, den 7. Mai, die

## 8. Verkaufsstelle Klosterstraße 6 (an der Feldstraße)

Unser Grundsatz ist: Stets beste, frische Ware zu den billigsten Tagespreisen

Unsere übrigen 7 Verkaufsstellen befinden sich:

Gräbschener Straße 33    Höfchenstraße 16    Sadowastr. 34  
Viktoriastr. 104 b, Nikolaistr. 65/68, Matthiasstr. 134, Adalbertstr. 9

Brot, Schokolade

Margarine

Käse, Eier

Marmeladen

### Stadttheater

Freitag 8 1/2 Uhr:  
18. Wonn-Barstellung  
Serie C

### Opertheater

Sonnabend 7 Uhr:  
„Der fliegende  
Holländer“

Sonntag 8 Uhr:  
Erstes  
Mai-Festspiel  
„Sinfonia“

### Schauspielhaus

Operettenbühne  
Tel. Stephan 36300.  
Täglich 8 Uhr:  
Der neue glänzende  
Operettenerfolg!

### „Jugend im Mai“

Sonntag, nachmittag 3 1/2 Uhr:  
„Die kausche  
Susanne“

## Kunterbunter Rundfunkabend im Lunapark am 7. Mai 1927, abends 8 1/2

Karten bei Barasch,  
Radiogeschäften und  
an der Abendkasse.

## Zirkus Renz in Breslau

Uraufführung der Sensation  
Ah-Lichtsplele

### Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch	Pfd.	0.80 u. 0.90
Lungenfett		0.85
Rindfleisch ohne Knochen		1.00-1.30
Soppenfleisch		0.70 u. 0.80
Kalbfleisch		0.90-1.10
Kalbfleisch ohne Knochen		1.30-1.50
Ranchfleisch		1.20-1.30
Pökelfleisch		1.00-1.10
Gepökelte Elabene		0.80
Gulaschfleisch		0.70 u. 0.80
Gehacktes		0.80
Reines Schweineschmalz		0.90
Leber- und Preßwurst	1/4 Pfd.	0.20
Knoblauchwurst Pfd.	0.70, Polnische	0.90
Mettwurst u. Braunschweiger	1/4	0.25
Preßkopf und Mortadella	1/4	0.30
H. Aufschnitt	1/4	0.40
Gehackten Schinken	1/4	0.50

sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren  
empfehlen zu billigsten Preisen 7667

Adolf Weiß, Moltkestraße 13.

### „Bergkraft“



zum  
Frühstück  
ges. geschützt  
Diese Marke bürgt  
für Qualität.  
Flasche 24 Pf.

General-Vertr.  
für Breslau:  
Frl. Hugo Lüdcke

## 100 000 Liter

Wein, das sind 20 Waggons. Diese riesige  
Menge wurde von uns in ganz kurzer Zeit  
in unseren 5 Geschäften:

Höfchenstr. 48 | Leuthenstr. 10  
Blücherplatz 20 | Klosterstr. 64  
Michaelsstraße 3

umgesetzt. Diese Zahlen beweisen die  
unübertroffene Güte und unsere Billigkeit.

Wir bieten einschl. Flasche an:

Tarragona (süß)	p. Fl.	1.25
Malaga (vollsüß)	p. Fl.	1.30
Südwein Exquisit	p. Fl.	1.50
Vermoutwein	p. Fl.	1.50
Bowlenwein (Mosel, Rhein)	p. Fl.	1.20
Rotwein (feurig)	p. Fl.	1.20
Cyder (süß)	p. Fl.	0.65
Heidelbeerwein (süß)	p. Fl.	0.80
Johannisbeerwein (süß)	p. Fl.	0.85
Schaumwein Frucht zur Bowle	p. Fl.	1.45

Weinkellerei

## Herzberg & Co.

### Lobe-Theater

Tel. Ring 6774  
Freitag, Sonnabend 8 Uhr:  
„Spiel im Schloß“

Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:  
Halbe Preise!

### „Die deutschen Steinbrüder“

Freitag, Sonnabend 8 Uhr:  
Zum letzten Male!

### „Dolpene“

Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:  
Zum ersten Male!

### „Die Witzhühner“

Darauf:  
„Der zerbrochene Krug“

### Liebig-Theater

Tel. Stephan 34646.  
Nur bis 15. Mai einschließl.  
Täglich 8 Uhr:

### Der sensationelle Erfolg der Mai- Variétéprogrammes

Brill. Eintrittspr.  
von 50 Pf. an.

Vorverk. ununterbr.  
an der Theaterkasse  
u. Verk.-B. Barasch.

### Parteilreunde

kauf an Bahnhöfen,  
verlangt in Hotels,  
Restaurants, Cafés  
stets die

### Volkswacht

Schöne elegante  
Kleidung

### Stadt-Licht

Herm. Mohaupt  
Raststraße 1, I. Tel. 2.1261  
früher Albrechtstraße.

### Zur Allthees

und Matzigen, die  
innerhalb 14 Tagen  
und Abkauf des  
Kaufpreises nicht  
abgeholt, kann eine  
Geweibe für Wasser-  
wahrung nicht über-  
nommen werden.

### Verlag des Volkswacht



Unwiderruflich  
nur bis Montag!  
Henny Porten

in ihrem besten Schlager der Saison  
Rosen aus dem Süden

— 6 Akte. —

Ferner: Hoot Gibson in  
„Zirkus Wild-West“

— 7 Akte. —

Deutig-Woche

Sonntag 3 Uhr: Gr. Kinder-Vorstellung:  
Zirkus Wild-West u. Grotoske.

### TON Fürsten- straße 32.

### Bismarck, II. Teil

Der Film der Deutschen!

Täglich 1/3, 1/7 und 1/9 Uhr  
Sonntag 2, 1/5, 1/7 und 1/9 Uhr  
Kinder zur 1. Vorstellung ex. halbe Preise.

### Zentral-Ballsäle

Westendstraße 60/62  
Stadtbahn-Linie 1 und 21    Telefon Obli 1712

Montag: 7666

### Großer Walzerabend

ausgeführt vom  
Ersten Breslauer Sinfonien-Orchester  
Eintritt 35 Pf.    Eintritt 30 Pf.

Jeden  
Sonntag: **Großer Tanz**

### Druckerei Volkswacht

Breslau 2    Hauptstr. 4/6

## Stiebler's billiger Lebensmittel-Markt!

### Stiebler's Kaffee

bleibt die führende  
Qualitätsmarke

1/2 kg 2.20 bis 4.40

### Simonaden-Fruchtsäfte

Süßholzwurzel-Saft die 1/2 1/4 1/2 Liter-Flasche  
1.70 1.25 0.75

Risikofast 1/2 Liter 1.10, 1/4 Liter-Flasche 1.90

Johannisbeer 1/2 Liter 1.00, 1/4 Liter-Flasche 1.80

Erbsen-Saft 1/2 Liter-Flasche 1.60

Zitronen-Saft mit Fruchtstück  
die 1/2 1/4 1/2 Liter-Flasche  
1.80 1.00 0.65

### Dörrobst

Feinste Drogen-Pflaumen 1/2 kg 0.52 0.60

Karlsbader Kuryplausmen 1/2 kg 0.90

Karlsbader Kuryplausmen ohne Kerne 1/2 kg 1.20

Kaff. Birnen 1/2 kg 0.68 0.78 1.00

Kaff. Pfirsiche 1/2 kg 1.04 1.16 1.30

### Unser Schlager: Zettel die neue Mabel

in originellen Bauernhäuschen. Beste Paris-  
griech-Eiersauce, Loder und Käse im Ge-  
schmack, vollkommenster Erfolg für selbstgefertigte  
Madelin 1/2 kg 0.75

in Paketen à 1/4 und 1/2 kg.  
Jede Madel trägt in Packung unsere Firma,  
wir bürgen daher für die Güte der Ware.

### Breslauer Kaffee-Rösterei

## Otto Stiebler

Breslau, Zwingerplatz 5 und 30 Filialen.

### Feischobst

Echte Santa Maria Picotia-Orangen  
Blut mit Doppelblut gemischt

Die besten Früchte der Saison

1 Kiste 180 200 Stück Mt. 24.00

1/2 Kiste 80 100 Stück Mt. 12.50

1 Dgd. 2.00 1.60 Mt.

Messina-Zitronen . . . . . 1 Dgd. 0.05

### Sonderangebot!

Karotten, geschnitten . . . . . Doje 1 kg 0.36

### Butter und Käse

Schleifische Mollereibutter 1/2 kg 1.84

Beste Auslandsbutter 1/2 kg 1.74

Schweizer Käse, groß gelocht 1/2 kg 1.40

Emmentaler Käse, ohne Rinde 1/2 kg 1.80

Chamer und Elfter Käse 1/2 kg 0.84

Altgauer Vimbürger 1/2 kg 0.80

Alpenhain Camembert . . . . . Schachtel 0.20

Deutscher Chester-Käse 1/2 kg 1.20

Harzer Käse . . . . . 3-Pfd.-Kiste 1.30, 1/2 kg 0.45

### Milchprodukte

Bildlinge . . . . . 5-Pfd.-Kiste 2.30, 1/2 kg 0.50

Speckfärdern . . . . . 1/2 kg 0.80

Für den  
Muttertag, am Sonntag, den 8. Mai,  
bieten wir praktische u. preiswerte Geschenke  
in besonders geeigneter Aufmachung an.

# Für die Frauen

## Der Proletarier und seine Frau.

Von Lajos Nagy.  
(Einzig autorisierte Uebersetzung aus dem Ungarischen  
von Maurus Mezei, Wien.)

Die Frau sah in der Küche auf einem Schemel. Das Mittagessen war schon zubereitet; die Kartoffelsuppe hat sie von der Pfanne des Ofens ein wenig fortgeschoben, und an deren Stelle das Bohnenmehl hingehoben, denn es ist gut, wenn dieses je weniger ist; in einer kleinen Pfanne auf der Herdplatte prasselte das Schweinefleisch in seinem Fett. Es war bereits zwei Uhr geworden, aber ihr Mann war noch immer nicht da. Drinnen, im einzigen Zimmer, war der Tisch gedeckt. Die Frau stand auf dem mittelhohen Stuhl, mit einem Knöchel, aber nicht ohne ein wenig Gesicht, sie schnitt sich ein Stück Brot ab, setzte sich darauf auf den Schemel und begann in ihrer Langeweile an dem süßen Brot zu knabbern. Die Zeit verging, die runde Wanduhr zeigte vier, fünf, sechs, dann halb drei. Die Frau nickte ein wenig ein, denn es war drückend heiß in der Küche.

Plötzlich kam der Mann. Auf dem Korridor waren seine dröhnenden Tritte zu vernehmen, er schlug mit der Faust auf die Tür und öffnete sie mit brutaler Kraft die Tür er stieß sie gleichsam auf. Einige Augenblicke schaute er sich forschend, witternd um, er blickte auf den Ofen, auf die Frau, dann brummte er etwas, so ähnelnd wie „guten Tag!“ Er trat geräuschvoll in das Zimmer, warf seine Chauffeurmütze auf das Bett, mit gerunzeltem Stirn blickte er um sich, um seinen Mundwinkel zuckte ein bitterer Zug, dann begann er auf und ab zu gehen. Er trug Stiefel, der Bretterboden dröhnte. Die Zimmertür hatte er hinter sich halb offen gelassen, nach einer Minute blieb er in der Tür stehen und rief hinaus:

„Na, gehen wir, gehen wir! Es ist ohnehin schon spät!“

Die Frau bewegte sich wahrlich langsam. Sie hatte durchaus keine Lust zu springen, denn schon der Blick, der Gruß ihres Mannes gefiel ihr nicht. Sie nahm einen Suppenschöpfer herbei, trug den Topf mit der Suppe hinein und teilte davon in den Teller des Mannes. Der Mann begann zu essen, er warf aber sofort den Löffel weg und seine Hand ballte sich zur Faust.

„Die Suppe ist schon wieder heiß! Man muß sich ja den Mund verbrennen“, brüllte er. „Das ist denn doch ein Skandal, wo sie mit dem Mittagessen schon vor einer Stunde hätte fertig sein sollen.“ Schrie er, als würde er die Sache irgendeiner anderen dritten Person erklären, „und sie bringt sie doch kochend herein. Natürlich, sie läßt sie dort auf dem Feuer, sie kann es nicht auf die Seite rücken!“

Dann blickte er der Frau verächtlich in die Augen.

„Du hast nicht sonderlich Verstand, wie eine Henne!“

Die Frau unterdrückte ihre Gereiztheit, aber sie sprach doch mit dumpfer, ruhiger Stimme:

„Sie war zur Seite gerückt!“

„Natürlich zur Seite! Deshalb ist sie ja so heiß, wie Feuer. Man müßte dich einmal in eine Wanne mit solch „zur Seite gerückter“ Suppe setzen! ... Und dann, weiß Gott, wie lange das schon auf dem Feuer brodeln! Sie ist wie ein Pflaumenmus. Das soll eine Suppe sein? ... Schau, daß du damit herauskommst, trag sie zum Teufel, sonst schütte ich sie dir auf den Kopf.“

Die Frau war schon bleich. Sie wollte seufzen, aber sie unterdrückte auch das. Sie sagte bloß kurz, heiser:

„Sie ist schon über eine Stunde fertig. So spät pflegt du nie zu kommen.“

Mit der Suppe war es also nicht in Ordnung. Auch gegen das Fleisch, gegen das Bohnenmehl machte der Mann verschiedene Einwendungen. Er zischte, fluchte, warf der wankenden Frau wahre Schlangenblicke zu. Das Fleisch war viel zu mager, obwohl er schon hundertmal gesagt hat und die Frau es auch sehr gut weiß, daß er halbfettes Fleisch liebt. Und wozu dieses viele Fett, in dem es schwimmt? Die Bohnen sind wie Kleister! Und wozu einen eigenartigen Geschmack haben, vielleicht ist es wirklich ein Kleister! Warum hat sie nicht ein bißchen Essig hineingeschüttelt, damit es wenigstens davon Geschmack bekommt. Die Frau sprach kein Wort. Aber wegen des Essigs machte sie doch die Bemerkung:

„Du hast doch ohnedies oft Sodbrennen.“

Der Mann brauste auf:

„Kümmere dich nicht um meinen Magen! Es ist denn doch eine niederträchtige Gemeinheit, daß, was immer ich auch sage, als würde ich zur Mauer reden, und nicht um die Welt würdest du etwas so machen, wie ich es will.“

Der Mann wurde ganz rot, seine Halsadern schwellen an, er hand auf, brüllte und fuchtelte mit den Händen. Er war ein großer, starker Mann, seine Stimme dröhnte, aber manchmal erwiderte sie in einem heiseren Röcheln. Seine Augen sprühten Funken und das Zucken des Gesichtes und des Mundes zeigten keine sinnlose Wut so schrecklich, daß es einem Beobachter scheinen mußte, als würde sein Mund gleich zu schäumen beginnen und als wollten seine Augen blutunterlaufen hervortreten.

Die Frau zitterte, sie fürchtete sich, aber in ihrer Verzweiflung begann sie den Mann jetzt schon mit entschlossener Boswilligkeit wild zu machen, indem sie sich gegen das Fenster wendete und mit flüsterndem Drohen sagte:

„Die Nachbarn hören jedes Wort! Sie werden sich von dir sehr schön denken!“

Der Mann begann fast zu toben. Was kümmern ihn die Nachbarn, diese Bagage, wie magt es die Frau, ihm mit den Nachbarn zu kommen, wenn sie noch einmal solchen Unfug redet, nicht er für sich nicht gut, er weiß nicht, was er tun wird, aber etwas wird geschehen! Und sie soll den Mund halten, wenn er spricht und nicht frech sein!

Er ging wildend auf und ab, der Frau hin und wieder ein Schimpfwort zuwerfend. Die Frau ließ nur hier und da ein Wort fallen, sie geht auf und davon und kommt nie mehr zurück, dann ging sie hinaus in die Küche und wusch die Tür hinter sich schließen. Der Mann sprang ihr nach und rief die Tür auf.

„Vertriebe dich nicht, wenn ich dir deinen elenden Kopf wasche, daß der Teufel!“

Die Frau sagte nach einer Weile:

„Was heißt denn eigentlich dem Essen?“

Damit wurde das Glas voll. Der Mann stürzte zum Tisch, warf das Gemüse zur Erde, der Teller zerbrach in Stücke. Dann packte er seine Mütze und lief davon, die Tür hinter sich zuschlagend, daß ein Stück Mauer herunterfiel. Die Frau stand wortlos, sie starrte eine Weile auf die Tür, hinter welcher der schreckliche Mensch verschwunden war. Dann setzte sie sich auf den kleinen Schemel und weinte leise vor sich hin.

Der Mann aber rannte die Treppe hinunter und stürzte hinaus auf die Straße. Dort verlangte er ein wenig seine Schritte, aber er eilte noch immer leuchtend, fast rennend dahin. Als er bei der Ecke in eine andere Gasse einbog, stieß er mit einem vornehmen Herrn zusammen, er stammelte verlegen:

„Barbo-sen!“

Und schon nicht mehr in so raschem Tempo eilte er weiter. Er ging in die Garage. Es war dies eine staatl. Garage, der Mann war Chauffeur, ein staatlicher Angestellter, einem höheren Beamten zugeteilt. Sein Herr hatte ihn für vier Uhr vor seine Wohnung bestellt. Er schaute auf seine Uhr und begann das Auto zu putzen. In diesem Augenblick trat der Garagenmeister ein: „Die anderen putzen die Autos immer dann, wenn sie dieselben einstellen! Dann gehen sie zum Mittagessen.“

Das ist wahr. Er wußte darauf auch nichts zu antworten.

Aber dann fiel ihm sogleich ein, daß die anderen schon längst eingestiegen hatten und auch schon nach Hause gegangen waren, als es anfangt.

## Selbst ist die Frau AUS DER MODENSCHAU DER „FRAUENWELT“



### FÜR DEN SOMMER

G 4011. Gr. 44 und 46. STILKLEID aus marineblauem Wollstoff mit roten Blenden und Stikkerel. Stoffverbrauch 3,20 m 100 cm breit. Bügelmuster 20 Pl.

G 4012. Gr. 44 und 46. STILKLEID aus weißem Rips mit farbigen Krägen und Westeinsatz. Verzierung in Kreuzstich. Stoffverbrauch 3,90 m 80 cm breit. Bügelmuster 30 Pl.

F. Schnitte 90 Pl.



### FÜR DAS ALTER

F 6640. Gr. 46 und 48. Einfacher MANTEL aus Tuch oder Alpaka für alte Damen. Stoffverbrauch: 3,30 m 130 cm breit.

F 6641. Gr. 44, 46 und 48. Schlichtes anliegendes KLEID mit abstechemm Krägen und Westchen für alte Damen. Stoffverbrauch: 3,30 m 100 cm breit.

F 6642. Gr. 46, 48 und 50. Einfache HEMDBLUSE in Passenform und mit Blenden garnierter Rock. Stoffverbrauch: 2,20 m 80 cm breit zur Bluse, 2,30 m 130 cm breit zum Rock.



St 1144. KISSEN (50x70 cm) aus orangefarbenem Rips oder Samt mit Seidensidderel in Silbergrau, Schwarz, Gelb und Weiß. Abplattmuster 8x 14.

PH 6202. 10-12 Jahre. MÄDCHENKLEID aus weißem Volle mit leichter Kreuzstichkerel am Krägen und Rocksäum. Gestücker Westenteil. Stoffverbrauch 2,40 m 80 cm breit. Bügelmuster 40 Pl.

PH 6203. 6-8 und 8-10 Jahre. KLEID aus weißem Waschstoff mit leichter Stilsidderel, Krägen und Stulpen haben doppelte Rüschen aus zarten Spitzen. Stoffverbrauch für 8-10 Jahre 2 m 80 cm breit. Bügelmuster 30 Pl. F. Schnitte 60 Pl.



### RÖCKE -

J 3016. Gr. 44 und 48. BLUSENROCK aus karliertem Phantasiewollstoff. Auf den Hüften sind Falten arrangiert. 1,80 m 130 cm breit. F. Gr. 48.

J 3019. Gr. 44 und 48. BLAUER WOLLSTOFFROCK mit vorderen Falten. Stoffverbrauch: 1,60 m 130 cm breit. F. Gr. 48. Lyon-Schnitte 60 Pl.



### UNDBLUSEN

J 3014. Gr. 44 und 48. BLUSE 2,30 m 100 cm breit für Gr. 48.

J 3015. Gr. 44 und 48. SPORTBLUSE aus rotem Crépe marocain mit weicher, schwarzer Seidenkrawatte, die in Fransen endigt. F. Gr. 48 2,10 m 100 cm breit, 0,30 m Besatzstoff 80 cm breit.

### FÜR KNABEN

U. 321. 6-8, 8-10 und 10-12 Jahre. JOPPENANZUG aus hellem Wollstoff. Mit Breches oder unten offenem Beinleid zu arbeiten. Stoffverbrauch etwa 2,55 m 80-90 cm breit, 80 cm Futterstoff 40 cm breit für das Leibchen.

### SCHNITTMUSTER UND ABPLATTMUSTER ZU ALLEN HIER WIEDERGEgebenEN MODELLEN

Zu beziehen durch die Buchhandlung der „Volkswacht“ in Breslau oder den Verlag der „Frauenwelt“ J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Er setzt sich ins Auto, fährt aus der Garage, hinaus auf die Straße. In drei Minuten ist er vor dem Hause seines Herrn. Raum bleibt er stehen, kommt dieser auch schon zum Tor hinaus. „Gebehnster Diener, gnädiger Herr.“

Er öffnet den Schlag des Autos, verneigt sich ein wenig. Der Herr aber bleibt, bevor er einsteigt, einen Augenblick stehen.

„Wo zum Teufel haben Sie heute früh solange gesteckt?“

Der Chauffeur wird verlegen. Der Chauffeur kann nicht antworten. Auf das läßt sich auch nicht antworten. Er kann nicht antworten, weil er sich nicht getraut zu antworten. Und er müßte doch wie folgt sprechen:

„Aber gnädiger Herr! Haben Sie sich denn nicht beim Bankdirektor bis sieben Uhr früh unterhalten? Zuerst ein glänzendes Nachtmahl, mit Fisch, Braten und Cremebüddel, dann Tanz mit den parfümierten Damen, und später — wie die Dienerschaft erzählt — Bakarra bis in die Früh, oder wie es in der Karrierenprache heißt: bis zum Morgen! Ich aber habe unten von acht Uhr abends bis sieben Uhr früh gewartet. Wir, Chauffeurs — denn es waren mehrere Gäste mit Autos — standen auf der Straße herum, für uns war in der Wohnung kein Platz. Das Auto konnte ich nicht hineinfahren, um ein bißchen zu schlummern, denn das haben gnädiger Herr strengstens verboten. Mich froz, da ein kalter Wind blies, auf dem vorderen, offenen Sitz ließ ich mich nicht schlafen und das ist auch kein Schlafen, und das geht schon so die vierte Nacht. Und dann ist es auch nicht ganz in Ordnung, denn der gnädige Herr dürfte das Auto nur für anti-lische Wege in Anspruch nehmen. Der gnädige Herr fährt mich so an? Es scheint, der gnädige Herr ist entweder sehr dumm oder ein Schurke!“

Kun aber, der gnädige Herr stellte den Chauffeur mit einem Wort zur Rede, weil er sich in der Früh verspätet hat. Dann fügte er noch hinzu:

„Wenn das noch einmal vorkommt, lasse ich Sie abblösen.“

Das „Abblösen“ ist aber eine schwere, sehr schwere Drohung, sie bedeutet ungefähr soviel, wie „strafweise“ Verlesung. Der Chauffeur schwieg also wie ein Hecht. Er prekte den Mund zusammen, schweig und war untertänig. Dieser große, starke Mann vor einer kleinen, bleichen, schlüpfigen Kasse.

Jamohl, er war untertänig und er fürchtete sich. Der Proletarier muß sich um sein Brot fürchten. Wir alle fürchten uns! Früher hat man den Sklaven bei Nacht in Ketten geschlossen. Seither ist man darauf gekommen, daß körperliche Fesseln überflüssig sind. Eine Fessel ist die Angst — und der Sklave fürchtet, sein Brot zu verlieren.

Aber, wenn du dich schon fürchtest, elender Proletarier, wenn du hundert Erniedrigungen am Tag erdulden mußt, wenn du nicht erwidern kannst, kein gleichwertiges Wort sprechen

kannst, und du täglich von Kopf bis Fuß mit unterdrückten Zorn erfüllt bist — deshalb tränke nicht deine Frau und tränke nicht deine Kinder! Wenn die Suppe auch zufällig ein wenig heiß ist, wisse, daß die Ursache deiner rasenden Aufregung nicht die Frau ist. Wisse, daß der gnädige Herr, wenn die Suppe heiß ist, nur den Kellner im Restaurant anbrüllt — aber daheim lächelt er und erzählt seiner Frau mit schmeichelehafter Untertänigkeit irgend-einen Witz. Was du mit der Bitterkeit machen sollst, die dir fast den Schädel bersten macht? Das weiß ich nicht. Oder ich will es nicht wissen, oder ich weiß es und will es nicht sagen. Jetzt sage ich dir nur soviel, die Frau isst in Küche!

### Abbau der Fabrikpflegerinnen.

Gegenwärtig sind in deutschen Fabrikbetrieben nur noch 90 Fabrikpflegerinnen tätig, gegenüber 800 während des Krieges eingestellt. Nachdem also das berühmte „Durchhalten“ und damit auch die dafür notwendigen sozialen Konzeptionen überflüssig geworden sind, ist die Unternehmerhaft undenklich um den Abbau einer durchaus wünschenswerten Volkswirtschaftsrichtung bemüht, die während des Krieges von den weiblichen Abteilungen der Kriegsamter im Interesse der in der Kriegsindustrie tätigen Arbeiterinnen geschaffen wurde. Wenn auch die Demobilisierung naturgemäß einen Rückgang der weiblichen Arbeitskräfte gebracht hat, so steht dieser Rückgang doch nicht entfernt im Verhältnis zu der genannten Verminderung der Zahl der Fabrikpflegerinnen.

### Die türkische Frauentracht

erfand in neuester Zeit durch die Befreiung des Schleiers eine grundlegende Veränderung. Der türkische Ministerpräsident hat ein scharfes Vorgehen gegen die Schleiermode für unumgänglich notwendig erklärt, vor allem aus hygienischen Gründen. Daneben werden moralische Gründe angeführt, weil beobachtet worden ist, daß die Männer, die nie ein Frauenantlitz gesehen hätten, besonders leicht zu moralischen Ausschreitungen neigen, und schließlich kehrt auch fest, daß es eine beliebte Masturbation der Verbrecher ist, sich in Frauenkleidung zu hüllen und so unkenntlich zu machen. Die Städtinnen zeigen sich der neuen Tracht mehr geneigt als die Frauen auf dem Lande, die meist aus religiösen Gründen den Schleier nicht aufgeben wollen. Besonders rühmend ist die Frauenbewegung nach im altbekannten Damaskus. Eine französische Frau, die Gelegenheit zum Besuch eines Harems in Damaskus hatte, berichtet, daß die eine der beiden Töchter des Harems ihr geküßelt habe, wie dort die Frauen nur dadurch eine Teilnahme an der Unterhaltung der Männer ermöglichen können, daß sie sich hinter einem Schirm verbergen.

# Gewerkschaftsbewegung.

## Sand in die Augen der italienischen Arbeiter

Mussolini magna Carta der Arbeit.

Es ist eine bekannte Eigenschaft reaktionärer Regierungen und undemokratischer Herrschaftssysteme, sich besonders sozial zu gebären. Der von den Regierungen der Arbeiterbewegung geführte und in stetem Kampf mit der selbständigen Arbeiterbewegung von den Interessen der Bourgeoisie getrieben und gestützt zur Macht gekommene Faschismus richtet ein ganz besonderes Augenmerk darauf, der mundtot gemachten, ihrer Führer, ihrer Presse, ihres kollektiven Eigentums beraubten Arbeiterklasse als soziale Wohlthäter zu erscheinen.

Das neueste aus diesem Gießebier ist die „Arbeitsverfassung“, die Carta del Lavoro. Sie sollte nach vielfachen und bombastischen Ankündigungen eine Kodifikation aller bestehenden sozialen Gesetze werden und eine Art Normal-Arbeitsvertrag als verbindliche Richtschnur zum Schutze der Arbeiter und Angestellten enthalten. Das Resultat aber ist dürftig, sehr dürftig. Bezüglich der von Mussolini, dem Ministerpräsidenten im Gewerkschaftsministerium, Bonaomi, mit den einfachen Worten begründet wurde: „Praktisch gingen jedoch die Direktiven der Arbeitsverfassung andere Wege. Die Seele (!) des Faschismus, tief revolutionär und politisch in ihrem Ausdruck, konnte sich nicht damit begnügen, eine juristische und technische Systematisierung der in verschiedenen Epochen so verschiedenartig entstandenen Bestimmungen über die Arbeit zu schaffen.“ Mit anderen Worten, Mussolini, der das Dokument selbst verfaßt hat, beschränkt sich auf die Proklamierung einiger schöner Grundsätze und recht unklar gefasster Bestimmungen, die überdies nichts neues bringen. Diese Arbeitsverfassung beginnt mit einer reichlich merkwürdigen Begriffsbestimmung der — italienischen Nation als Organismus, dessen moralische, politische und ökonomische Einheit sich darin ausdrückt, daß seine Zielsetzung, Leben und Ausdrucksformen über denen der Einzelpersonen stehen. Diese schöne Umschreibung endigt natürlich unausgesprochen in dem logischen Schluß, daß der Arbeiter sich einzuordnen hat. Die Arbeit, sei sie intellektuelle, technische oder geistiger Art (diese Dreiteilung ist eine Spezialität Mussolinis), wird dann in Titel II als soziale Pflicht erklärt und als solche, nur als solche dem Schutze des Staates unterstellt. Dann folgen einige noch konfusere und unverständlichere Ausführungen über den Charakter der nationalen Produktion und die grundsätzliche Festlegung der faschistischen Gewerkschaftstheorie:

„Die Berufs- und gewerkschaftliche Organisation ist frei. Doch nur die rechtlich anerkannte und unter der Kontrolle des Staates stehende Gewerkschaft hat das Recht, ihren Berufskreis gegenüber dem Staate oder anderen Vereinigungen zu vertreten.“

Der — nicht gerade von den Faschisten erfundene — kollektive Arbeitsvertrag wird weiterhin als ein Zeichen der „Solidarität der verschiedenen Wirtschaftskreise mit gegenseitigen Interessen“ (die es also doch gibt) und ihrer „Unterwerfung unter die höheren Interessen der Produktion“ bezeichnet. Wehliche Definitionen finden die neu zu schaffende Arbeitsgerichtsbarkeit und die durch das faschistische System angelegte geistliche (!) Gleichheit der Wirtschaftskreise. Bedeutungslos sind diese unklare Schemata dürfte das im Gegenlicht hierzu recht klar formulierte grundsätzliche Bekenntnis zur privatkapitalistischen Wirtschaftsform sein, in dem gesagt wird:

„Der korporative (Zunft-) Staat bewertet die private Initiative in der Produktion für das nützlichste und wirksamste Instrument des nationalen Interesses.“

Natürlich wird im Anschluß daran noch einmal die Eigenschaft des Arbeiters als Mitarbeiter der wirtschaftlichen Unternehmung, deren Leitung dem verantwortlichen Unternehmer zuzuschreiben, betont. Ebenjenseitig nimmt auch die Feststellung in Anspruch, daß die Berufsorganisationen (zu denen auch die der Unternehmer gezählt werden) die Aufgabe haben, für Rationalisierung der Produktion zu sorgen. Der Staat soll in die Produktion lediglich dort eingreifen, wo die private Initiative verfaßt oder staatliche Interessen es erfordern.

Der eigentliche arbeitsrechtliche Teil der Arbeitsverfassung ist nicht viel inhaltsvoller. Kaum ist lediglich die Bestimmung, daß die (Arbeiter- und Unternehmer-) Korporationen Kollektivverträge abschließen müssen, und zwar sollen diese Abschlüsse von den lokalen bzw. provinziellen Organisationen unter Kontrolle der Zentralinstanzen, sofern diese nicht überhaupt an ihre Stelle treten, erfolgen. Im größten Mißverhältnis zu den Ankündigungen steht wohl der nun folgende Abschnitt über den Inhalt der Kollektivverträge, der lediglich vorschreibt, daß die Bestimmungen über die Arbeitsordnung, über Probezeiten, über das Entgelt und über die Arbeitszeit enthalten müssen. Der Lohn ist „jeglicher allgemeinen Bestimmung entzogen und der Vereinbarung der Parteien überlassen“, wobei die von dem faschistischen Institut und dem staatlichen statistischen Amt gebrauchten Daten maßgebend sind. Damit ist faktisch eine Begrenzung der Lohnpolitik nach oben ausgesprochen, denn wie die statistische Statistik bezeugt ist, braucht hier wohl nicht erläutert werden.

Verbieten ist nach der Arbeitsverfassung die Entlassung von Arbeitern wegen einer gewissen Zeitraum (der nicht angegeben wird) nicht überschreitenden Krankheit, wegen Heberaus des Unternehmens in andere Hände oder Dienst in der Armee bzw. im Heere, was im wesentlichen ebenso den bisher üblichen gewohnheitsrechtlichen und gesetzlich festgelegten Bestimmungen entspricht: wie die Vorschriften, daß für Nacharbeit ein Zuschlag zu zahlen sei, wöchentlich ein Ruhegeld eingehalten werden muß, jährlich Ferien gewährt werden sollen und während der Probezeit das Vertragsverhältnis jederzeit gelöst werden kann. Schatz geht es die Strafandrohungen (Geldstrafe, Arrest oder straflose Entlassung) für mangelnde Arbeitsdisziplin.

Ersterebende Mühe, wenn das Ganze nicht der Ausdruck einer blutigen Gewalttätigkeit wäre, der Abschnitt über die Arbeitsnachweise wirken. Einmal zogen die faschistischen Strafexpeditionen unter dem Schlagwort „Nieder mit dem roten Monopoli“ gegen die freigewerkschaftlichen Arbeitsnachweise der Landarbeiter zu Felde, die den Agrarier allerdings eine weitgehende Beschränkung in ihrem Verfügungsrecht auferlegten, da, je nach Jahreszeit und Bodenbeschaffenheit, pro Sektor turnusmäßig eine bestimmte tarifvertraglich festgelegte Anzahl Arbeitskräfte eingestellt werden mußte. Jetzt ist das nicht mehr so. Die Arbeitsverfassung des Regimes Mussolini bestimmt lediglich, daß jeder Bedarf an Arbeitskräften durch den Arbeitsnachweise nach der Reihe der Vorrangung unter Vorrang der Parteimitglieder und Angehörigen der faschistischen Verbände zu decken ist. Doch allgemeiner, wie der übrige Staat zu nichts verpflichtende programmatische Beschränkungen über die Sozialversicherung, die anzusehende Gründung paritätischer Krankenkassen in den Betrieben und die Berufsausbildung bezeugen dieses weitgehenden Bekanntheit faschistischer Sozialpolitik. Selbst bei mangelhafter Prüfung ist in ihm keine Bestimmung zu entdecken, die dem einzelnen Arbeiter oder auch den Gewerkschaften des Herrn Mussolini, die bekanntlich zu ihren Funktionen nur 50 Prozent der in ihrem Berufskreis vorhandenen Arbeiter organisieren zu haben drängen und die übrigen 50 Pro-

zent darin bestehen dürfen, in irgendeiner Weise einen klaren Anspruch ermöglichen werde. Das Ganze ist lediglich, wie alle sozialpolitischen Experimente des Faschismus, ein Täuschungsmanöver, eine verpackte Bisse, die den geknechteten Proletariaten des unglücklichen Landes das bittere Brot ihrer Unfreiheit verschlecken soll.

## Die Strafbarkeit des Arbeitnehmers bei Sonntagsarbeiten!

Zur Frage der Verurteilung gewerblicher Arbeiter an Sonntagen nach der strafrechtlichen Seite hat soeben das Dresdener Oberlandesgericht (2. Strafsenat) eine wichtige Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung getroffen. Der Angestellte einer Dresdener Firma hatte an einem Sonntag im März 1925 in einem Orte des Meißener Bezirks photographische Aufnahmen von Hausgrundstücken gemacht. Sein Begleiter, ein Reisender der Firma, hatte sich darauf zu den Bewohnern der Häuser, nachdem sie schon vorher erlaubt worden waren, sich für die Aufnahmen an die Fenster zu stellen, begeben und sie zur Aufgabe von Bestellungen auf die Bildhilder veranlaßt, die ihnen nach Fertigstellung gegen Bezahlung durch die Post zugestellt wurden. Der Angestellte wurde zunächst vom Schöffengericht wegen Vergehens gegen die Bestimmungen der Gewerbeordnung verurteilt, vom Landgericht aber freigesprochen. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft verwies das Oberlandesgericht die Sache an das Landgericht zurück, weil nicht geprüft worden war, ob die Bestimmungen des sächsischen Gesetzes über die Sonntagsruhe einlagern. Das wurde nach erneuter Verhandlung vom Landgericht bejaht und darauf der Angeklagte auf Grund dieses Gesetzes verurteilt, weil er die Sonntagsarbeiten als dafür entlohnter Angestellter der Firma ausgeführt habe. Hiergegen legte der Angeklagte Revision ein, so daß die Sache zum zweiten Male an das Oberlandesgericht ging. Nach Meinung der Revision lag eine Verletzung des Begriffs der gewerblichen Arbeit vor, da der Angestellte die Bildhilderaufnahmen zu seinem Vergnügen gemacht haben wollte und der Reisende ohne sein Wissen und seine Billigung Bestellungen aufgegeben hatte. Das Oberlandesgericht Dresden hat das Rechtsmittel kostenpflichtig verworfen. Der Tatbestand der §§ 1 und 5 des Sonntagsruhegesetzes sei erfüllt. Die getroffenen und für die Revisionsinstanz hindernenden Feststellungen stünden mit dem Einwande, daß der Angeklagte zu seinem Vergnügen photographiert habe, in Widerspruch. Nach dem Sonntagsruhegesetz mache sich nicht bloß der Arbeitgeber

strafbar, sondern auch der Arbeitnehmer, wenn er an Sonntagen unerlaubterweise gewerbliche Arbeiten ausführt. Das Gesetz mache da keinen Unterschied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Würde sich bloß der Arbeitgeber strafbar machen, hätte dies im Geleht klar zum Ausdruck gebracht werden müssen.

## Schlechte Entlohnung in den Damenhutfabriken.

In der Arbeiterkassette geht vielfach das Gerücht herum, daß die Hutarbeiterinnen in den Fabriken bei sehr langer Arbeitszeit für Hungerlöhne arbeiten müssen. Leider müssen wir feststellen, daß dies zutrifft, es gibt sogar Heimarbeiterinnen, die bei 10- bis 12stündiger Arbeitszeit (Stepparbeiten) mit eigener Maschine verrichten und höchstens 13-15 Mark die Woche verdienen. Der Verband ist ständig bemüht, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Außerdem besteht auch ein Reichslohntarif, wo die Löhne der Hutarbeiterinnen geregelt sind. Wenn nun solche schlechte Verdienste erreicht werden, so liegt es an den Hutarbeiterinnen selbst. Erstens kümmern sie sich wenig oder gar nicht um ihren Berufsverband, zweitens fordern sie keine Tarifföhne und arbeiten unter dem Tarif, drittens halten sie zum großen Teil nicht die laut Tarif vorgeschriebene Arbeitszeit inne und leisten freiwillig Ueberstunden, sei es in der Fabrik oder durch Heimarbeit; die sie nach Fabrikabschluss mitnehmen.

Wenn nun die Hutarbeiterinnen selbst nicht zu ihrem Berufsverband stehen und sie auch nicht die tariflichen Bestimmungen einhalten, so muß es Aufgabe der Eltern und der Männer der Hutarbeiterinnen sein, sie dem zuständigen Verband zuzuführen und sie von dem tarifschädigenden Verhalten abzuwehren. Nur wenn alle Hutarbeiterinnen im zuständigen Verband organisiert sind und alle die tariflichen Bestimmungen, sei es in Lohn und Arbeitszeit beachten, dann werden auch die Hutarbeiterinnen bei aufständiger Arbeitszeit auskömmliche Verdienste erreichen. Nicht der Verband ist an den Zuständen schuld, sondern die Hutarbeiterinnen selbst und ihre Familienangehörigen, die das Tun und Treiben gegen Organisation und Tarif dulden.

Daher ersuchen wir alle Eltern und Männer der Hutarbeiterinnen, uns mitzubekken an der Durchführung der Bestimmungen des Reichslohntarifs. Weitere Auskunft über Tarifangelegenheiten ist im Büro der Hutarbeiter, Gewerkschaftshaus, Zimmer 81, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 9 bis 12 Uhr vormittags und 4 bis 6 Uhr nachmittags einzuholen.

# Wirtschaft.

## Die deutsche Film-Industrie büßt die Zulassung des antipolnischen Sesselfilms.

Die „Gazeta Warszawska“, Warszawa, berichtet, daß der Verband der polnischen Studentenkorporationen einen Beschluß gefaßt hat, indem er sich einstimmig für einen Boykott deutscher Filme in Polen ausspricht und seinen Mitgliedern den Besuch der Theater, in denen deutsche Filme vorgeführt werden, verbietet. Diesen Beschluß motiviert der Verband damit, daß deutscherseits seit längerer Zeit der Film „Land unterm Kreuz“ vorgeführt wird, und die deutsche Regierung die Note der polnischen Regierung, die um eine Sperrung dieses Filmes nachsuchte, ablehnend beschieden hat. Dieser Film beschimpft Polen und verleze das Nationalgefühl seiner Bürger.

(Auch wir haben die Zulassung dieses tatsächlich geschichtsfalschen und heftigen Films bekämpft. Die deutsche Film-Industrie büßt jetzt diesen einen Mißgriff ziemlich schwer, da bisher in Polen die deutsche Film-Einfuhr an erster Stelle stand. Red.)

## Deutschlands Abzägländer.

Im Jahre 1926 war die deutsche Ausfuhr mit 9783 Millionen Mark um 945 Millionen Mark höher als im Jahre 1925. Diese Ausfuhrzunahme verteilte sich auf die verschiedenen Länder sehr ungleichmäßig. Gegenüber dem Jahre 1925 sind verschiedene Veränderungen in bezug auf die Abzägländer Deutschlands eingetreten. England war in diesem Jahr — ohne Zweifel infolge des Kohlenstreiks, der seinen Einfuhrbedarf in den späteren Streikmonaten sehr gesteigert hat — der größte Abnehmer Deutschlands mit einer Einfuhr im Werte von 1162,5 Millionen Mark, gleich 11,9 Prozent der deutschen Gesamtausfuhr. Allerdings war England auch 1925 ein großer Abnehmer deutscher Waren; es stand mit einer Einfuhr von 936,7 Millionen Mark, gleich 10,8 Prozent der deutschen Gesamtausfuhr, an zweiter Stelle nach Holland. Holland ist im Jahre 1926 zwar an die zweite Stelle gerückt, kaufte aber trotzdem erheblich mehr als 1925 (1126,8 Millionen Mark gegen 997,5 Millionen Mark), auch ist sein Anteil an der deutschen Gesamtausfuhr gestiegen (von 11,8 auf 11,5 Prozent). Somit blieb Holland, ebenso wie vor dem Krieg, der wichtigste Umschlagplatz für deutsche Waren, die durch Vermittlung des holländischen Handels in den Verkehr gebracht werden. Die Vereinigten Staaten blieben 1926 an dritter Stelle, erhöhten aber ihren Anteil an der deutschen Gesamtausfuhr von 6,8 auf 7,6 Prozent. Darin zeigt sich die Wirkung der Rückzahlung amerikanischer Schulden, die zum Teil in Form von Warenzufuhr statifunden muß. Die Ausfuhr nach der Tschechoslowakei und der Schweiz hat zwar ihre (vierte bzw. fünfte) Stelle behauptet, ist aber sowohl absolut, dem Werte nach, wie auch ihren Anteil an der deutschen Gesamtausfuhr nach, gesunken. Im Falle der Tschechoslowakei war die Wirtschaftskrise, für die Schweiz aber die Schuldentilgung aus Ländern mit schlechter Bilanz für den Einfuhrrückgang verantwortlich. Der Anteil Italiens an der deutschen Gesamtausfuhr blieb mit 4,3 Prozent bei erhöhtem Umsatz fast unverändert. Die Beteiligung Dänemarks ist (infolge der Wirtschaftskrise) gegenüber 1925 gesunken, so daß Italien und Dänemark die Plätze in der deutschen Ausfuhr vertauscht haben. Desterreich blieb zwar 1926 ebenso wie im Vorjahr an der neunten Stelle, doch ist die Ausfuhr nach Desterreich sowohl wertmäßig, wie was der Anteil an der Gesamtausfuhr anbelangt, erheblich gesunken. Polen, das 1925 in der Reihenfolge der Abnehmer deutscher Waren noch an zehnter Stelle stand und mit 331 Millionen Mark 3,7 Prozent der deutschen Ausfuhr ausmachte, hat 1926 infolge des Zollkriegs und der Krise mit Waren im Werte von 191 Millionen, gleich 2 Prozent der deutschen Ausfuhr, bezogen. An seine Stelle trat Belgien mit erheblich vermehrter deutscher Einfuhr. Auch Frankreichs Beteiligung ist gegenüber 1925 gestiegen, von 159 auf 237 Millionen Mark (von 1,6 Prozent auf 2,4 Prozent der Gesamtausfuhr), als Folge des nordafrikanischen Handelsabkommens. Trotzdem ist sein Anteil an der deutschen Ausfuhr immer noch außerordentlich niedrig. Rußland hat seinen Anteil nicht erheblich z. z. steigern vermocht, da es aus finanziellen Gründen seine Einfuhr stark einschränken mußte. Die russische Einfuhr betrug nur 264 Millionen Mark. Die Lieferungen auf Grund des 300-Millionen-Ausfuhrkredits werden erst in den späteren Handelsbilanzen in Erscheinung treten. Die ungünstige handelspolitische Lage ist dafür verantwortlich, daß die Ausfuhr nach Spanien keine Steigerung erfuhr und mit 1,8 Prozent der Gesamtausfuhr relativ niedrig bleibt. Was die wichtigsten überseeischen Länder anbelangt, so ist im Jahre 1926 die Ausfuhr nach Argentinien fast unverändert geblieben, nach Brasilien gesunken. Der Anteil dieser beiden wichtigsten überseeischen Abzägländer an der deutschen Gesamtausfuhr betrug 12,6 Prozent gegenüber 13 Prozent 1925. So wichtig auch diese Ausfuhr erscheint, so zeigen die Ausfuhrbilanzen dennoch deutlich die überragende Bedeutung der deutschen Ausfuhr nach den europäischen Industriestaaten.

## Weshalb lennt die Schweiz keine Wirtschaftskrise?

Die Wirtschaft der Schweiz befindet sich zwar im Zustande eines Tiefstandes, doch nicht in einer Krise. Der Hauptgrund für die ungenügende Wirtschaftslage der Schweiz sind die Hindernisse der Ausfuhr, welche ein Land, das wie die Schweiz auf ein Höchstmaß von Ausfuhr angewiesen ist, sehr schwer treffen müssen. Die Hochschulpolitik der Vornehmer der Schweizer Exportwaren, die neuen englischen Schuggelb; und das Weltadulung seitens Frankreichs, Belgiens und Italiens haben die Ausfuhr der Schweiz sehr nachteilig beeinflusst. Wenn trotzdem von einer Wirtschaftskrise nicht gesprochen werden kann, so ausschließlich infolge der Erhaltung des inländischen Abzuges. Ein Schweizer Volkswirtschaftler, Dr. Fritz Warbach, gibt im Hamburger „Wirtschaftsdienst“ für die befriedigende Lage des Innenmarktes die folgende Begründung: „Eine Hauptursache dieses befriedigten Innenmarktes sind die im Verhältnis zu anderen europäischen Staaten relativ hohen Löhne. Wohl sind die Löhne vor wenigen Jahren etwas abgehaut worden; aber im allgemeinen kann man gerade für die letzten Jahre sagen, daß Groß- und Kleinhandels- und gewerbliche Löhne stärker stiegen als die (zum Teil stagnierenden, zum Teil neuerdings leicht gehobenen) Löhne, so daß man tatsächlich eine leichte durchschnittliche Reallohnzunahme in Rechnung stellen darf. Diese Reallohnzunahme in der Zeit fallenden Exports vermochte durch ihre Anregung des Innenmarktes einen Teil des der Wirtschaft durch die ungenügende Außenhandelslage zugefügten Schadens aufzufangen. Hätte die Schweiz diejenigen Kräfte überhaupt nehmen lassen, deren Bestreben nach einem Vorausziehen der Lohnsenkung vor der Lebensnotwendigkeit gerichtet waren, so würde sie heute wahrscheinlich von einer Krise und nicht nur von einer Depression reden müssen.“

## Ueber eine halbe Milliarde Mark Vermögen in der Angestelltenversicherung.

In der „Deutschen Werkmeister-Zeitung“ unterzieht Dr. Croner den Jahresbericht der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte für 1926 einer eingehenden Untersuchung. Die Rücklagen der Versicherung sind auf 533 Millionen Mark gestiegen. Gegenüber 1925 hat sich die Gesamteinnahme (Beiträge und Zinsen) von 211 auf 287 Millionen Mark, das sind 36 Prozent, gehoben, während die Gesamtausgabe (Renten, Heilverfahren, Verwaltung) nur eine Steigerung von 20 Prozent, von 67 auf 80 Millionen Mark, aufweist. Der Jahresüberschub beträgt 1926 207 Millionen Mark gegen 144 Millionen Mark in 1925, also 43 Prozent mehr als im Vorjahre. Nach wiederholt abgegebenen Erklärungen maßgeblicher Regierungsvertreter sind die Beiträge zur Angestelltenversicherung auf Grund eines Umlageverfahrens errechnet, das auf den Bedarf der Jahre 1925 bis 1931 aufbaut ist. Demgegenüber verweist Croner zuerst einmal auf die Tatsache, daß die Ausgaben für Renten in ständig steigendem Umfange bereits durch die Einnahmen an Zinsen gedeckt werden: 1925 machten die Zinseinnahmen 50 Prozent, 1926 bereits 70 Prozent der Rentenausgaben aus. Auch der Umstand, daß 1924 90 Prozent, 1925 77 Prozent und 1926 84 Prozent des Beitragsaufkommens der Reserve überwiesen wurden, läßt einige Zweifel an der Existenz eines Umlageverfahrens berechtigt erscheinen. Diese Zweifel erfahren eine Bestätigung aus den in dem Artikel aufgemachten Berechnungen. Unter Verwerfung nur amtlicher Zahlen kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß im ungünstigsten Fall am Ende der Umlageperiode 1931 das Vermögen der Reichsversicherungsanstalt 1,2 Milliarden Mark betragen wird. Aus dem anderen interessanten Zahlenmaterial erwähnen wir noch die Berechnung über die finanziellen Auswirkungen, die eine Bewilligung der vom Allgemeinen freien Angestelltenbund anlässlich der Reform der Angestelltenversicherung im Jahre 1925 erhobenen Forderungen gehabt hätte. Ein Grundbetrag von 60 Mark monatlich (anstatt des zur Zeit gezahlten von 40 Mark) hätte im Jahre 1926 eine Mehrausgabe von einer Million Mark monatlich verursacht, ein Steigerungsfaktor von 20 Prozent (anstatt 15 Prozent), eine Mehrausgabe von 220 000 Mark monatlich, ein Kinderzuschlag von 12 Mark monatlich (anstatt 7,50 Mark) eine Mehrausgabe von 25 000 Mark monatlich, so daß die Erfüllung dieser drei Forderungen mit Entschluß der damit gegebenen Steigerung der Hinterbliebenenrenten zu einer Gesamtmehrausgabe von 24 Millionen Mark im Jahre 1926 geführt hätte. Der Jahresüberschub wäre damit von 207 Millionen Mark auf 183 Millionen Mark gesunken!

## Wasserstand

Station	6. Mat.	Rhein (Unter-Regel)	2,82
Reffel (Stahl) vom 5. 5.	+0,14	Dobersdorf	3,34
Reffel (Stahl) (Unter-Regel)	+2,56	Ablaufmenge letztendlich 311 ebn	
Reffel (Stahl) (Stahl)	1,55	Fürstentum vom 5. 5.	2,50
Reffel	1,06	W. Neudamm + 12,7	

# Sommersprossen

Die Sommerprossen sind eine der häufigsten Hautkrankheiten. Sie entstehen durch übermäßige Einwirkung der Sonne auf die Haut. Die Prossen sind kleine, rötliche, juckende Ausschläge, die besonders an den exponierten Stellen der Haut auftreten. Die Behandlung besteht in Abkühlung der Haut und Vermeidung weiterer Sonnenexposition. In schweren Fällen können auch Medikamente eingesetzt werden.



**Sanditen-Anzeigen**

Am 3. Mai, früh 9 1/2 Uhr, verschied durch Unfall mein lieber Mann, unser Vater, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater, Schwager und Onkel, der Pensionär **Friedrich Heinze** 268

geb. 1848 im Alter von 76 1/2 Jahren. Dies zeigt schmerzhaft an Breslau, den 5. Mai 1927 Promnitzstraße 52

Die Trauerrede hält **Josela Heinze** nebst Kindern und Verwandten.

Beerdigung: Sonntag, den 7. Mai, nachm. 3 Uhr, von der Kapelle des St. Georg-Friedhofes in Cosel.

Verband der Lebensmittel- u. Getränkearbeiter Deutschlands.

Am Mittwoch, den 4. Mai, abends 7 1/2 Uhr, verschied nach kurzem Krankenlager unser langjähriges Mitglied, der Zimmermann **Johann Guhr** im Alter von 64 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Der Ortsverein Breslau.**

Beerdigung: Sonntag, den 8. Mai, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause in Zindel, Post Tschirne, Kreis Breslau, aus. 5394

Am 3. Mai starb unser Sterbekassenmitglied **Frau Emma Vogel** geb. Niebal im Alter von 64 Jahren. 371

Ehre ihrem Andenken!

Die Mitglieder der Begräbnis-Zuschußkasse Lezhauer-Werke vorm. Gehr. Gultsmann.

Beerdigung: Freitag, den 6. Mai, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes Pohlauwitz.

**Achtung!** **Achtung!**

In Handelsgewerbe beschäftigte Hausdiener, Kullher, Bader, Arbeiter und Arbeiterinnen!

Sonntag, den 8. Mai 1927, vormittags 10 Uhr, im Bürgergarten, Weidenstraße 21.

**Versammlung**

Tagesordnung:

- Bericht über die stattgefundene Lohnverhandlung.
- Freie Aussprache und Beschlußfassung.
- Beschließendes.

5392

Kollegen! Sorgt für zahlreichen Besuch der Versammlung. Eintritt nur gegen Vorlegung des in Ordnung befindlichen Mitgliedsbuches oder der Karte.

**Deutscher Verkehrsbund**  
Abteilung: Handelsgewerbe. J. W. Hoffig.

**Die Fundfachen**  
aus den Monaten Oktober 1926 bis März 1927 werden am Montag, den 16. Mai 1927, vormittags 9 Uhr in der früheren Tischlerei, Lohstraße 74, gegen Barzahlung meistbietend versteigert.

Breslau, den 2. Mai 1927. 7678

Verwaltung der Königlich Preussischen Straßenbahn.

**Senge**

Stalle von Senge halten noch länger!

**Senge**

Herrenstraße Nikolaisstr. 12, Ecke Böttcherstr.

Iber genau auf Adresse achten!

Gewissenhafte, fachkundige Beratung und Bedienung!

**Lohnende Existenz**

finden Händler und Hausierer durch den Verkauf von Büchern, Zeitschriften, Scherenschnitzern, Kisten, Gelegenheitsarbeiten etc., die in unseren Geschäftsstellen

**auf der Oderstraße**

zu bekannt billigen Preisen zu haben sind.

**Lowen & Co., Oberstraße 5**  
G. m. b. H. J. Wenzel vom Ring.

Warum lesen die tausende Arbeiter-Rundfunk-Teilnehmer nicht ihre eigene Rundfunk-Zeitung?

**„Der neue Rundfunk“**

Funkzeitung des schaffenden Volkes mit Beiträgen u. Mitteilungen des A.-R.-R. Preis 20 Pf. Inhalt alle Programme des In- und Auslandes.

Jeden Freitag neu

**Postwechselbuchhandlungen, Breslau,**  
Neue Graupenstraße 5, Neue Tschirnestraße 11.

**Proletariat!**

Beseitigt die Hindernisse des Sprachschranken! Lernet die Weltsprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verstanden wird.

Am 8. Mai 1927 verschied plötzlich und unerwartet an den Folgen der Entbindung mein innig geliebte, herzengute Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwägerin und Tante,

**Frau Lina Wolf** geb. Bathke

im blühenden Alter von 29 Jahren.

Dies zeigt schmerzhaft an: Breslau, den 5. Mai 1927 Michaelstraße 84, 5th. E.

**Der Helfernde Gatte** nebst Kindern Ingeborg und Hellmuth und Anverwandten

Die Beerdigung findet Freitag, den 6. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle I des Oswitzer Friedhofes aus statt. 370

**Laßt Blumen sprechen!**

zum Muttertag am 8. Mai!

**Achtung! Radfahrer!**

Beste Marken Rennmasch., Holzfelgen mit Schlauchreifen, kompl. ausger., m. Aluminiumfelgen pp. nur 125.00 Mk.

große Fahrrad-Karbidlampen, Messing vorn 4.80, elektr. Bulli-Licht 8.50, ferner sämtliche Ersatz- und Zubehörteile für das Fahrrad in bekannt guter Qualität zu konkurrenzlosen Preisen!

Bevor Sie kaufen, erst meine Angebote prüfen!

**Fahrradhaus Jettke** bequem im Zentrum gelegen 3 Bischofstraße 3

Bezirksvertreter für: Express, Pilsener, Hanel, Eres und andere bekannte Marken

**Genossen! Genossinnen!**

Eure Familienanzeigen der **Volkswacht!**

**Niemals wieder so billig!**

Durch eigene Anfertigung größte Leistungsfähigkeit. Überzeugung macht wahr!

**Herren-Anzüge** dauerh. Stoffe in vielen Farben, guter Sitz nur 10.00

**Hemmgarn- und Gardinen-Anzüge** in den neuesten Mustern, gute Passform auf Robhaar . . . . . 23.00

**Sport-Anzüge** englisch gemustert mit zwei Hosentaschen . . . . . 25.00

**Knaben-Anzüge** aus festen Stoffen nur 4.75

**Breches-Hosen** aus Kordstoffen, dopp. Gesäß . . . . . 5.00

**Frühjahrs- u. Gummimäntel, Windjacken** labelhaft billig

Spezialität: Maßanfertigung. \* Großes Stofflager.

**Tuch- u. Maßgeschäft Cheimowitz**

Nur Sadowastraße 4, 3. Etage

3 Minuten vom Hauptbahnhof. - Keine Ladenspoßen.

**Fahrräder** Reparaturen, Emaillierung, Verackelung an billigsten betriebsfähigen

**Fahrrad-Kramm** Teichstraße 26 am Hauptbhf.

**Verblüffend billig!**

Verkauf in unserer **Schuh-Etage**  
Ring 22, 1. Stock, Fahrstuhl

Gegenüber dem Schweltnitzer Keller / Ausgang durch die Schuh-Ausstellung zu beiden Seiten des Eingangs

Damen Robchevreau Zug- und Spangenschuhe, in verschied. Ausführungen . . . . .	<b>5<sup>90</sup></b>	Herrn - schwarz - Schnür-Halbschuhe mit Krokogarnitur 6.90, dto. für Burschen, 36-39	<b>7<sup>90</sup></b>
Damen-Lack-Zug- und Spangenschuhe . . . . .	<b>6<sup>90</sup></b>	Herrn-braun-Rindbox-Halbschuhe, haltbare Ausführung 8.90, dto. für Knaben, 36-39	<b>9<sup>75</sup></b>
Leder-Spangenschuhe in braun, mode und grau . . . . .	<b>7<sup>90</sup></b>	Herrn-braun-Rindbox-Schnürschuhe mit modernen Krok-Einsätzen . . . . .	<b>10<sup>50</sup></b>
Grau Leder-Spangenschuhe in den neuesten Modellen, Mk. 9.50	<b>8<sup>90</sup></b>	Herrn-Halbschuhe, prima Rindbox, Original Goodyear-Welt . . . . .	<b>11<sup>90</sup></b>
Rob-Chevreau-Kinder-Schnür- und Spangenschuhe, 31-35 Mk. 4.90 . . . . . 27-30	<b>4<sup>25</sup></b>	Herrn-Lack-Schnürschuhe Original Goodyear-Welt, elegante Ausführung . . . . .	<b>12<sup>50</sup></b>

**Außergewöhnliches Angebot**

Herrn - braun - Rindbox - Schnürschuhe mit der beliebten Crepe - Gummisohle **14<sup>90</sup>**

**Klausner**

Guter Mittags- u. Abendtisch  
billig  
Hauptstraße 50, 1.

1 Halbröhrer, neu, 60 Mk.  
1 Damen-Rad sehr billig  
Radhl. 1. Stock Poststr. 7

**Druckerei Volkswacht**

BRESLAU 2  
Flurstraße 4/6

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.

Spezialität: **Massenauflagen** (Rotationsdruck)

Se ein starkes, gebrauchtes Herren- und Damen-Rad kompl. u. mit elektr. Beleucht. sofort ganz bill. zu verkaufen. Angeb. u. 126 an Volkswachtbuchhdlg., Neue Graupenstr. 5.

**Wohnungen**

**Leerzimmer**

mit Rückgelegenheit gesucht. Offert. mit Preisangabe unt. A 10 an die Geschäftsstelle der Ztg., Flurstr. 4/6, erbeten.

**Kleine Anzeigen**

Verkaufe fast neu: Gasglocke, Küchengeräte, Gas-Hülfeisen, Zierisch. 372 Freitag, Buchstr. 10.

Ein fast neuer Promenadenwagen zu verkaufen Friedrich-Rath-Str. 48, Henke. 1276

Gut erb. u. Strickmaschine verkauft Morawiec, Neue Tschirnestraße 106, 4. Et. 1285

**Kaufhaus Hoffenberg**  
Auguststraße 132 \* Gröbelschener Straße 86  
Schönlitzer Straße 19

Reellste Bedienung Niedrigste Preise

**Die Volksschule als Einheitschule**  
Von Dr. Max Apel.

Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie aus sämtlichen Reichspostämtern entgegengenommen.

**Hut-Haus Hanke**  
Friedrich-Wilhelm-Straße 23

Frühjahrs-Neuheiten 1927 in Filz, Strick, Kiapp- und Seidenhüten Mützen \* Filz- und Strohhutwäscherei

Gute und sehr billige **Romane und Erzählungen**

finden Sie stets in der **Volkswacht-Buchhandlung** Modernes Antiquariat  
Breslau III, Neue Graupenstraße 5/7.

Die Wirkung Ihrer **Herba-Seife** auf meine Haut ist sehr wohltätig und

**„Frauenwelt“** den Frauen Zum Lesen, Denken und Schauen!

**„Frauenwelt“** eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf. Zu bestellen b. allen Zeitungsträgern